

EngagEUkraine

ENGAGEMENT DER UKRAINER
IN POLEN UND DEUTSCHLAND

Herausgeberinnen:
Agnieszka Łada
Katrin Böttger



INSTYTUT SPRAW
PUBLICZNYCH

ip Institut für
Europäische Politik

#EngagEUkraine

ENGAGEMENT DER UKRAINER
IN POLEN UND DEUTSCHLAND



#EngagEUkraine

ENGAGEMENT DER UKRAINER IN POLEN UND DEUTSCHLAND

Herausgeberinnen:
Agnieszka ŁADA
Katrin BÖTTGER

Warschau 2016

INSTITUT FÜR ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEITEN EUROPAPROGRAMM

Diese Publikation ist entstanden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Europäische Politik



im Rahmen des Projekts: „Ukrainer in Polen und Deutschland – zivilgesellschaftliches und politisches Engagement, Erwartungen, Handlungsmöglichkeiten“ gefördert von der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung und im Rahmen des Stipendienprogramms „Wissenschaft und Gesellschaft“ von der Stiftung PZU.

DEUTSCH
POLNISCHE
WISSENSCHAFTS
STIFTUNG

POLSKO
NIEMIĘCKA
FUNDACJA
NA RZECZ NAUK



Forschungsteam:

Institut für Öffentliche Angelegenheiten: *Andriy Korniyuchuk, Dr. Agnieszka Łada, Justyna Segeš Frelak, Łukasz Wenerski*

Institut für Europäische Politik: *Dr. Katrin Böttger, Siobhan Kaltenbacher, Ljudmyla Melnyk, Magdalena Patalong, Julian Plottka, Richard Steinberg*

Wissenschaftliche Gutachter der Methodik: *Dr. Michał Garapich, Dr. Edith Pichler, Yuriy Taran*

Wissenschaftliche Gutachterin der Publikation: *Dr. Magdalena Lesińska*

Übersetzung ins Deutsche: *Lara Gregl, Jan Obermeier*

Sprachliche Redaktion: *Thomas Behrens*

Umschlaggestaltung: *Pracownia Grafiki*

© Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau 2016

Vollständige und/oder auszugsweise Nachdrucke von Materialien des Institutes für Öffentliche Angelegenheiten sind nur mit Einwilligung des Institutes gestattet. Das Zitieren von Textstellen sowie die Verwendung von empirischen Daten ist unter Angabe der jeweiligen Quellen erlaubt.

ISBN: 978-83-7689-282-5

Herausgeber:

Stiftung Institut für Öffentliche Angelegenheiten

Polen, 00-031 Warschau, ul. Szpitalna 5/ 22

Tel.: (004822) 556 42 60, Fax: (004822) 556 42 62

E-Mail: isp@isp.org.pl

www.isp.org.pl

Satz und Druck:

Ośrodek Wydawniczo-Poligraficzny „SIM”

Polen, 00-669 Warschau, ul. Emilii Plater 9/11

Tel. (004822) 629 80 38

www.owpsim.pl

INHALTSVERZEICHNIS



Agnieszka Łada, Richard Steinberg

Einleitung 7

*Andriy Korniychuk, Ljudmyla Melnyk, Magdalena Patalong,
Justyna Segeš Frelak*

Migrantenorganisationen in Polen und Deutschland. Theorie und Praxis 13

Andriy Korniychuk, Łukasz Wenerski

Zivilgesellschaftliches Engagement der Ukrainer in Polen 37

*Siobhan Kaltenbacher, Ljudmyla Melnyk, Magdalena Patalong,
Julian Plottka, Richard Steinberg*

Zivilgesellschaftliches Engagement der Ukrainer in Deutschland 85

*Andriy Korniychuk, Agnieszka Łada, Ljudmyla Melnyk,
Magdalena Patalong, Julian Plottka, Justyna Segeš Frelak,
Richard Steinberg, Łukasz Wenerski*

**Zivilgesellschaftliches Engagement der Ukrainer in Polen
und Deutschland – Ähnlichkeiten, Unterschiede, Ausblick** 127

Andriy Korniychuk, Ljudmyla Melnyk, Magdalena Patalong

Empfehlungen 139

Zu den Autoren 159



Einleitung

Die Entwicklungen in der Ukraine seit 2013 stellen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten vor neue Herausforderungen. Zwei zentrale Aspekte dieser sind die Förderung der Demokratisierung der Ukraine und die Annäherung des Landes an die EU. Eine Gruppe, die einen entscheidenden Beitrag dazu leisten kann, diese Herausforderungen zu bewältigen, sind die dauerhaft oder vorübergehend in der EU lebenden Ukrainer.¹ Diese Gemeinschaft ist jedoch keineswegs homogen. Zum einen gibt es innerhalb dieser Gruppe Personen, die sich politisch und gesellschaftlich aktiv an den Veränderungen in ihrem Heimatland beteiligen (zum Beispiel durch Sammel- und Spendenaktionen). Andere wiederum engagieren sich in geringerem Ausmaß (zum Beispiel durch das Verfassen von Kommentaren in sozialen Medien). Wieder andere verfolgen zwar die Diskussionen in den traditionellen und sozialen Medien, werden jedoch nicht aktiv oder sie interessieren sich überhaupt nicht für die Entwicklungen in der Ukraine. Betrachtet man die engagierten Personen innerhalb der Gruppe, so können diese als Multiplikatoren zur Verbreitung europäischer Werte und von Wissen über die EU beitragen sowie zu einem Partner Deutschlands und Polens bei der Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft werden. Ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihr Engagement sowie ihre Kontakte vor Ort können die Zusammenarbeit mit Zielgruppen in der Ukraine erleichtern. Deswegen liegt es im Interesse Deutschlands und Polens, das Engagement der in diesen beiden Ländern lebenden Ukrainer zu fördern. Eine gezielte Unterstützung ausgewählter Organisationen setzt aber Kenntnisse über die ukrainischen Gemeinschaften in beiden Ländern voraus.

Aus diesem Grund haben sich das Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau und das Institut für Europäische Politik in

1 An dieser Stelle wie auch im Folgenden wird nur die männliche Form verwendet. Bei generalisierenden Aussagen sind jeweils sowohl die männliche als auch die weibliche Form gemeint. Bei Verweisen auf Interviewpartner wird ausschließlich die männliche Form verwendet, um die Anonymität der Interviewpartner zu wahren.

Berlin – zwei wissenschaftliche Institutionen aus Ländern, die sich stark für Demokratisierungsprozesse in der Ukraine engagieren und in denen viele Ukrainer leben – zusammengetan, um das zivilgesellschaftliche Engagement der in Deutschland und Polen lebenden Ukrainer zu erforschen.

Polen und Deutschland bieten sich aus weiteren Gründen als Länder für eine solche Studie an: Polen als unmittelbarer Nachbar und auch Deutschland sind attraktive Zielländer für Ukrainer, die im Ausland arbeiten oder studieren möchten. Darüber hinaus sind beide Staaten sehr daran interessiert, zur Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts aktiv beizutragen und die EU-Politik in der gegenwärtigen Krise entscheidend mitzugestalten, so dass die dortigen ukrainischen Gemeinschaften ein besonderes Interesse an der Einflussnahme auf die Ukraine-Politik in Berlin und Warschau haben sollten. Die Ergebnisse der Forschung und die daraufhin formulierten Empfehlungen dürften somit auch im breiteren europäischen Kontext von Bedeutung sein.

Ziele

Mit der Untersuchung wird das Ziel verfolgt, einen Überblick zu geben über die Bandbreite unterschiedlicher Formen zivilgesellschaftlichen Engagements der in Deutschland und Polen lebenden Ukrainer. Dazu werden ihre politischen Aktivitäten, ihre Beiträge zur Demokratisierung beziehungsweise zur Unterstützung der Ukraine, die Organisationsformen, in denen das Engagement stattfindet, sowie die Motivationen, sich zu engagieren, analysiert. Ein besonderer Fokus liegt zudem auf den Problemen, denen die Ukrainer bei ihrem Engagement begegnen, und den Vorschlägen, die sie zu deren Lösung formulieren. Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen zeigen nicht nur auf, dass Ukrainer in Deutschland und Polen ihr ehrenamtliches Engagement institutionalisieren und professionalisieren, sondern auch, wie die politischen Entscheidungsträger in beiden Ländern sowie die Europäische Union den ukrainischen Engagierten bei ihren zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, bei ihrer Unterstützung der Demokratisierung der Ukraine und bei der Annäherung Letzterer an die europäischen Strukturen helfen können.

Methodik

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden in Deutschland und Polen jeweils 44 leitfadengestützte Experteninterviews mit dort lebenden Ukrainern und Deutschen beziehungsweise Polen² geführt, die sich gesellschaftlich für die Ukraine engagieren. Pro Land wurden zwölf Interviews mit sogenannten *Experten* und 32 Interviews mit sogenannten *Engagierten* geführt. Als *Experten* wurden Ukrainer und Polen beziehungsweise Deutsche interviewt, die aufgrund ihres Berufs oder ihrer persönlichen Interessen über Erfahrung in der Zusammenarbeit mit ukrainischen Organisationen verfügen und einen Überblick über das zivilgesellschaftliche Engagement innerhalb der ukrainischen Diaspora in Deutschland beziehungsweise Polen haben. Als *Engagierte* wurden Personen befragt, die sich formell innerhalb von Organisationen oder informell in Initiativen (einschließlich neuer Formen des Engagements, wie zum Beispiel in sozialen Medien) für die Ukraine einsetzen und/oder deren Demokratisierung unterstützen. In Polen wurden die Interviews zwischen August und November 2015, in Deutschland zwischen Juli und Oktober 2015 durchgeführt. Sie fanden in lockerer Gesprächsatmosphäre statt und wurden aufgezeichnet. Anschließend wurden sie transkribiert und mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring³ ausgewertet.

Auswahl der Interviewpartner

Das Ziel bei der *Auswahl der zum Sample gehörenden Interviewpartner* war es, maximale Heterogenität der Befragten zu erreichen. Es wurde versucht, im Rahmen der über 40 Interviews je Land möglichst viele unterschiedliche Formen des Engagements abzudecken, um so die gesamte Bandbreite des im jeweiligen Land auf die Ukraine und die Ukrainer gerichteten ehrenamtlichen Engagements zu erfassen. Ausgangspunkt der Auswahl war eine Recherche („desk research“) formeller Organisationen und informeller Initiativen, die sich für die

² Unter den Interviewpartnern aus Deutschland befinden sich auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, da ukrainische (Spät-)Aussiedler gemäß § 4 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können. In Polen lebt seit Generationen eine große ukrainische Minderheit, deren Mitglieder die polnische Staatsangehörigkeit besitzen und deren Rechte gemäß der polnischen Verfassung und darauf basierenden Gesetzen geregelt sind.

³ P. Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2003.

Ukraine engagieren. Weitere Interviewpartner wurden anschließend der Schneeballmethode folgend ausgewählt.

Zum Sample der *Experten* gehörten Wissenschaftler, Journalisten, Geistliche, leitende Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, deutsche und ukrainische Beamte unterschiedlicher Verwaltungsebenen sowie deutsche und polnische Politiker.

Das Sample der *Engagierten* bestand sowohl aus Vertretern formellen Engagements⁴ als auch aus Personen, die sich auf informelle Art einsetzen,⁵ einschließlich zweier individuell Engagierter je Land. Es umfasst sowohl Personen, die sich bereits vor dem Euromajdan engagiert haben, als auch solche, die als Reaktion auf diesen und die russisch-ukrainische Krise begonnen haben, sich zu engagieren. Die Bereiche des Engagements umfassen Bildung, Politik, humanitäre Hilfe, Kultur, Sport und Religion.⁶ Die Interviewpartner stammten dabei nicht nur aus Warschau beziehungsweise Berlin, sondern es wurde auf eine regionale Ausgewogenheit geachtet (sie kamen etwa aus Olsztyn, Rzeszów und Wrocław in Polen sowie verschiedenen Städten in Nord-, Ost-, Süd- und Westdeutschland).⁷

Die ausgewählten Interviewpartner sind nicht repräsentativ für die gesamte Gruppe der sich in Deutschland und Polen ehrenamtlich mit Bezug zu ihrem Heimatland engagierenden Ukrainer. Entsprechend lassen sich aufgrund der Aussagen der Interviewpartner nur eingeschränkt Rückschlüsse auf die Situation aller in den beiden Ländern Aktiven und ihre Einstellungen zum ehrenamtlichen Engagement ziehen. Das explorativ angelegte Forschungsdesign ermöglicht es, mittels der qualitativen Auswertung der Interviews wertvolle Informationen zur untersuchten Thematik zu gewinnen und konkrete Empfehlungen zu formulieren.

4 Als formelles Engagement werden alle Formen des Engagements bezeichnet, die entweder in der Ukraine oder in Polen beziehungsweise in Deutschland eine Rechtsform haben.

5 Als informelles Engagement werden alle Formen des Engagements bezeichnet, die über keine Rechtsform verfügen.

6 Proseparatistische Engagierte wurden in Deutschland zwar angefragt, konnten aber nicht für Interviews gewonnen werden.

7 Zwecks Wahrung der Anonymität der Interviewpartner können keine detaillierteren Informationen zu Herkunft, Beruf sowie zu Organisationen, die die Interviewten repräsentieren, angegeben werden. Vor allem in Deutschland sind die ukrainischen Gemeinden sehr klein, so dass bei differenzierter Charakterisierung die Gefahr der Wiedererkennung bestimmter Personen bestünde.

Definitionen und Begriffe

Aufgrund der unterschiedlichen Situation der in Polen und in Deutschland lebenden Ukrainer werden jeweils andere Begriffe verwendet. In Deutschland wird im Zusammenhang mit den dort lebenden Ukrainern der übergeordnete Begriff „ukrainische Diaspora“ benutzt, der in Polen von den Ukrainern selbst mit Distanz aufgenommen wird. Ausgehend von einem klassischen Verständnis von „Diaspora“⁸ sind in diesem Kontext folgende Punkte für die Konstituierung einer Diaspora relevant: erstens die gemeinsame Herkunft der Mitglieder, zweitens die Zerstreuung an mindestens zwei Orte, drittens eine kollektive Erinnerung und Mythenbildung, viertens die Wahrnehmung und der Austausch mit der Diaspora in anderen Ländern und fünftens die Existenz über einen längeren Zeitraum, oftmals über Generationen hinweg. Im deutschen Fall wird der Begriff „ukrainische Diaspora“ immer dann verwendet, wenn von der Allgemeinheit die Rede ist. Darüber hinaus lassen sich innerhalb dieser jedoch zwei unterschiedliche Gruppen definieren. Von einer „alten Diaspora“ ist immer dann die Rede, wenn sich die Befragten selbst als Teil einer solchen verstehen und mehrere der hier genannten Kriterien erfüllt werden, vor allem aber das Kriterium einer längerfristigen Stabilität oftmals über Generationen hinweg.⁹

Demgegenüber gibt es jedoch eine große Gruppe von zivilgesellschaftlich aktiven Ukrainern in Deutschland, die zwar mehrere dieser Kriterien erfüllt, nicht jedoch das der zeitlichen Dimension und zudem die Selbstbezeichnung „Diaspora“ entweder ablehnt oder diesem Begriff indifferent gegenübersteht. Um dieser Problematik zu begegnen, wird im vorliegenden Forschungsbericht bezüglich der in Deutschland lebenden Ukrainer dem Begriff „alte Diaspora“ der Begriff „diasporic community“ (diasporische Gemeinschaft) gegenübergestellt. Dieser beschreibt Menschen, die sich seit November 2013 verstärkt für die Ukraine engagieren oder engagiert haben. Der Begriff ist bewusst weit gefasst, da er so nicht nur Menschen ukrainischer Herkunft, sondern beispielsweise auch Ehepartner von Ukrainern beschreibt, die sich aktiv engagieren oder engagiert haben.

8 Begründet durch W. Safran und von R. Cohen erweitert. W. Safran, *Diasporas in Modern Societies. Myths of Homeland and Return*, in: *Diaspora: A Journal of Transnational Studies*, Vol. 1 (1), 1991, S. 83-99; R. Cohen, *Global diasporas – an introduction*, London 2008.

9 Die alte Diaspora wird ausführlicher im nächsten Kapitel beschrieben.

In Polen bezeichnen sich die Ukrainer hingegen selbst als „Migranten“, sofern sie im Zuge von Einwanderungsprozessen nach Polen gekommen sind. Im Text wird im polnischen Kontext – wo dies notwendig ist – entsprechend zwischen „alten“ (Immigration bis 2013) und „neuen“ Migranten differenziert. Außerdem wird auch die ukrainische Minderheit thematisiert, also Personen, die die polnische Staatsangehörigkeit besitzen und seit Generationen in Polen leben. Allgemein wird deshalb von der „ukrainischen Gemeinschaft“ und „engagierten Ukrainern“ gesprochen.

Unter den Begriffen zivilgesellschaftliches „Engagement“, „Teilnahme“ und „Partizipation“ wird eine längerfristig angelegte ehrenamtliche Tätigkeit verstanden. Eine einfache Teilnahme an Protesten oder mehrmaliges Spenden fallen nicht darunter.¹⁰

Die durchgeführte Untersuchung hatte ferner das Ziel, zu zeigen, inwieweit die Ereignisse in der Ukraine die Motivationen, das Engagement und dessen Formen beeinflusst haben. Deshalb wird im Text zwischen den Aktivitäten der in Polen und in Deutschland lebenden Ukrainer vor November 2013 und danach unterschieden. Die Zeit seit November 2013 und alle damit verbundenen weiteren Ereignisse werden mit den Begriffen „Majdan“ oder „Euromajdan“¹¹ beschrieben.

10 Mehr zum Thema des zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten in: M. Budyta-Budzyńska, *Aktywność i zaangażowanie imigrantów jako wymiary partycypacji publicznej. Polskie stowarzyszenia i inicjatywy na Islandii* [Aktivität und Engagement von Immigranten als Dimension der öffentlichen Partizipation], in: CMR Working Paper, Nr. 89 (147), Warszawa 2016, S. 8-12.

11 In Polen ist auch der Begriff „Revolution der Würde“ gebräuchlich, der in der breiten öffentlichen Debatte in Deutschland kaum auftaucht.



Migrantenorganisationen in Polen und Deutschland. Theorie und Praxis

Migrantenorganisationen bilden in vielen Ländern sehr wichtige Subjekte des öffentlichen Lebens im jeweiligen Aufnahmeland. Sie fungieren oftmals als Partner von lokalen oder zentralen Behörden und zugleich als Repräsentationsorgane bezüglich der Interessen nationaler Gruppen oder Minderheiten. Um die Grundlagen für die Forschung, die in den nächsten Kapiteln vorgestellt wird, zu skizzieren, werden zunächst theoretische Überlegungen zum Thema des Prozesses der Selbstorganisation der Migranten dargestellt. Anschließend werden Faktoren erklärt, die die Gründung und die Funktionsweise ukrainischer Migrantenorganisationen in Polen und Deutschland beeinflussen. In diesem Kontext ist es wichtig, vorab einige Ähnlichkeiten und Unterschiede zu schildern, die Auswirkungen auf die Entwicklung und Bedeutung der ukrainischen Gemeinschaft in beiden Ländern haben.

Das Ausmaß der Emigration nach Polen ist im Vergleich mit Deutschland weitaus geringer (Der Anteil der Migranten an der polnischen Gesamtbevölkerung beträgt lediglich 0,1 Prozent). Ursache dessen ist, dass viele Migranten in Polen häufig nur kurzfristige Aufenthalte planen beziehungsweise das Land lediglich als Durchgangsstation auf dem Weg nach Westeuropa sehen. Zugleich steigt jedoch die Zahl der sich in Polen niederlassenden Migranten weiter an. Polen weist im gesamteuropäischen Vergleich derzeit eine äußerst niedrige Migrantenquote auf, so dass auch der Grad der Selbstorganisation der Migranten in Polen bislang eher minimal ist. Mit zunehmendem längerfristigen Aufenthalt gewinnt auch der Prozess ihrer Selbstorganisation an Dynamik.

In Deutschland hingegen ist der Anteil der Migranten vergleichsweise höher (gemessen an der Gesamtbevölkerung beträgt dieser 8,8 Prozent).¹ Daher ist auch ihre öffentliche Wahrnehmbarkeit in der deutschen Gesellschaft weitaus höher als in Polen. Auch die in Deutschland

¹ Vgl. <http://www.polen-pl.eu/polen-und-deutschland-in-zahlen-ein-vergleich> [zuletzt aufgerufen am 24.04.2016].

angewandten Verfahren zur Integration von Migranten sind erheblich ausgereifter als im östlichen Nachbarland.

Der Zuzug von ukrainischen Bürgern nimmt in beiden Ländern in letzter Zeit jedoch stark zu, unter anderem aufgrund des andauernden militärischen Konflikts und der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage in der Ukraine. Die meisten der nach Polen und Deutschland emigrierenden Ukrainer suchen jedoch keinen internationalen Schutz, sondern verlassen ihre Heimat hauptsächlich zu Arbeits- oder Ausbildungszwecken.

Theoretische Vorbemerkungen

Der Begriff „Migrantenorganisation“ wird unterschiedlich definiert. Dabei unterscheidet man zwischen von beziehungsweise für Migranten gegründeten Organisationen und diversen Übergangsformen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung werden Migrantenorganisationen als Organisationen verstanden, deren Gründer oder Mitglieder im Ausland geboren sind beziehungsweise deren Mitglieder einen Migrationshintergrund haben. Darüber hinaus sind Migrantenorganisationen „Non-Profit“-Organisationen, die nicht nur formell registriert und tätig sind, sondern auch inoffiziell existieren und rein informell tätig sein können.² Gerade letzterer Typ spielt trotz seines eigenständigen Profils oftmals eine wichtige Rolle innerhalb der einzelnen Migrantengemeinschaften.³

Migrantenorganisationen verfolgen in der Regel zwei Grundziele. Zum einen befassen sie sich regelmäßig mit den Fragestellungen der Solidarität, der Unterhaltung und der Kultur. Zum anderen können sie als Repräsentationsorgane der eigenen Gruppe auftreten und öffentliche PR- und Lobbyfunktionen im Aufnahmeland und in der Heimat erfüllen. Es gibt weiterhin Migrantenorganisationen, die in erster Linie

2 Als informelle Migrantengruppen versteht man Gruppen, die nicht behördlich erfasst sind und innerhalb derer unmittelbare persönliche Beziehungen ohne formale Hierarchien dominieren. Dabei bleibt die Verteilung der Pflichten unter den Gruppenmitgliedern ungeregt. Dennoch herrscht in der Gruppe ein starkes Gemeinschaftsgefühl und Eigenbewusstsein; vgl. J. Segeš Frelak/A. Piłat/K. Wysieńska (Hg.), *Mała Azja w Polsce. Plany i strategie imigrantów z Azji i Bliskiego Wschodu w Polsce* [Kleinasien in Polen. Pläne und Strategien der Migranten aus Asien und dem Nahen Osten in Polen], Warszawa 2013.

3 Vgl. A. Piłat/J. Segeš Frelak, *Organizacje migranckie w Polsce, Imigracja, Integracja, Partycypacja* [Migrantenorganisationen in Polen. Immigration, Integration, Partizipation], in: Instytut Spraw Publicznych (Hg.), *Kwartalnik Trzeci Sektor*, Nr. 35, Warszawa 2015.

eine kontinuierliche Förderung des Integrationsprozesses anstreben oder umgekehrt auf die Bewahrung der eigenen ethnischen Identität größten Wert legen. Einschlägige Forschungen zeigen eindeutig, dass die von den Migrantenorganisationen übernommenen Rollen dabei keineswegs statisch sind, sondern sich diese parallel zu Entwicklungen in der Gesellschaft des Aufnahmelandes mit zunehmender Integration wandeln.⁴ Migrantenorganisationen können daher einerseits einen defensiven Charakter haben, das heißt in Reaktion auf soziale Exklusion entstehen. Sie können aber auch offensiv nach außen auftreten, wenn in ihnen der Wille zur Abgrenzung gegenüber anderen Migrantengruppen oder gegenüber der Aufnahmegesellschaft besonders ausgeprägt ist. Die Gründung dieser Organisationen unterliegt verschiedenen Einflussfaktoren, die entweder mit den Migrantengemeinschaften selbst, dem Aufnahmeland oder dem Herkunftsland verbunden sein können.

Gründung und Funktionsweise von Migrantenorganisationen sind vor allem von den Umständen der Migration und der Migrationserfahrung beeinflusst, die die nationale Identität der Migranten oftmals nachhaltig stärken. Von großer Bedeutung sind ferner das demographische und sozioökonomische Profil der Migranten sowie die konkrete Dauer ihres Aufenthalts im Aufnahmeland. Migrantengemeinschaften mit einem relativ hohen Frauenanteil zum Beispiel werden sich intern anders organisieren als Migrantengruppen, in denen vornehmlich männliche Saisonarbeiter vertreten sind.⁵ In der Forschung wird mitunter die These vertreten, dass sich die Anzahl der Migrantenorganisationen mit der wachsenden Zahl von Migranten in einem Land „automatisch“ erhöht. Dagegen ist festzustellen, dass große Migrantengemeinschaften keineswegs zwangsläufig zur Gründung vieler Organisationen führen, da deren Entstehung von mehreren Faktoren abhängt.⁶

Raymond Breton und andere Forscher weisen auch auf die Bedeutung kultureller Unterschiede hin. Sie vertreten die These, dass es Angehörigen einer Migrantengruppe im Aufnahmeland umso leichter fällt, neue eigene Institutionen zu schaffen, je mehr sie sich von der Aufnahmegesellschaft

4 Vgl. J. Sardinha, *Immigrant Associations, Integration and Identity* Angolan, Brazilian and Eastern European Communities in Portugal, Amsterdam 2009.

5 Vgl. F. Vermeulen, *The Immigrant Organising Process. The emergence and persistence of Turkish immigrant organisations in Amsterdam and Berlin and Surinamese organizations in Amsterdam 1960-2000*, Amsterdam 2006.

6 Vgl. J. C. Moya, *Immigrants and Associations: A Global and Historical Perspective*, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Vol. 31, No. 5 (2005).

kulturell unterscheiden. Jahrzehntelange Forschungen haben jedoch gezeigt, dass diese Grundannahme verfehlt sein kann. Denn Migranten mit einer stark abweichenden kulturellen Identität gründen nicht unbedingt mehr Organisationen im Ausland als Migranten, die der Aufnahmegesellschaft kulturell näher stehen.⁷

Die Regierung des Aufnahmelandes kann die Gründung von Migrantenorganisationen im eigenen Land erleichtern und deren Tätigkeiten unterstützen, um so einen fortwährenden Dialog mit den organisatorisch vertretenen Volksgruppen zu führen. Die konkrete Form der Unterstützung hängt sowohl vom Entwicklungsgrad des NGO-Sektors im Aufnahmeland als auch von dessen Migrations- beziehungsweise Integrationspolitik ab. Von wesentlicher Bedeutung ist auch, ob die Migranten dort als Ausländer mit kurzfristiger Aufenthaltsgenehmigung oder als neue Staatsbürger wahrgenommen werden. Wenn die Migranten vor allem als Ausländer betrachtet werden, beschränkt sich die Rolle des Staates meist auf die Sicherstellung bestimmter rechtlicher Verfahren, wie zum Beispiel die Legalisierung des Aufenthalts, die Erteilung einer Arbeitserlaubnis, den Kampf gegen illegale Einwanderung. Falls die Migranten jedoch als neue Staatsbürger angesehen werden, fördert der Staat in der Regel deren Integration (unter anderem auch die gesellschaftliche Partizipation).

Die Bemühungen seitens des Aufnahmelandes, den Migranten die Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen, sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Magdalena Lesińska⁸ weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Zusammenschluss von Migranten in Vereinigungen und Organisationen – deren zivilgesellschaftlicher Einsatz – eine Alternative zur politischen Partizipation darstellen kann, wenn den Migranten andere Formen politischen Engagements (zum Beispiel das Stimmrecht, die Möglichkeit der Gründung politischer Parteien) fehlen. Diese Selbstorganisation ist somit gerade im Fall der Migranten überaus wirksam. Denn laut Robert Putnam⁹ stärken deren Organisationsgründungen das

7 R. Breton, Institutional completeness of ethnic communities and the personal relations of immigrants, *American Journal of Sociology*, 70 (2) 1964.

8 Vgl. M. Lesińska, *Inkluzja polityczna imigrantów we współczesnej Europie* [Die politische Inklusion von Migranten im heutigen Europa], Warszawa 2013, S. 95.

9 Vgl. R. Putnam, *Demokracja w działaniu: tradycje obywatelskie we współczesnych Włoszech* [Demokratie im Handeln: zivilgesellschaftliche Traditionen im heutigen Italien]. Kraków-Warszawa 1995.

demokratische Herrschaftssystem, insofern sie Migrantengruppen im Ausland sowohl nach „innen“ als auch nach „außen“ integrieren. Dies geschieht, indem deren Kompetenzen bei der Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Organisation erweitert und zugleich Foren der öffentlichen Repräsentation geschaffen werden, in denen die spezifischen Interessen dieser Gruppen verfolgt werden können. Der Prozess der Selbstorganisation steigert demnach zwangsläufig das Sozialkapital der Migranten und er nimmt insoweit eine Schlüsselrolle für die Integration in die Aufnahmegesellschaft und das Zusammenspiel mit den dort vorhandenen Institutionen ein. Ein wichtiges Instrument zur Unterstützung dieser Entwicklung ist die finanzielle Förderung des NGO-Sektors, die den Nährboden für die Entstehung einer größeren Zahl von NGOs – auch in Form von Migrantenorganisationen – schafft.

Von Bedeutung sind aber auch die Politik des Heimatlandes gegenüber der eigenen Minderheit im Ausland sowie das in der Heimat vorherrschende zivilgesellschaftliche Entwicklungsniveau. Weitere Bestimmungsfaktoren bilden die dortige politisch-kulturelle Lage und eigene Traditionen in Hinblick auf die Vereinigungsfreiheit.¹⁰ Denn die Regierungen und NGOs der Heimatländer können die Bildung von kohärenten Migrantengemeinschaften im Ausland konkret fördern – im Bestreben, die nationale Identität der Migranten zu bewahren und den Kontakt mit der Heimat aufrechtzuerhalten (was auch rückwirkend sehr gewinnbringend sein kann, zum Beispiel mit Blick auf finanzielle Transferleistungen der Migranten).¹¹

Hierbei ist der Prozess der Selbstorganisation näher zu betrachten. Unter den Migranten dominieren informelle Gruppen, die religiösen Charakter haben oder auf Selbsthilfe ausgerichtet sind. Je länger eine Migrantengruppe im Aufnahmeland besteht, desto stärker formalisieren sich die von ihr gegründeten Organisationen, so dass diese allmählich zu kohärenten Repräsentationsorganen im gesellschaftlichen Umfeld heranreifen. Daher gewinnt deren anfängliches Selbsthilfeprofil im Laufe der Zeit sehr oft auch politische Konturen. Der Prozess der

10 Vgl. M. Biernath, Institutionalization of the occurrence of immigrants. The case of the Ukrainians and Armenians in Poland, http://imiscoecrosscluster.weebly.com/uploads/4/6/9/4/469440/institutionalization_of_the_occurrence_of_immigrants_marta_bienath.pdf [zuletzt aufgerufen am 24.04.2016].

11 Vgl. F. Vermeulen, The Immigrant Organizing Process. The emergence and persistence of Turkish immigrant organizations in Amsterdam and Berlin and Surinamese organizations in Amsterdam 1960-2000.

Selbstorganisation der Migranten ist durch folgende Grundelemente gekennzeichnet: die Anzahl der formellen Organisationen (Organisationstyp), die Art der Aktivität (aktive Mitglieder), die übrigen Mitglieder (organisatorische Struktur). Laut Floris Vermeulen lässt sich anhand der existierenden formellen Organisationen ablesen, in welchem Entwicklungsstadium sich der Prozess der Selbstorganisation der Migranten befindet.

Ausländer in Polen

Ukrainer im Vergleich mit anderen Ausländergruppen

Ausländer in Polen bilden einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Angaben des polnischen Amtes für Ausländerangelegenheiten für das Jahr 2015 zeigen, dass in Polen derzeit 38 Millionen Einwohner leben, von denen 175.000 (knapp 0,46 Prozent der Gesamtbevölkerung) Ausländer sind, die über eine gültige Aufenthaltserlaubnis verfügen. Im Vergleich dazu beläuft sich der Ausländeranteil laut Angaben von Eurostat in Deutschland und Großbritannien auf acht bis neun Prozent, in Österreich und Belgien auf elf bis zwölf Prozent, in Estland und Lettland auf 15 Prozent, in Tschechien auf vier Prozent und in Ungarn auf knapp zwei Prozent. Darüber hinaus besteht die überwiegende Mehrheit der Migranten in Polen aus ukrainischen Bürgern.¹² Anhand amtlicher Statistiken ist ferner ersichtlich, dass nach den Ukrainern Russen, Belarussen und Vietnamesen die größten Migrantengruppen in Polen stellen. Letztere Gruppen sind jedoch im Vergleich zu den Ukrainern zahlenmäßig relativ klein.¹³

Obwohl auch der Wunsch nach Familienzusammenführung und Ausbildung in jüngster Zeit immer populärer wird, zeichnet sich Polen im Vergleich zu anderen EU-Staaten weiterhin durch einen sehr hohen Grad

12 Ende 2014 besaßen ca. 41.000 Ukrainer in Polen eine gültige Aufenthaltserlaubnis. Laut den neusten Schätzungen beträgt deren Anzahl jetzt über 50.000 mit steigender Tendenz. Vgl. Amt für Ausländerangelegenheiten, Dane liczbowe dotyczące postępowań prowadzonych wobec cudzoziemców w 2015 roku [Daten zu laufenden Ausländerverfahren im Jahr 2015], <http://udsc.gov.pl/statystyki/raporty-okresowe/zestawienia-roczne> [zuletzt aufgerufen am 10.04.2016].

13 Im ersten Halbjahr 2015 erhielten 1.800 Bürger aus China, 1.700 Bürger aus Belarus, 1.600 Bürger aus Vietnam, 1.200 Bürger aus Russland und 1.000 Bürger aus der Türkei eine behördliche Aufenthaltserlaubnis. Ende 2014 besaßen russische, weißrussische und vietnamesische Bürger in Polen insgesamt ca. 9.000-10.000 gültige Aufenthaltsgenehmigungen (darunter 4.000 Chinesen und 3.500 Armenier).

an Erwerbsmigration aus.¹⁴ Im Jahr 2013 hielten sich 51,7 Prozent aller Ausländer allein aus beruflichen Gründen in Polen auf.¹⁵

Während der letzten zwei Jahre hat die instabile politisch-gesellschaftliche Situation in der Ukraine zu einem erhöhten (nach Angaben des polnischen Amtes für Ausländerangelegenheiten mindestens verdoppelten) Zuzug ukrainischer Bürger nach Polen geführt. Dennoch hat sich das Gewicht in Hinblick auf den dabei angestrebten offiziellen Aufenthaltsstatus bislang nicht verlagert, da in der Mehrzahl der Fälle weiterhin eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beziehungsweise die Erteilung eines Einreisevisums beantragt wurde.¹⁶

Im Jahr 2015 beantragten 2.298 Ukrainer in Polen die Gewährung internationalen Schutzes.¹⁷ Den Anträgen wurde lediglich in 33 Fällen stattgegeben.¹⁸ Von Ukrainern wurden 58.744 Anträge auf befristete Aufenthaltserlaubnis gestellt, 895 Anträge auf befristete Aufenthaltserlaubnis für Drittstaatsangehörige und 8.772 Anträge auf Daueraufenthaltserlaubnis. Insgesamt wurden 45.170 Fälle positiv beschieden.¹⁹ Innerhalb Polens bildet Warschau (Wojewodschaft Masowien) dabei weiterhin das Zentrum der Migrantengemeinschaften. Dennoch ziehen die Migranten in den letzten Jahren immer häufiger in andere Regionen Polens weiter. Im ersten Halbjahr 2015 sind 40 Prozent

14 Vgl. Amt für Ausländerangelegenheiten, Statistische Angaben zu den bei Ausländern in Polen durchgeführten Genehmigungsverfahren im ersten Halbjahr 2015, <http://udsc.gov.pl/statystyki/raporty-okresowe/zestawienia-roczne> [zuletzt aufgerufen am 05.01.2016].

15 Vgl. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Migration_and_migrant_population_statistics [zuletzt aufgerufen am 20.10.2015].

16 Diese Entwicklung bestätigt allein die Tatsache, dass in nur 4,5 Prozent der im ersten Halbjahr 2015 bezüglich ukrainischer Bürger durchgeführten Genehmigungsverfahren ein Antrag auf Gewährung von internationalen Schutzes gestellt wurde (vgl. Angaben des Amtes für Ausländerangelegenheiten für das Jahr 2015).

17 Vgl. Angaben des Amtes für Ausländerangelegenheiten, Stand: 14.02.2016, <http://udsc.gov.pl/statystyki/raporty-specjalne/biezaca-sytuacja-dotyczaca-ukrainy> [zuletzt aufgerufen am 19.02.2016].

18 Vgl. *ibidem*.

19 Die derzeit deutlich steigende Anzahl ukrainischer Migranten in Polen ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Einerseits gibt es gewichtige Gründe, die ukrainische Bürger weiterhin ihre Heimat verlassen lassen (*push factors* wie zum Beispiel Korruption, instabile politische Lage oder Kriegshandlungen). Andererseits hat die polnische Regierung in den letzten Jahren eine Reihe von Instrumenten geschaffen, die die Migrationspolitik gegenüber den Staaten der Östlichen Partnerschaft liberalisieren (*pull factors* wie zum Beispiel ein vereinfachtes Verfahren bzgl. der Erteilung einer Arbeitserlaubnis, die Novellierung des Ausländergesetzes von 2013, erweiterte Rechte für Studenten im Direktstudium). Aus dieser Liberalisierung konnten gerade Zuwanderer aus der Ukraine den größten Nutzen ziehen; vgl. statistische Angaben des Amtes für Ausländerangelegenheiten bezüglich der Genehmigungsverfahren bei Ausländern im ersten Halbjahr 2015, <http://udsc.gov.pl/statystyki/raporty-okresowe/zestawienia-roczne> [zuletzt aufgerufen am 05.01.2016].

aller in Polen eingereichten Aufenthaltsanträge (insgesamt 19.000) in der Wojewodschaft Masowien bewilligt worden.²⁰

Über 75 Prozent der in Polen gewährten Arbeitserlaubnisse für Ausländer kommen ukrainischen Bürgern zugute (50.465 im Jahr 2015). Verglichen damit erhalten Weißrussen lediglich etwa drei Prozent und Bürger aus Moldawien oder Usbekistan jeweils etwa zwei Prozent aller Arbeitserlaubnisse. Außerdem sind zahlreiche Ukrainer in Polen im Rahmen vereinfachter Genehmigungsverfahren – somit ohne die Notwendigkeit einer behördlichen Arbeitserlaubnis – als Saisonarbeiter (vor allem im Bereich Landwirtschaft) tätig. Im Jahr 2015 registrierten die Behörden in Polen insgesamt 782.222 Verlautbarungen bezüglich der Absicht, ausländischen Bürgern eine Erwerbstätigkeit anzubieten (97 Prozent davon betrafen ukrainische Bürger).²¹

Auch Bildung und Ausbildung sind ein wesentlicher Motor der Migrationsbewegung in Richtung Polen. Seit einigen Jahren wächst das Interesse an polnischen Bildungsangeboten unter Studenten aus Drittstaaten. In diesem Bereich fällt insbesondere der hohe Anteil an ukrainischen Migranten auf. Denn ukrainische Bürger stellen die Hälfte aller 46.000 ausländischen Studenten in Polen.²²

Abgesehen davon betrug der Anteil der im Rahmen der Gewährleistung nationalen oder internationalen Schutzes nach Polen emigrierten ukrainischen Bürger lediglich knapp 0,4 Prozent. Die überwiegende Mehrheit aller Zuwanderer aus der Ukraine bevorzugt eine Legalisierung ihres Aufenthalts in Polen, die ihnen Zugang zum dortigen Arbeitsmarkt oder zu konkreten Studienmöglichkeiten verschafft. Anders als in den Jahren vor dem Euromajdan entscheiden sich heute immer mehr Ukrainer für einen dauerhaften Aufenthalt in Polen.²³

Im Jahr 2014 erhielten 1.667 ukrainische Migranten die polnische Staatsbürgerschaft, was einem Anteil von 37 Prozent aller Bescheide

20 Nachfolgend weist die Statistik folgende Wojewodschaften aus: Niederschlesien und Kleinpolen (10 Prozent), Großpolen (7 Prozent) sowie Lublin, Lodz und Pommern (jeweils 5 Prozent), vgl. ibidem.

21 Vgl. Angaben des polnischen Ministeriums für Familie, Arbeit und Sozialpolitik für das Jahr 2015.

22 Vgl. http://www.perspektywy.org/index.php?option=com_content&task=view&id=125&Itemid=1 [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

23 Die Angaben des Amtes für Ausländerangelegenheiten bestätigen, dass diejenigen Ukrainer, die in Polen jahrelang auf Grundlage von befristeten Aufenthaltserlaubnissen gelebt haben, sich seit 2015 zunehmend für einen dauerhaften Verbleib im Gastland entscheiden. 91 Prozent der Antragsteller haben sich dabei ethnisch auf ihre polnische Herkunft berufen (insgesamt 3.141 Ukrainer – darunter 2.397 mit der sog. „Polen-Karte“ als Nachweis der polnischen Abstammung).

entspricht. Dabei ist insbesondere die sogenannte „Polen-Karte“ zu erwähnen, die sehr viele Ukrainer in Anspruch nehmen: Die „Polen-Karte“ bestätigt einerseits die Zugehörigkeit zur polnischen Nation, räumt ihrem Inhaber aber zugleich konkrete Privilegien ein, darunter unter anderem den gebührenfreien Erwerb eines Aufenthaltsvisums, die Befreiung von der Pflicht, eine Arbeitserlaubnis zu beantragen sowie die kostenlose Inanspruchnahme des staatlichen Bildungswesens. Die Karte verleiht jedoch nicht die polnische Staatsangehörigkeit – sie erleichtert es aber nach der neusten Gesetzesänderung im Jahr 2016, diese zu erhalten.

Die relativ dynamische Zuwanderung von Ukrainern nach Polen ist vor allem eine Folge der geographischen und kulturellen Nähe beider Nationen, die sich im Laufe der gemeinsamen Geschichte herausgebildet hat. Daher bildet die saisonale Erwerbsmigration aus den ukrainischen Grenzregionen Galizien und Wolhynien seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit der Ukraine eine starke Antriebskraft für die ukrainische Emigration nach Polen. Während der letzten zehn Jahre weist die Zuwanderungsbewegung in Richtung Polen ein zunehmend vielschichtiges Bild auf: Immer mehr junge Ukrainer kommen nach Polen, um in einem EU-Land zu studieren. Aber auch gut ausgebildete Facharbeiter sehen sich aufgrund ihrer geringen beruflichen Entwicklungsperspektiven im Heimatland zur Auswanderung nach Polen gezwungen.

In Polen lebt zudem schon seit vielen Jahren eine relativ große ukrainische Minderheit. 38.797 überwiegend in den Wojewodschaften Ermland-Masuren, Westpommern und Pommern lebende polnische Staatsbürger erklären sich zur ukrainischen nationalen Minderheit gehörend.²⁴ Die Entstehung der ukrainischen Minderheit in Polen ist auf die im Jahr 1947 durchgeführte „Aktion Weichsel“ zurückzuführen. Damals wurde fast die gesamte ukrainische Bevölkerung Südostpolens in die nordwestlichen Landesteile umgesiedelt. Nur Teilen gelang es, der Zwangsaussiedlung zu entgehen beziehungsweise nach 1956 in die Heimat zurückzukehren.

24 Vgl. Angaben der 2011 in Polen durchgeführten nationalen Volks- und Wohnungszählung [Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań 2011].

Die Steuerung der Migrationsprozesse: rechtlich-institutionelle Aspekte

Laut der Analyse der Integrationspolitik von 38 Staaten im Migrant Integration Policy Index (MIPEX)²⁵ existieren in Polen immer noch erhebliche Barrieren für eine effektive Einbindung der Migranten ins öffentliche Leben. Dabei ist es besonders wichtig, den Migranten eine wirksame politische Partizipation im Aufnahmeland zu ermöglichen, die vor allem im Stimmrecht zum Ausdruck kommt. Die derzeit bestehenden Einschränkungen der politischen Freiheitsrechte (zum Beispiel fehlende spezielle Beratungsorgane für Einwanderer, kein Stimmrecht auf lokaler Ebene) behindern die aktive Eingliederung von Migranten ins öffentliche Leben weiterhin und bilden oftmals einen zusätzlichen Stolperstein für eine rasche und erfolgreiche Integration in der Mehrheitsgesellschaft.

Im polnischen Recht wird der Aufenthalt von Ausländern grundsätzlich im Ausländergesetz vom 12.12.2013 geregelt.²⁶ Obwohl dieses Gesetz nach Auffassung zahlreicher Experten den gegenwärtigen Herausforderungen der Migrationspolitik nicht in vollem Umfang gerecht wird, hat dieser Rechtsakt zu einer Reihe dringend notwendiger Lösungen geführt, die den legalen Aufenthalt von Ausländern sowohl zu Erwerbs- als auch zu Studienzwecken zumindest juristisch bedeutend erleichtern. Denn gerade durch dieses neue Gesetz zeigt Polen nach Ansicht der MIPEX-Autoren ein größeres Wohlwollen gegenüber Migranten, wobei der erweiterte Zugang zur polnischen Staatsbürgerschaft²⁷ als wichtigster Schritt auf dem Weg zu einer effektiveren Migrations- und Integrationspolitik gewürdigt wird.

Ein weiteres Schlüsseldokument ist die „Migrationspolitik Polens“, die durch einen Regierungsbeschluss im Jahr 2012 verabschiedet wurde. Das Dokument weist auf das Fehlen einer schlüssigen Gesamtstrategie zur Integration von Ausländern hin. Bislang wurde dieses wichtige Dokument jedoch in der Praxis nicht umgesetzt – die Implementierungsvorschriften befinden sich immer noch in Bearbeitung und wurden von der Regierung noch nicht verabschiedet. Es kann daher lediglich als politische Empfehlung angesehen werden.

25 Vgl. www.mipex.eu [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

26 Vgl. Gesetzblatt der Republik Polen 2013, Pos. 1650, <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=W DU20130001650> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

27 Vgl. Gesetz vom 02.04.2009 über die polnische Staatsbürgerschaft (Gesetzblatt der Republik Polen 2012, Pos. 161, mit späteren Änderungen), <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=W DU20120000161> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

Migranten in Polen dürfen NGOs und Gewerkschaften angehören sowie in gesellschaftlichen Organisationen tätig sein. Laut Gesetz dürfen sich Personen, die nicht über die polnische Staatsbürgerschaft verfügen, darüber hinaus in Vereinen zusammenschließen und Stiftungen gründen.²⁸

In Polen wird die Tätigkeit von Hilfsorganisationen für Migrantenorganisationen und Organisationen, die Migranten unterstützen, derzeit in erster Linie durch EU-Fonds finanziell gefördert.²⁹ Diese Zuschüsse spielen bei der dynamisch steigenden Mitwirkung der Migranten im öffentlichen Leben eine wesentliche Rolle, da die Europäische Union die gesellschaftliche Partizipation der Migranten in den Aufnahmeländern in zahlreichen strategischen Dokumenten unterstützt.³⁰

Die Art der Vergabe von EU-Mitteln in Polen hat jedoch für einige Repräsentanten der polnischen Zivilgesellschaft auch negative Auswirkungen. Einerseits geraten manche NGOs in große Abhängigkeit von europäischen Fördergeldern.³¹ Andererseits haben die für Migrantenorganisationen immer noch hohen formalen Hürden beim Zugang zu EU-Fonds zur Folge, dass kleinere Organisationen überwiegend auf Freiwilligenengagement basieren, was das Ausmaß und die Effektivität ihrer Aktivitäten entsprechend beeinflusst.

Die Organe der öffentlichen Gewalt in Polen sind kraft Gesetz verpflichtet, geeignete Schritte zur Unterstützung aller Maßnahmen zu unternehmen, die dem Schutz und der Bewahrung sowie der Entwicklung der kulturellen Identität von Minderheiten dienen. Diese Unterstützung wird zumeist in Form von gezielten beziehungsweise an einzelne Träger gerichteten finanziellen Zuschüssen gewährt.³² Die rechtliche Stellung der nationalen Minderheiten in Polen ist grundsätzlich in der Verfassung der

28 „Natürliche Personen dürfen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Wohnort eine Stiftung gründen“ (Zit. nach Art. 2 Abs. 1. Gesetz über Stiftungen vom 16.04.1984, Gesetzblatt der Volksrepublik Polen 1984, Nr. 21, Pos. 97).

29 Vgl. M. Pawlak/P. Matusz-Protasiewicz, *Organizacje pozarządowe wobec cudzoziemców w Polsce – od pomocy doraźnej do upowszechniania europejskiej ramy polityki integracji* [NGOs und Ausländer in Polen – von der Hilfe im Einzelfall zur Integrationspolitik im europäischen Rahmen], in: *Institut Spraw Publicznych* (Hg.), *Kwartalnik Trzeci Sektor*, Nr. 35 (2015).

30 Der Zugang zu EU-Fördermitteln hat in Polen zur Etablierung einer Integrationspolitik im europäischen Rahmen beigetragen, was sich angesichts fehlender Lösungen auf nationaler Ebene als zukunftsweisender Schritt erwiesen hat. Darüber hinaus hat die finanzielle Unterstützung seitens der EU zahlreiche NGOs zu stärkeren und glaubwürdigen Partnern im Dialog mit öffentlichen Institutionen gemacht; vgl. A. Pilat/J. Segeš Frelak, *Organizacje migranckie w Polsce* [Migrantenorganisationen in Polen], in: *Institut Spraw Publicznych* (Hg.), *Kwartalnik Trzeci Sektor*, Nr. 35 (2015).

31 Als Beispiel sei hier auf die finanzielle Förderung der „Stowarzyszenie Interwencji Prawnej“ [Vereinigung für rechtliche Interventionen] verwiesen, <http://mediumpubliczne.pl/2015/11/zbiaramy-pieniadze-na-pomoc-prawna-dla-uchodzcow/> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

32 Vgl. Gesetzblatt der Republik Polen, Nr. 17, Pos. 141, mit späteren Änderungen.

Republik Polen geregelt (vgl. Art. 35), wonach polnischen Bürgern anderer nationaler oder ethnischer Minderheiten die uneingeschränkte Pflege von Sprache und Kultur sowie die Bewahrung von Bräuchen und Traditionen des Herkunftslandes garantiert werden. Näher definiert werden nationale und ethnische Minderheiten im Gesetz vom 6.1.2005 über „nationale und ethnische Minderheiten und Regionalsprachen“.

Ukrainische Migrantengemeinschaften in Polen: Selbstorganisation und Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements

Angesichts mangelnder systematischer Integrationsbemühungen von staatlicher Seite haben polnische NGOs jahrelang eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung von Migranten in Polen gespielt. NGOs haben auf Basis zuvor erwähnter Subventionen zahlreiche Aktivitäten zum Nutzen der Ausländer in Polen finanziert. Die Tätigkeit von NGOs zur Unterstützung der Migranten in Polen gliedert sich in mehrere Aspekte auf.³³ In erster Linie geht es dabei um Hilfsleistungen in Form von Beratung, Rechtsbeistand und materieller Unterstützung. Darüber hinaus sind NGOs auch in den Bereichen Bildung, Kultur und Intervention tätig. Außerdem werden die Migrationsbewegungen laufend analysiert und aktuelle Bedürfnisse eruiert. Abgesehen davon wird die Effektivität der seitens der polnischen Regierung eingeleiteten Initiativen fortwährend überprüft, so dass das bestehende Hilffssystem bereits wiederholt verbessert werden konnte.

Die zur Unterstützung von Migranten gegründeten NGOs in Polen lassen sich in zwei große Gruppen unterteilen: Zum einen sind dies die von polnischen Bürgern gegründeten und laut Statuten auf die Unterstützung von Ausländern ausgerichteten Organisationen, zum anderen die mehr oder weniger formellen Initiativen seitens verschiedener Migrantengruppen.

Obgleich laut Bericht der Vereinigung „Klon/Jawor“ über 80 Prozent aller Organisationen in Polen Vereinigungen sind, sind die Migrantenorganisationen dennoch überwiegend in Form von Stiftungen aktiv.³⁴ Aus der Sicht ausländischer Bürger bilden Stiftungen in Hinblick auf

33 Vgl. zur Typologie der Tätigkeit von NGOs in Polen K. Slany (Hg.), *Wsparcie, pomoc, inicjatywa. Przewodnik po organizacjach pozarządowych imigrantów i dla imigrantów* [Unterstützung, Hilfe, Initiative. Ein Überblick über die NGOs von Immigranten und für Immigranten], Instytut Socjologii Uniwersytetu Jagiellońskiego (Hg.), Kraków 2004.

34 Die meisten NGOs haben ihren Sitz in Warschau. Von den insgesamt 49 dort registrierten Trägern, die sich für Belange der Migranten einsetzen, besitzen 34 den Status einer Stiftung, während lediglich 15 als Vereinigungen tätig sind; vgl. M. Pawlak/P. Matusz-Protasiewicz, *Organizacje pozarządowe wobec cudzoziemców w Polsce – od pomocy doraźnej do upowszechniania europejs-*

die polnische Gesetzgebung insofern eine sichere Organisationsform, als dass Stiftungen relativ leicht gegründet und verwaltet werden können.³⁵ Migrantenorganisationen sind derzeit in Polen formaljuristisch nicht definiert. Die meisten dieser Organisationen vereinigen unter ihrem Dach sowohl Ausländer als auch Vertreter der Aufnahmegesellschaft.

Im Jahr 2015 wurden die Interessen der ukrainischen Bürger in Polen nur von einigen wenigen Organisationen auf breiter Ebene wirksam vertreten. Dabei ist an erster Stelle die Stiftung „Otwarty Dialog“ [Offener Dialog]³⁶ zu nennen, die 2009 gegründet wurde. Ferner ist auf die Stiftung „Nasz Wybór“ [Unsere Wahl]³⁷ hinzuweisen, die im Jahr 2004 vor allem auf Betreiben ukrainischer Doktoranden der Sozialwissenschaften in der Polnischen Akademie der Wissenschaften entstand. Darüber hinaus bildet die im Zuge der revolutionären Ereignisse in der Ukraine entstandene Stiftung „Euromajdan Warszawa“³⁸ [Euromajdan Warschau] ein gelungenes Beispiel für die Institutionalisierung einer großen ukrainischen Bürgerbewegung in Polen. Die Tätigkeiten kleinerer Organisationen (zum Beispiel „Fundcja Ternopilska“ [Stiftung Ternopilska]) sind ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur sozialen Integration einzelner ukrainischer Gemeinschaften in Polen – etwa im Rahmen von Projekten wie dem „Europäischen Leserklub“³⁹. Dennoch haben diese Aktivitäten aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung bislang nicht zu einer effizienteren Selbstorganisation der ukrainischen Migranten in Polen geführt und deren Dialog mit den staatlichen Behörden kaum positiv beeinflusst.

Darüber hinaus hat die fehlende institutionelle Anbindung an den NGO-Sektor in Polen teilweise zu verstärkten Aktivitäten ukrainischer Bürger in informellen Organisationen und Vereinigungen geführt.⁴⁰ Typische Beispiele

kiej ramy polityki integracji [NGOs und Ausländer in Polen – von der Hilfe im Einzelfall zur Integrationspolitik im europäischen Rahmen], in: Instytut Spraw Publicznych (Hg.), *Kwartalnik Trzeci Sektor*, Nr. 35 (2015).

35 Vgl. J. Przewłocka/P. Adamiak/J. Herbst, *Podstawowe fakty o organizacjach pozarządowych - raport z badania 2012* [Grundlegende Fakten über NGOs – Forschungsbericht für 2012], Stowarzyszenie Klon/Jawor, Warszawa 2013.

36 Vgl. <http://odfoundation.eu> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

37 Vgl. <http://www.naszwybor.org.pl> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

38 Vgl. <http://www.euromaidanwarszawa.com> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

39 Vgl. <https://ec.europa.eu/migrant-integration/link/european-readers-club---europejski-klub-czytelnika-1> [zuletzt aufgerufen am 27.04.2016].

40 Vgl. Z. Skalych/A. Korniychuk, *Narodziny homo europaeus. Analiza wybranych praktyk partycypacji społecznej obywateli Ukrainy w Polsce*. [Die Geburt des homo europaeus. Eine Analyse ausgewählter Praktiken der gesellschaftlichen Partizipation ukrainischer Bürger in Polen], in: Instytut Spraw Publicznych (Hg.), *Kwartalnik Trzeci Sektor*, Nr. 35 (2015).

für derartige Initiativen sind das „Experimentelle Ukrainische Theater“⁴¹, das „Zentrum für Ukrainische Kultur“ (CUK.or)⁴², der Sportverein „Sokół“ [Falke] und die Abteilung der Internationalen Föderation „Boyovoho Hopak“⁴³ – eine Verbindung ukrainischer Kampfkunst mit Volkstanzelementen. Abgesehen davon bilden Volksmusikensembles (z.B. der Chor „Kalyna“⁴⁴) eine äußerst beliebte Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ukrainischer Migranten in Polen.

Die geographische Reichweite der Tätigkeit der Migrantenorganisationen hängt ferner von der Anzahl der Ausländer in den einzelnen Regionen Polens ab. Aktive Zentren zivilgesellschaftlichen Engagements von Migranten bilden abgesehen von Warschau auch die Städte Krakau, Lublin, Bialystok, Breslau, Danzig und Posen. Denn diese Städte ziehen ukrainische Migranten nicht nur aufgrund ihrer zahlreichen Beschäftigungsmöglichkeiten an, sondern bieten immer häufiger auch attraktive Bildungsangebote (etwa „Study in Wrocław“ [Studium in Breslau]⁴⁵ oder „Study in Lublin“ [Studium in Lublin]⁴⁶), die von Ukrainern in Polen sehr oft genutzt werden. In diesem Zusammenhang sind auch der Großraum Danzig und die Wojewodschaft Untere Karpaten hervorzuheben, wo inzwischen Migrantenorganisationen wie die Stiftung „Crossroads – Zatoka Gdańska“⁴⁷ oder die Stiftung für Künstlerische Initiativen „UNISSON“ (in Rzeszów)⁴⁸ entstanden sind.

Wie bereits erwähnt existiert in Polen unabhängig von den ukrainischen Migrantengemeinschaften auch eine große ukrainische Minderheit, die seit Jahren in festen Strukturen und mit großer Aktivität agiert – im „Bund der Ukrainer in Polen“ (sowohl in Warschau als auch in anderen Regionen Polens auf der Ebene lokaler Kreise). Der „Bund der Ukrainer in Polen“ existiert formalrechtlich bereits seit 1990 und ist der Rechtsnachfolger der seit 1956 tätigen „Ukrainischen soziokulturellen Vereinigung“. Weitere wichtige Organisationen sind die „Ukrainische Gesellschaft“, die „Ukrainische Lehrervereinigung in Polen“, die Ukrainische Jugendorganisation „PLAST“ und die „Ukrainische Historische Gesellschaft“.

41 Vgl. <https://www.facebook.com/eksperymentalnyteatr ukrainski> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

42 Vgl. <https://www.facebook.com/CUkrK?fref=ts> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

43 Vgl. <https://m.facebook.com/HopakPolska> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

44 Vgl. <https://chorkalyna.wordpress.com> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

45 Vgl. <http://study-in-wroclaw.pl> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

46 Vgl. <http://study.lublin.eu/en> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

47 Vgl. <http://fundacjcrossroads.pl> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

48 Vgl. <https://www.facebook.com/unissonart> [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

Gründe des Aufenthalts in Polen	2012	2013	2014	2015
Familie	2.482	2.450	2.726	3.888
Bildung	1.649	2.351	3.798	7.054
Arbeit	3.323	3.863	8.307	23.925
Andere	2.373	931	2.277	2.997
Insgesamt	9.827	9.595	1.7108	3.3456

Tabelle 1:
Anzahl der ukrainischen
Bürger mit befristeter
Aufenthaltslaubnis in
den Jahren 2012-2015

Quelle: Urząd do Spraw
Cudzoziemców [Amt für
Ausländerangelegenheiten]
2016.

Dauerauf- enthalt	langfristiger Aufenthalt von Drittstaatsan- gehörigen	befriste- ter Auf- enthalt	Flüchtlings- status	ergän- zender Schutz	Aufenthalt aus huma- nitären Gründen	Gedul- deter Auf- enthalt	Insgesamt
21.030	2.940	27.715	3	18	188	3	52.003

Tabelle 2:
Anzahl der ukrainischen
Bürger mit gültiger
Aufenthaltslaubnis in
Polen (Stand: 01.07.2015)

Quelle: Urząd do Spraw
Cudzoziemców [Amt für
Ausländerangelegenheiten]
2016.

Während das Engagement der zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer hauptsächlich auf Information und Integration ausgerichtet ist, liegt die Priorität der Minderheit seit Jahren auf der „Bewahrung der kulturellen Identität der ukrainischen Bevölkerung in Polen und in der Entwicklung der gutnachbarschaftlichen Kontakte und Zusammenarbeit zwischen Polen und der Ukraine“⁴⁹.

Ausländer in Deutschland

Deutschland als Einwanderungsland

Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland, wie Statistiken der OECD belegen, bereits seit Jahren das Land mit der stärksten Einwanderung. Gleichzeitig stellt der Migrant Integration Policy Index (MIPEX) Deutschland insgesamt ein sehr positives Zeugnis bezüglich seiner Integrationspolitik aus und führt es im Vergleich mit 38 Ländern unter den Top 10. Integrationspolitik ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Migrationspolitik, die neben Asyl- und Flüchtlingspolitik ebenfalls Arbeitsmarktpolitik umfasst. Das nach deutschem Recht zentrale Gesetz

49 Vgl. www.zup.ukraina.com.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=1&Itemid=2 [zuletzt aufgerufen am 08.01.2016].

50 Vgl. Angaben des Amtes für Ausländerangelegenheiten, Stand: 14.02.2016, <http://udsc.gov.pl/statystyki/raporty-specjalne/biezaca-sytuacja-dotyczaca-ukrainy> [zuletzt aufgerufen am 19.02.2016].

51 Vgl. Angaben des Amtes für Ausländerangelegenheiten für das erste Halbjahr 2015, <http://udsc.gov.pl/statystyki/raporty-okresowe/zestawienia-rocne> [zuletzt aufgerufen am 19.02.2016].

zur Regulierung der Einwanderung und des Aufenthalts von Ausländern aus Drittstaaten ist das Zuwanderungsgesetz, das am 1.1.2005 in Kraft getreten ist. Teil des Zuwanderungsgesetzes ist das Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet, kurz Aufenthaltsgesetz genannt. Das Aufenthaltsgesetz unterscheidet zwischen zwei Aufenthaltstiteln: der Aufenthaltserlaubnis sowie der Niederlassungserlaubnis. Während Erstere für einen befristeten Zeitraum vergeben wird, beispielsweise für Erwerbs- und Ausbildungszwecke oder aus familiären Gründen, ermöglicht Letztere einen unbefristeten Aufenthalt und nicht zuletzt die Möglichkeit einer Einbürgerung.

Gleichzeitig mit dem Aufenthaltsgesetz wurde im Jahr 2005 ein staatliches Angebot von Integrationskursen eingeführt. Diese förderpolitische Maßnahme unterstützt die Eingliederung von Einwanderern in die deutsche Gesellschaft durch die Vermittlung zentraler Schlüsselqualifikationen, durch Sprachkurse sowie Orientierungskurse zur deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung. Neben der Integrationspolitik ist weiterhin die Arbeitsmarktpolitik Kern der deutschen Migrationspolitik. Laut MIPEX hat Deutschland mit dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen aus dem Jahr 2012 einen bedeutenden Schritt zu mehr Gleichberechtigung in der Beschäftigung vollzogen, da es die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen vereinfacht.

Während MIPEX die deutsche Integrations- und Arbeitsmarktpolitik positiv hervorhebt, konstatieren die Autoren gleichzeitig starke Defizite in anderen Bereichen. In diesem Zusammenhang wird, ähnlich wie in Polen, unter anderem die mangelhafte Möglichkeit zur politischen Partizipation von Migranten kritisiert. Laut MIPEX haben in Deutschland rund dreieinhalb Millionen Einwanderer aus Drittstaaten kein Wahlrecht. Bei gleichzeitig vergleichsweise geringen Einbürgerungsraten ist Deutschland damit eines der am meisten politisch exkludierenden Einwanderungsländer.

Die individuellen politischen Rechte von Migranten jedoch unterscheiden sich nicht von denen deutscher Staatsbürger. So dürfen Einwanderer beispielsweise politischen Parteien beitreten oder zivilgesellschaftlich partizipieren und Vereine gründen. Von letzterem

Recht wird auch intensiv Gebrauch gemacht. So existiert in Deutschland eine Vielzahl sogenannter Migrantenorganisationen.⁵²

Schätzungen hierzu schwanken zwischen 10.000 und 20.000 Migrantenorganisationen, die in einer Vielzahl von Bereichen, zum Beispiel in Kultur, Integration und Religion, tätig sind.⁵³ Während Migrantenorganisationen jahrzehntelang als integrationshemmend angesehen wurden, ist ihre bedeutende Rolle für die deutsche Integrationsarbeit heute öffentlich anerkannt.⁵⁴ Diese Rolle betont auch der Nationale Aktionsplan Integration 2012 der deutschen Bundesregierung, der die Brückenfunktion von Migrantenorganisationen zwischen Einwanderern und Aufnahmeland betont. Darüber hinaus nehmen die etablierten Migrantenorganisationen längst die wichtige Rolle der Interessenvertretung und politischen Einflussnahme wahr. Klare Strukturen im Verhältnis zwischen Staat und Migrantenorganisationen existieren jedoch nicht.⁵⁵

Ukrainer im Vergleich mit anderen ausländischen Gruppen

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung betrug laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2014 etwa acht Millionen Menschen, was etwa 9,3 Prozent der Bevölkerung entspricht. Die drei größten ausländischen Gruppen bilden Türken (1,5 Millionen), Polen (670.000) und Italiener (570.000). Die Zahl der Ukrainer betrug hingegen etwa 128.000, was einem Anstieg um 4,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Hiervon sind etwa 35 Prozent Männer und 65 Prozent Frauen. Der Anteil der Ukrainer an der ausländischen Bevölkerung Deutschlands belief sich damit auf 1,6 Prozent.

52 Migrantenorganisationen werden hierbei verstanden als Vereine, „die überwiegend von Zugewanderten gegründet wurden und deren Mitglieder überwiegend Migrantinnen und Migranten sind.“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Kooperation mit Migrantenorganisationen, Berlin 2011).
53 Bundeszentrale für politische Bildung: Umfang und Struktur von Migrantenorganisationen in Deutschland, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/158871/umfang-und-struktur> [zuletzt aufgerufen am 18.02.2016].

54 K. Weiss, Migrantenorganisationen als Akteure der Integrationsarbeit. Neue Herausforderungen, Professionalisierung und die Qualitätsdebatte, in: RAA Brandenburg/Demokratie und Integration Brandenburg e.V., Interkulturelle Beiträge Nr. 43, S. 5.

55 K. Weiss, Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung, in: Günther Schultze/Dietrich Thränhardt (Hg.): Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration, Bonn 2013, S. 21.

Im Jahr 2015 beantragten in Deutschland 4.658 ukrainische Flüchtlinge⁵⁶ die Gewährung internationalen Schutzes. Einem solchen Antrag wurde lediglich in 54 Fällen stattgegeben.⁵⁷

Ein stetiger Anstieg der Migration fand im Zeitraum von 1992 bis 2005 statt und ist im Wesentlichen auf die Einwanderung von Spätaussiedlern zurückzuführen.⁵⁸ Seit 2005 ist die Anzahl der Ukrainer jedoch durch einen relativ kontinuierlichen Rückgang gekennzeichnet. Erst im Jahr 2014 ist die Gesamtzahl im Vergleich der Zahlen der letzten Jahre wieder leicht angestiegen (siehe Tabelle 4). Im Jahr 2013 haben etwa 5.000 Ukrainer die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, was einen Anstieg um 800 Fälle im Vergleich zum Vorjahr bedeutete. Eine große Gruppe bilden ukrainische Studierende, die im Vergleich mit Studierenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten eine relativ hohe Zahl in Deutschland ausmachen (ca. 6.000). Eine ähnlich hohe Zahl an Studierenden kam aus Frankreich (6.000) und Polen (7.000).⁵⁹

Zu den wichtigsten Gründen für einen Aufenthalt in Deutschland zählen laut Angaben Familie, Studium und Erwerbstätigkeit. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt 10,9 Jahre.

Tabelle 3:
Ukrainische
Staatsangehörige und
Aufenthaltsdauer (Stand:
31.12.2014)

Quelle: Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge.

Dauer des Aufenthalts in Jahren	Unter 4	4 – 8	8 – 10	10 – 15	15 – 20	20 – 30	30 und mehr
Ukrainer insgesamt	24.140	13.889	9.060	48.455	25.555	6.760	83
	127.942						

Tabelle 4:
Aufenthaltszweck
ukrainischer
Staatsangehöriger in
Deutschland im Zeitraum
2011–2014

Quelle: Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge.

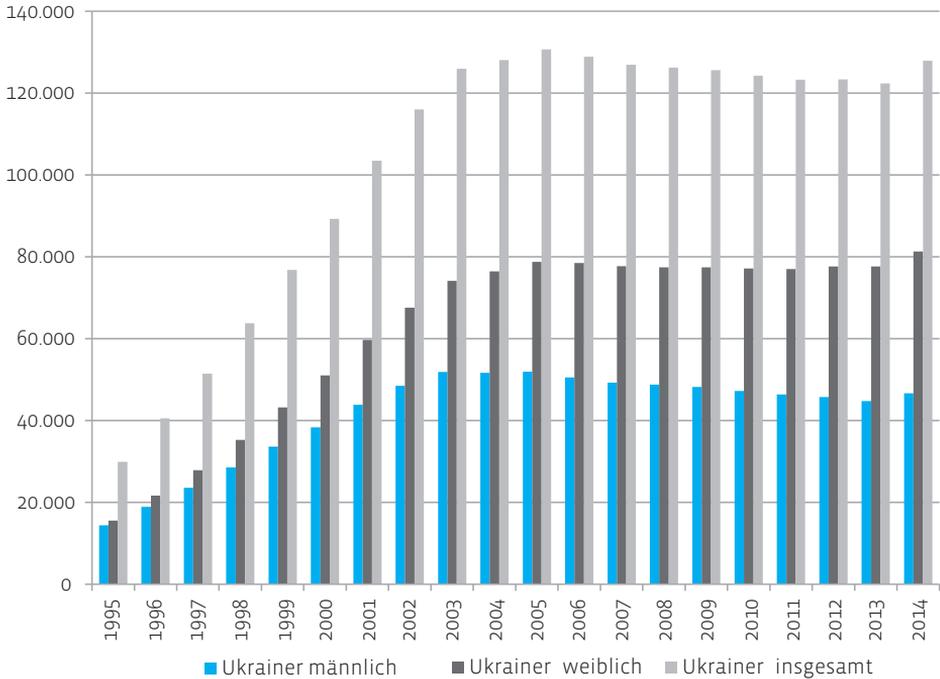
Aufenthaltszweck/Aufenthaltstitel	2011	2012	2013	2014
Familie	1.772	1.937	2.141	2.642
Studium	1.014	1.137	1.071	1.147
Erwerbstätigkeit	1.441	1.495	1.304	1.759
Sonstige Gründe	267	215	228	147

56 4.569 Erstanträge und 89 Folgeanträge (nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge).

57 Nach Auskunft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

58 Statistisches Bundesamt, Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Landergruppierungen / Staatsangehörigkeit, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data> [zuletzt aufgerufen am 25.04.2016].

59 Vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch 2015. Deutschland und Internationales, Wiesbaden 2015, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2015.pdf?__blob=publicationFile [zuletzt aufgerufen am 27.03.2016].



Ukrainer in Deutschland

Die Geschichte der ukrainischen Diaspora in Deutschland beginnt nicht mit dem Zerfall der Sowjetunion, sondern ist vielmehr auf den Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen sowie auf die Folgen des Zweiten Weltkriegs zurückzuführen. Für die Migration der Ukrainer zwischen den Weltkriegen waren zumeist politische Gründe ursächlich.⁶⁰ Bei den Migranten handelte es sich größtenteils um Anhänger oder Soldaten der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) oder der Westukrainischen Volksrepublik (SUNR). Viele von diesen befanden sich in Internierungslagern in Polen, Australien, Rumänien, Deutschland oder anderen Ländern. In diesem Zeitraum hielt sich auch der ukrainische Hetman Pawlo Skoropadskyj in Deutschland auf. Zu Zentren der ukrainischen Migration in Europa wurden Berlin, Warschau, Prag, Paris und Wien.⁶¹

Abbildung 1:
Ausländer mit ukrainischer
Staatsbürgerschaft in
Deutschland im Zeitraum
1995–2014

Quelle: Statistisches
Bundesamt.

60 Vgl. O. Subtelny, Ukraine: A History, Toronto 1994, S. 550 ff.; W. Kubijowytsch, Encyclopedia of Ukraine, Toronto 1984, S. 821 ff.

61 Vgl. Kubijowytsch, ibidem.

Die nächste Welle der ukrainischen Migration erfolgte in den 40er und 50er Jahren des 20. Jahrhunderts in Folge des Zweiten Weltkriegs. Laut Wolodymyr Kubijowytsch befanden sich während dieses Zeitraums etwa zwei bis drei Millionen Ukrainer in Europa, die meisten von diesen als Zwangsarbeiter während des Kriegs in Deutschland.⁶² Nach Ende des Zweiten Weltkriegs kehrte ein Großteil dieser Menschen in die Ukraine entweder freiwillig zurück oder wurde zwangsrepatriiert. In den Lagern für Vertriebene sind etwa 119.000 Ukrainer geblieben.⁶³ Im Laufe der Jahre ging die Anzahl der Ukrainer rapide zurück. Im Jahr 1950 hielten sich in Deutschland dann nur noch etwa 22.000 Ukrainer auf.⁶⁴

Zum Zentrum der ukrainischen Migration in Deutschland wurde Süddeutschland, insbesondere München, das auch für die dort ansässige ukrainische Diaspora, die meist als „alte Diaspora“ bezeichnet wird, bekannt ist. 1945 nahm dort die „Ukrainische Freie Universität“ (UFU) ihre Arbeit auf, die 1921 in Wien gegründet worden war. Die Universität wurde 1950 vom bayerischen Bildungsministerium offiziell anerkannt und bekam das Recht zur Verleihung akademischer Titel zugesprochen. Die Universität ist die einzige wissenschaftliche Einrichtung, die von der ukrainischen Diaspora in Deutschland gegründet worden ist.

Zu den älteren Organisationen der ukrainischen Diaspora gehören der „Ukrainische Frauenverband in Deutschland e.V.“ (München), der „Zentralverband der Ukrainer in Deutschland e.V.“, der sich meistens mit kultureller Arbeit befasst und in Berlin ansässig ist. Eine ähnliche Funktion erfüllt auch der „Dachverband der ukrainischen Organisationen in Deutschland e.V.“ Dieser ist allerdings überwiegend im süddeutschen Raum tätig.

Mitglied des Dachverbandes ist auch der „Bund ukrainischer Studenten in Deutschland“, der in den 1950er Jahren gegründet wurde und heute bundesweit aktiv ist. Seine Hauptaufgaben bestehen darin, ukrainische Studenten in Deutschland zu unterstützen. Es werden jedoch auch kulturelle Veranstaltungen von dieser Seite durchgeführt.

Gleichzeitig gibt es eine Reihe von Organisationen und Initiativen, die bereits vor 2013 existierten oder im Zuge des Euromajdan sowie

62 Vgl. Kubijowytsch, *ibidem*, S. 822.

63 W. Jacobmeyer, *Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer – die ‚Displaced Persons‘ in Westdeutschland 1945–1951*, Göttingen 1985, S. 81.

64 Vgl. V. Marunjak, *Ukrajinska Emigracija v Nimeččyni i Avstriji po druhij svitovij vijni*. [Ukrainische Emigration nach Deutschland und Österreich], München 1985, S. 116.

der darauffolgenden Entwicklungen in der Ukraine entstanden sind. Dazu zählt der „Verein der Ukrainer in Franken e. V.“, zu dessen Zielen die Förderung des gesellschaftlichen und kulturellen Dialogs zwischen der Ukraine und Deutschland, die humanitäre Hilfe für die Ukraine sowie kulturelle Veranstaltungen und die Unterstützung der Ukrainer vor Ort zählen. Im kulturellen Bereich sind Vereine wie „ArtMaidan e.V.“ aktiv, dessen Mitglieder sich mit der ukrainischen Kultur befassen. Zum Programm gehören hier ukrainische Filmtage, die im Raum Hamburg durchgeführt werden, sowie zahlreiche Ukraine-bezogene Veranstaltungen. Im humanitären Bereich sind „Herz für die Ukraine e.V.“ (Hannover), „Heart for Ukraine e.V.“ (Berlin), „OBOZ-Humanitäre Hilfe für die Ukraine e.V.“ (Frankfurt am Main) und „Ukrainer in Stuttgart e.V.“ tätig. Bei den meisten der zuvor erwähnten Organisationen ist eine Mischung aus kulturellen Aktivitäten, politischem Engagement und humanitärer Hilfe festzustellen. Eine große Rolle spielt dabei auch die griechisch-katholische Kirche, die sich jedoch verstärkt im humanitären Bereich in ganz Deutschland engagiert.

Nach dem Euromaidan entstanden zudem gemeinsame deutsch-ukrainische Initiativen. Im Februar 2015 wurde die „Deutsch-Ukrainische Historikerkommission“ gegründet, die vom Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) initiiert und als Ausschuss institutionalisiert worden ist. Im Mai 2015 fand in diesem Rahmen die erste Konferenz in Berlin statt.

Im Dezember 2015 wurde ferner die „Berlin-Brandenburg Ukraine Initiative“ ins Leben gerufen, die seitens des Historikers Andrij Portnow geleitet wird. Ihr Ziel besteht darin, „Ansichten und Analysen aus Osteuropa in die deutsche wissenschaftliche und allgemeine Öffentlichkeit zu vermitteln, die Alternativen zur ‚Sprache des Nationalismus, der Rhetorik von ‚ethnischen Zonen‘ und ‚historischem Recht‘ anzubieten.“⁶⁵

Zu einem wichtigen Ereignis wurde auch das erste Netzwerktreffen „UKRainian Academic International Network“, das im Februar 2016 stattfand und an dem sich deutsche und ukrainische Wissenschaftler aus allen Bereichen beteiligt haben. Diese Plattform hat zum Ziel, die akademische Zusammenarbeit mit der Ukraine zu fördern sowie die

65 Vgl. Berlin-Brandenburg Ukraine Initiative, <http://www.forum-transregionale-studien.de/forum/programme-und-initiativen/berlin-brandenburg-ukraine-initiative.html> [zuletzt aufgerufen am 10.02.2016].

Ukrainekompetenz in Deutschland und die Deutschlandkompetenz in der Ukraine zu stärken.⁶⁶

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Euromajdan zur Bildung einer Reihe neuer Initiativen und Organisationen wesentlich beigetragen hat. Dagegen diente die Orangene Revolution mehr als Impuls für kurzfristige politische Aktionen. Als weitere Auslöser zur Herausbildung der ukrainischen zivilgesellschaftlichen Gemeinschaft in Deutschland aber gelten sicherlich die Krim-Annexion, der Krieg im Osten der Ukraine und die daran sich anschließende humanitäre Katastrophe in der Ukraine.

Resümee

Die ukrainischen Bevölkerungsgruppen in Polen und Deutschland unterscheiden sich in mehreren Aspekten. Zum einen lebt in Polen eine Gruppe von Personen ukrainischer Abstammung, die einen Minderheitenstatus besitzt. Die in erster Linie zu Bildungs- und Erwerbszwecken nach Polen migrierenden Ukrainer bilden hingegen eine eigene Gruppe mit eigenständigen Zielen. Daher zeigen sie im Vergleich mit der ukrainischen Minderheit in Polen auch andere Formen des gesellschaftlichen Engagements. In Deutschland hingegen verfügen die Ukrainer über keinen Minderheitenstatus. Dort ist jedoch eine ukrainische Bevölkerungsgruppe zu finden, die als „alte Diaspora“ bezeichnet wird und hauptsächlich im Süden Deutschlands wohnhaft ist. Zudem ziehen auch ukrainische Migranten nach Deutschland, zum Beispiel zu Arbeits- oder Ausbildungszwecken. Dennoch bleibt ihr Anteil infolge der insgesamt sehr hohen Anzahl von Ausländern in Deutschland vergleichsweise gering, so dass die Ukrainer in der deutschen Gesellschaft kaum sichtbar sind. In Polen hingegen ist die Situation eine andere, da die ukrainische Bevölkerungsgruppe die zahlenmäßig stärkste Ausländergemeinschaft bildet. Das zeigt sich auch am Beispiel der Universitäten: Während diese in Polen zu Zentren ukrainischen Lebens geworden sind, in denen sich ukrainische Studierende in Gruppen organisieren und sichtbar nach außen auftreten, ist dieses Phänomen in Deutschland nicht in vergleichbar bedeutendem Ausmaß vorhanden. Als weiteres Beispiel

66 Pressemitteilung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, http://www.dfg.de/dfg_magazin/internationales/160128_netzwerk_ukraine/index.jsp [zuletzt aufgerufen am 10.02.2016].

lassen sich Unterschiede in den Aktivitäten der Ukrainer in Polen und Deutschland ferner anhand des Institutionalierungsgrades der ukrainischen Gemeinschaft in beiden Ländern festmachen. In Polen sind neben typischen Migrantenorganisationen, die seit Jahren die Interessen der Ukrainer vertreten (die ersten ukrainischen Initiativen sind schon während der Orangen Revolution entstanden), auch viele „gemischte“ Organisationen tätig, deren Mitglieder sowohl polnische als auch ukrainische Bürger sind. Nicht selten unterstützen diese Organisationen auch die ukrainische Gemeinschaft in Polen. In Deutschland hingegen zeigt sich eine andere Situation. Der Euromajdan war der Auslöser, der zur Bildung vieler typischer Migrantenorganisationen beigetragen hat. Bis zu diesem Zeitpunkt wies die ukrainische Diaspora eine niedrige Anzahl an Organisationen auf, die vor allem im Süden des Landes ansässig waren und reine Migrantenorganisationen darstellten. Nach dem Euromajdan ist allerdings eine Tendenz in Deutschland festzustellen, dass neben den ukrainischen Migrantenorganisationen auch „gemischte“ Organisationen entstanden sind. Diese sind allerdings im Vergleich mit Ersteren noch selten vorhanden.

Es wird somit deutlich, dass die von Ukrainern, NGOs und Behörden in Polen und in Deutschland unternommenen Aktivitäten keineswegs homogen, sondern von unterschiedlicher Bedeutung sind. Auch das Wissen über die von Ukrainern und zugunsten von Ukrainern eingeleiteten Initiativen und Aktionsformen ist in beiden Ländern unterschiedlich verbreitet, wovon im Folgenden noch die Rede sein wird.



Zivilgesellschaftliches Engagement der Ukrainer in Polen

Charakteristik der zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer

Innerhalb der Gruppe¹ zivilgesellschaftlich engagierter Ukrainer sind große Unterschiede auszumachen. So unterscheiden sich die Engagierten zum einen hinsichtlich ihres Alters und ihres Berufs. Zum anderen sind einige Teil der ukrainischen Minderheit in Polen, andere sind selbst oder ihre Vorfahren sind im Zuge der Migrationswellen seit 1989 nach Polen gekommen (innerhalb der letztgenannten Gruppe sind die meisten Ukrainer nach dem Jahr 2000 eingewandert).² Die Auswertung der Lebensläufe der Interviewpartner zeigt gewisse Tendenzen auf und erlaubt eine Einordnung und Beschreibung der Hauptmerkmale engagierter Personen. Dabei decken sich die Ergebnisse mit jenen früherer Untersuchungen.³

Festzustellen ist, dass **sich eher jüngere Personen – bis zum 35. Lebensjahr – engagieren. Sie sind zumeist Migranten und nicht Teil der ukrainischen Minderheit.** Aus der ukrainischen Minderheit engagieren sich gewöhnlich Personen, die älter als 50 Jahre und noch in der Polnischen Volksrepublik aufgewachsen sind. Aber in beiden Gruppen gibt es Ausnahmen: Unter den sehr aktiven Migranten befinden sich auch Personen, die das 50. Lebensjahr überschritten haben.

An Aktivitäten zur Unterstützung der Ukraine beteiligen sich sowohl Frauen als auch Männer. Hierin unterscheiden sich die ukrainischen Migranten und die ukrainische Minderheit in Polen nicht. Einzige Ausnahme, die zu beobachten ist, sind Migranten, die älter als 50 Jahre

1 Die nachfolgende Beschreibung beruht auf zwei Grundlagen: den individuellen Charakteristika der Personen, mit denen die Autoren der vorliegenden Studie Interviews geführt haben, sowie deren Einschätzung der Gruppe ergänzt durch die Beurteilung von Experten.

2 Mehr zur ukrainischen Minderheit und zu ukrainischen Migranten in Polen im Kapitel „Migrantenorganisationen in Polen und Deutschland“.

3 A. Grzymała-Kazłowska, *Między jednością a wielością. Integracja odmiennych grup i kategorii migrantów w Polsce [Zwischen Einheitlichkeit und Vielfaltigkeit. Die Integration von unterschiedlichen Migrantengruppen und -kategorien in Polen]*, Ośrodek Badań nad Mniejszościami WNE UW, Warszawa 2008.

sind. In dieser Gruppe zeigt sich ein Frauenüberschuss. **Die Analyse der Aufenthaltsdauer engagierter Migranten in Polen macht deutlich, dass fast alle erst nach dem Jahr 2000 eingewandert sind, die meisten nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union** (und somit nach der Einführung der Visapflicht für Ukrainer). Die Migrantengeneration bis etwa 35 Jahre ist zugleich überdurchschnittlich engagiert und mobil. Hinzu kommt, dass sie von einer Liberalisierung der Migrationspolitik profitiert. So benötigen beispielsweise ausländische Studierende in Polen keine Arbeitsgenehmigung und auch nach Abschluss des Studiums haben sie ein Jahr Zeit, eine Arbeit in Polen zu finden.⁴

Die ukrainischen Migranten, mit denen Interviews geführt wurden, sind hauptsächlich nach Polen gekommen, um zu studieren. In den meisten Fällen haben die Befragten zunächst ihr Studium in der Ukraine beendet und sind dann für eine Promotion oder ein Aufbaustudium nach Polen gekommen. Nur wenige kommen gleich nach dem Abitur oder noch früher nach Polen. Vom Studium in Polen erhoffen sich die Interviewpartner, sich persönlich weiterzuentwickeln und vom größeren Prestige polnischer Universitätsabschlüsse zu profitieren. Ukrainische Studierende engagieren sich in Polen, deutlich häufiger als Wirtschaftsmigranten.

Die meisten befragten ukrainischen Migranten geben an, sie hätten nie gedacht, dass sie so lange in Polen bleiben würden. Einige wollten ursprünglich gleich nach Beendigung des Studiums in die Ukraine zurückkehren, andere kamen ohne konkrete Pläne nach Polen: „Als ich 2008 nach Polen kam, wusste ich noch nicht, ob ich dort bleiben würde oder nicht. Ich wollte einfach die Möglichkeit nutzen, ins Ausland zu gehen.“ Nach mehreren Jahren Aufenthalt in Polen sind viele der Interviewpartner bereit, dauerhaft dort zu bleiben – sei es, weil sie eine Familie gegründet oder Arbeit gefunden haben. Andere wollen in der Zukunft in die Ukraine zurückkehren:

4 Vgl. die detaillierte Zusammenstellung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen für Studierende in Polen unter: http://www.migrant.info.pl/Prawo_do_pracy_dla_student%C3%B3w.html [zuletzt aufgerufen am 05.04.2016]. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass aufgrund der aktuellen Lage, in der sich die Ukraine befindet, junge Ukrainer nicht mehr nur nach Polen kommen, um zu studieren oder Arbeit zu finden, sondern auch um den obligatorischen Militärdienst zu umgehen. Dies bestätigen etwa die Autoren eines Berichts des Ausländeramts. Weitere Informationen hierzu finden sich in Analysen des Ausländeramts: <http://udsc.gov.pl/statystyki> [zuletzt aufgerufen am 05.04.2016] insbesondere in den Analysen zur aktuellen Situation in der Ukraine.

„Ich gehe die ganze Zeit davon aus, in die Ukraine zurückzukehren. Ich bin schon über fünf Jahre in Polen und könnte die Staatsbürgerschaft beantragen [...]. Ich habe nicht vor, dies zu tun.“

Die Bereitschaft, gegenwärtig in die Ukraine zurückzukehren, ist dagegen gering, da die Chancen und Lebensbedingungen im Land als schlecht beurteilt werden. Ein Interviewpartner äußert:

„Ich schließe diese Möglichkeit [der Rückkehr – Anm. der Autoren] nicht aus. Ich würde mir sehr wünschen, es gäbe etwas, für das es sich zurückzukehren lohnt. Ich hätte gern solche Möglichkeiten wie hier – sowohl finanziell im Hinblick auf die Arbeit, als auch entwicklungstechnisch.“

Zudem will ein Teil der zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer in Polen bleiben, weil sie der Meinung sind, der Ukraine und den Ukrainern von Polen aus besser helfen zu können: „Ich glaube, hier tue ich mehr für die Ukraine als dort, denn hier sind viele Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Ukraine einsetzen.“

Die Personen, die sich für die Ukraine einsetzen, haben unterschiedliche Berufe. Viele arbeiten in Nichtregierungsorganisation, die soziale Ziele verfolgen, wobei sie sich nicht notwendigerweise an Ukrainer richten. Für einige Personen ist dies die einzige Berufstätigkeit, während andere einer zweiten (zum Beispiel in der Wissenschaft) nachgehen. Aber auch Journalisten, Angestellte aus der freien Wirtschaft, Wissenschaftler, Ärzte und Politiker engagieren sich.

Das zivilgesellschaftliche Engagement beeinflusst auch berufliche Entscheidungen der engagierten Ukrainer und deren Karrieren. So hat ein Befragter auf eine gut bezahlte Arbeit in der Wirtschaft verzichtet, da er aufgrund seines bisherigen gesellschaftlichen Engagements während des Euromajdan⁵ das Angebot erhielt, für eine Nichtregierungsorganisation zu arbeiten, die die Ukraine und die Ukrainer unterstützt. Ein anderer Ukrainer erhielt aufgrund seines zivilgesellschaftlichen Engagements (vor und während des Euromajdan) das Angebot, in der Wirtschaft zu arbeiten, um dort seine bisherigen Erfahrungen einzubringen.

Die befragten Experten stellen eine sprunghafte Zunahme der Einwanderung von Ukrainern nach Polen seit 2013 fest. Die Einwanderer aus dieser Zeit finden sich gut in Polen zurecht. Sie sind gewissenhafte

⁵ In den Medien (vor allem denen in ukrainischer Sprache) wurde der Euromajdan (oder *Maidan*) oft als „Revolution der Würde“ bezeichnet (*Rewolucija hідnosti, революція гідності*, ukr.). In der Literatur taucht ebenso die Formulierung „Ukrainischer Frühling“ auf, die wiederum durch die anglophonen Medien populär wurde.

Studierende und gute Arbeiter. Einer der Gesprächspartner betont, dass diese Ukrainer „nichts von uns [vom polnischen Staat – Anm. der Autoren] wollen. Sie wollen einfach arbeiten und ihr Ding machen.“

Auf Grundlage der Experteninterviews zeichnet sich außerdem das Bild ukrainischer Migranten, die entweder in Polen bleiben oder weiter in andere Länder emigrieren wollen. Nur wenige von ihnen möchten – nach Abschluss ihres Studiums oder nach Ansparen einer bestimmten finanziellen Summe – in die Ukraine zurückkehren. Ein Interviewpartner betont: „Ich habe keinen Studierenden kennengelernt, der nach dem Euromajdan gesagt hätte, er wolle in die Ukraine zurückkehren. Und ich spreche wirklich mit vielen Studierenden.“ Diese Beobachtung deckt sich jedoch nicht mit den Angaben der ukrainischen Interviewpartner zu ihrer eigenen Zukunft. Eine Ursache für den fehlenden Willen zur Rückkehr in die Ukraine ist deren schwierige wirtschaftliche Lage. Einige Experten betonen zudem, dass die Ukrainer ihrer Ansicht nach zwar ihre Geschichte, Kultur und Werte schätzen, den ukrainischen Staat jedoch sehr negativ beurteilen.

Nach Ansicht der Experten engagiert sich lediglich ein kleiner Teil der ukrainischen Migranten in Polen zivilgesellschaftlich. Sie schätzen den Anteil auf bis zu etwa 20 Prozent der in Polen lebenden Ukrainer. Gleichzeitig äußern sie jedoch Verständnis für die von ihnen vermuteten Gründe des geringen Engagements: Das Hauptziel der Migranten sei es, einer Arbeit nachzugehen, und nicht, sich zivilgesellschaftlich in der Migrantengemeinschaft zu engagieren. Dennoch sind die Engagierten nach Angabe der Interviewpartner präsent und verschwinden nicht in der breiten Masse. Vielmehr bilden sie eine dynamische und gut funktionierende Gruppe.

Die Experten thematisieren die ukrainische Minderheit seltener. Sie scheinen an ihr ein geringeres Interesse zu hegen. Allenfalls sprechen sie die Beziehung zwischen der Minderheit und den ukrainischen Migranten an, die sie als nicht einfach beschreiben. Zum einen bilde die ukrainische Minderheit eine geschlossene Gruppe, die ihre Traditionen wahren wolle. Zum anderen gelänge es den Migranten nicht, eine gemeinsame Sprache mit dieser Gruppe zu finden. Dennoch gebe es Zusammenarbeit, um den Euromajdan zu unterstützen, wodurch beide Seiten eine gemeinsame Dialogplattform gefunden hätten.

Die Experten verweisen auf verschiedene Formen des Engagements der ukrainischen Bevölkerung in Polen hin. Sichtbar seien Aktivitäten zur Pflege der nationalen Identität der Ukrainer an denen sowohl Vertreter der ukrainischen Minderheit als auch Migranten beteiligt sind.

Der Euromajdan und der Krieg im Osten der Ukraine haben große Bedeutung für die ukrainische Gemeinschaft. Beide Ereignisse wirkten mobilisierend auf die in Polen lebende ukrainische Bevölkerung. Zum einen haben gemeinsame Protestaktionen die Ukrainer vereint. Zum anderen hat der Krieg die Bereitschaft geweckt, Geld und Sachleistungen für die Opfer der Kämpfe auf dem Majdan, die im Donbass kämpfenden ukrainischen Soldaten und die Familien der Opfer zu spenden.

Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, die neu nach Polen kommende Migranten unterstützen, wird in den Interviews dagegen seltener erwähnt.

Warschau kann als Zentrum der Aktivität zur Unterstützung der Ukraine bezeichnet werden. Dort befinden sich die wichtigsten staatlichen Behörden und andere Institutionen. Das Umfeld in der Stadt verspricht das größte Entwicklungspotenzial für Organisationen und Initiativen sowie die besten Chancen, neue Unterstützer hinzuzugewinnen. In Warschau sind über Jahre hinweg Initiativen entstanden und haben sich etabliert, die sich einerseits an Ukrainer richten und andererseits über den Kreis hinaus wirken. Auch während des Euromajdan bildeten sich in Warschau neue Initiativen (zum Beispiel „Euromajdan Warszawa“ [Euromajdan Warschau]) und neue Zentren zivilgesellschaftlicher Aktivitäten der ukrainischen Bevölkerung in Warschau (zum Beispiel „Ukraiński Świat“ [Ukrainische Welt] sowie „Ukraiński Dom“ [Ukrainisches Haus]) sind entstanden.

Grundlage für die Aktivitäten in Warschau ist das Engagement der Migranten. Sie machen Integrationsangebote, unterstützen in Warschau lebende Ukrainer und sie organisieren Hilfsaktionen für ihr Heimatland. Auch wenn die ukrainischen Migranten die aktivere Gruppe zu sein scheinen, spielen ebenso die Strukturen der ukrainischen Minderheit in Warschau eine wichtige Rolle. Dabei kommt der griechisch-katholischen Kirche eine besonders wichtige Funktion zu.

Außerhalb Warschaus sind hingegen sowohl die Organisationsstrukturen als auch die Möglichkeiten sich zu engagieren schwächer ausgeprägt. Aber auch andere polnischen Städte sind zu

wichtigen Anlaufstellen für die ukrainischen Migranten geworden: Breslau, Lublin, Rzeszów, Przemyśl.

Motivation zum Engagement

Die Beschreibung der sich zivilgesellschaftlich engagierenden Personen zeigt, wie vielfältig diese Gruppe ist, was die Ergebnisse früherer Studien bestätigt.⁶ Ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich der Motivation, die in Polen lebenden Ukrainer oder die Ukraine zu unterstützen. Aus Interviews mit Mitgliedern der ukrainischen Minderheit geht hervor, dass für sie ihre starke nationale Identität der Hauptgrund ist, sich zu engagieren. Dabei sind folgende Aspekte von zentraler Bedeutung: **die Erinnerung daran, dass ihre Familien nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet wurden, die Bewahrung ukrainischer Bräuche, die (meist griechisch-katholische) Religion als Teil des Familienlebens und die ukrainische Sprache.** Mit der auf diesen Werten basierenden Erziehung wurde auch vermittelt, dass

„[...] es normal [ist], sich in das Leben der lokalen ukrainischen Gemeinschaft einzubringen“, betont ein Gesprächspartner. Ein anderer erwähnt, dass „das Element der kulturellen, sprachlichen, religiösen Identität [zu Hause – Anm. der Autoren] immer präsent war.“

Wie erwähnt sind die meisten Engagierten aus der ukrainischen Minderheit in Polen 50 Jahre und älter. Sie haben sich bereits vor 1989, demnach schon zu Zeiten der Polnischen Volksrepublik, engagiert. Ein Interviewpartner erinnert sich:

„Als ich vor 35 Jahren zum Studium nach Danzig kam, trat ich unserer ukrainischen Gemeinschaft bei und fühlte, dass ich am richtigen Ort bin. Seitdem bin ich stark in die Tätigkeiten involviert, was in gewisser Weise der Erfüllung meiner Kindheitsträume entsprach. Wir haben Theater- und Kabarettgruppen gegründet, Chöre und so weiter.“

Unterschiedliche Faktoren fördern, dass sich ukrainische Migranten in Polen engagieren. Eine Grundvoraussetzung bilden persönliche Fähigkeiten: „Zufällig lernte ich Nina kennen. Sie wusste, ich kann das, und machte mich zu ihrer Beraterin und Stellvertreterin. Die anderen

⁶ Vgl. Z. Brunarska/M. Grotte/M. Lesińska, *Migracje obywateli Ukrainy do Polski w kontekście rozwoju społeczno-gospodarczego: stan obecny, polityka, transfery pieniężne* [Migrationsprozesse der ukrainischen Bürger nach Polen im Kontext der sozioökonomischen Entwicklung: aktueller Stand, Politik, Geldtransfers], CMR Working Paper, Nr. 60 (118), Warszawa 2012.

haben das akzeptiert.“ Hinzu kommen die Bereitschaft und die Lust, sich zu engagieren. Eine der Personen erinnert sich an ihre anfängliche Zeit in Polen und betont:

„Nach zwei Studienmonaten war alles neu für mich. Aber es fehlte mir auch irgendein gesellschaftliches Engagement. Das habe ich meinem Kommilitonen erzählt. Wir gründeten eine Arbeitsgemeinschaft an der Universität.“

Auch das Bedürfnis, sich in einer neuen Umgebung einzuleben, motiviert zu zivilgesellschaftlichem Engagement und dazu, sich Menschen mit ähnlichen Interessen anzuschließen. Ein Interviewpartner erinnert sich:

„Ich kam alleine, kannte niemanden, brauchte also irgendwie ein Umfeld, irgendjemanden, der mir etwas empfiehlt. Das war für mich selbstverständlich. [...] Ich fand ziemlich schnell ein Umfeld, das mir gefiel.“

Solche Kontakte können einen Ersatz für die eigene Heimat schaffen. Das zeigt auch das Beispiel eines anderen Ukrainers:

„Das Umfeld, in dem ich mich engagierte, interessierte sich nicht nur für Migranten, sondern auch für andere Dinge, die mit der Ukraine zusammenhängen, um den Kontakt und die Bindung zur Ukraine und den Ukrainern nicht zu brechen.“

Einige Gesprächspartner unterstreichen, **dass die vielen Möglichkeiten zum Engagement in Polen motivieren, selbst aktiv zu werden:**

„Als ich nach Polen kam, überwältigte mich die Anzahl an Möglichkeiten, die es hier gibt – Studentenaktivitäten, kulturelle Veranstaltungen – das hat mich unglaublich eingenommen. Und ich habe verstanden, dass man hier mehr für die Ukraine machen kann, als wenn ich in der Ukraine wäre.“

Ähnlich äußert sich ein anderer Gesprächspartner, der unterstreicht, wie leicht es in Polen im Vergleich zur Ukraine ist, zivilgesellschaftlichen Initiativen einen formellen Rahmen zu geben:

„Als ich nach Polen kam, fing ich an, Informationen zu sammeln und Kontakte zu knüpfen. Ich erfuhr, dass man innerhalb einer Stunde eine NGO gründen kann – eine NGO, die irgendwo tätig sein kann. In der Ukraine war es damals so, dass Du an jedem Ort, an dem Du tätig sein wolltest, eine registrierte Vertretung haben musstest.“

Die Situation in der Ukraine war für viele der Anreiz, aktiv zu werden – insbesondere die Massenproteste, die 2004 und 2013 im Land ausbrachen, – die Orangene Revolution und der Euromajdan. Die Demonstranten forderten Veränderungen in der Ukraine ein. Das trieb auch die ukrainischen Bürger im Ausland an:

„Wenn es um das bürgerliche Engagement geht, dann [tauchte dieses bei mir – Anm. der Autoren] eher nach der Orangenen Revolution auf. Das war eher entscheidend. Hier hat sich eine Gemeinschaft mobilisiert – sowohl Migranten als auch die Minderheit und Polen, die den [Euro-]Majdan unterstützten.“

Ereignisse wie der Euromajdan gaben den Ukrainern Hoffnung auf Veränderung. Gleichzeitig verlieh der Wille, die Reformen zu unterstützen, dem Engagement für das eigene Land zusätzlichen Sinn:

„Wenn es um mein Engagement für die Ukraine geht, so habe ich dies auf jeden Fall während des [Euro-] Majdan entwickelt. Ich arbeite in einem ganz anderen Bereich [...]. Aber als der Majdan begann, habe ich verstanden, dass man aufwachen und etwas tun muss.“

Einige der in Polen lebenden ukrainischen **Migranten haben sich bereits in ihrem Heimatland engagiert**, insbesondere in Studenteninitiativen und Jugendorganisationen. Ein Interviewpartner erinnert sich:

„Schon seit 1996 bin ich Mitglied der Pfadfindergruppe ‚Piast‘. [...] Noch in Lemberg engagierte ich mich für die Tätigkeiten der ukrainischen Jugendakademie und des Schüllerrats. Eigentlich begann mein zivilgesellschaftliches Engagement bereits in der Grundschule. [...] Was mein Engagement betrifft war ich immer eine aktive Person; Gruppensprecher, Jahrgangssprecher, Vorsitzender des Studentenrats, der Studentenselbstverwaltung. [...] In der Ukraine engagierte ich mich gesellschaftlich. Ich arbeitete in Organisationen wie ‚Proswita‘, ‚Studenckie Towarzystwo‘ der Universität in Lemberg.“

Eine weitere Form vorherigen Engagements in der Ukraine war die Teilnahme an Protesten gegen die Regierung oder während der Präsidentschaftswahlen 2004:

„Ich habe an zivilgesellschaftlichen Aktionen wie ‚Die Ukraine ohne Kutschma‘ teilgenommen, an Protesten in Lemberg. Im Jahr 2004 war ich außerdem während der dritten Wahlrunde Wahlbeobachterin in Mykolajiw.“ „Als Janukowytch nach Sewastopol kam [während der Präsidentschaftswahlen 2004 – Anm. der Autoren], haben wir so einen ‚Lebensweg‘ organisiert – eine lange Allee, wo wir nachts orangene Schleifen aufhängten (über 3.000). Das war ein großer Skandal. Die Bäume wurden gefällt, da es keine Möglichkeit gab, die ganzen Schleifen abzunehmen.“

Auf Basis der Interviews kann jedoch nicht die Frage beantwortet werden, wie viele ukrainische Migranten sich vor ihrer Auswanderung in der Ukraine gesellschaftlich engagierten. Einige engagierten sich erstmals in Polen:

„In der Ukraine hatte ich mein Café. Aber ich beschäftigte mich nicht mit kulturell-gesellschaftlichem Engagement, da es keinen Bedarf dafür gab. Hier bin ich jedoch oft auf Bitten der Ukrainer tätig, die sich an mich wenden“; „Bevor ich nach Polen kam, war ich eher im wissenschaftlichen als im gesellschaftlichen Bereich tätig.“

Ein Motiv, sich zu engagieren, kann eine individuell in der Vergangenheit erfahrene Ungerechtigkeit sein. Das Engagement wird hier zum „Kampf für die gerechte Sache“, wie das folgende Zitat belegt:

„Einmal habe ich ein ukrainisches Wort gebraucht. Daraufhin wurde ich ‚Bandera-Anhängerin‘ genannt. Sie vernichteten meine Schulbücher oder warfen Steine nach mir, was von den Lehrern geduldet wurde. Ich musste die Schule wechseln [...]. Den Ort, eine gewöhnliche Garage, in der wir uns trafen und Bücher auf Ukrainisch lasen, suchten Angehörige der Schwarzmeerflotte auf. Zunächst haben sie die Garage abgebrannt und als wir mit dem Wiederaufbau begannen, haben sie die Schlösser ausgewechselt.“

Einerseits gibt es Engagierte, die von sich aus aktiv Möglichkeiten suchen, sich zu engagieren, die den eigenen Erwartungen entsprechen. Andererseits werden viele Aktive aber auch an Treffpunkten der Ukrainer angesprochen und für die ehrenamtliche Arbeit gewonnen. Zu solchen Orten zählen unter anderem Hochschulen und die griechisch-katholische Kirche. Darüber hinaus spielen lokale Vertretungen von Nichtregierungsorganisationen eine Schlüsselrolle.

Während des Euromajdan waren außerdem die sozialen Medien wichtige Informationsquellen (insbesondere Facebook). Diese haben sich als ideale Plattformen erwiesen, um sich im Namen einer gemeinsamen Idee (des Protests gegen die Politik von Janukowytsch und später des Protests gegen die russische Intervention auf der Krim und im Donbass) zu vernetzen und gemeinsam Aktionen zu organisieren.

Formen des Engagements

Formelles Engagement

Eine der bedeutendsten Formen des Engagements ist die Arbeit in Organisationen, die in Polen aktiv sind und eine große Bandbreite an Tätigkeiten in Bezug auf die Ukraine vorweisen.⁷

Formelles Engagement kann in einer dauerhaften Tätigkeit für eine konkrete Organisation bestehen. Das bedeutet unter anderem, dass eine Person täglich mit dem Non-Profit-Sektor verbunden ist und für ihre Arbeit zur Unterstützung der Ukraine und von Ukrainern ein Gehalt bezieht. Eine solche Arbeit besteht weitgehend in der Durchführung von Projekten, deren Ziel es ist, die Zivilgesellschaft und das institutionelle System des ukrainischen Staates zu stärken.

Eine andere Art des Engagements ist die Zusammenarbeit mit Institutionen, wobei diese Tätigkeit nicht die Haupteinnahmequelle der jeweiligen Personen darstellt. In der Praxis gehen sie ihrer beruflichen Arbeit nach, sind jedoch daneben für eine Organisation tätig, die sich für die Unterstützung der Ukraine und von Ukrainern einsetzt.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass das formelle Engagement der Ukrainer zweigleisig verläuft. Seit den 1990er Jahren und insbesondere ab dem Jahr 2000 sind im polnischen Non-Profit-Sektor verstärkt Institutionen entstanden, die von ukrainischen Migranten gegründet wurden. Ihr wichtigstes Ziel ist die Unterstützung der Ukraine und von Ukrainern. Gleichzeitig arbeiten einige Migranten und Angehörige der ukrainischen Minderheit mit Organisationen zusammen, die zwar nicht von ukrainischen Migranten, sondern von Polen gegründet wurden, sich jedoch intensiv dem Thema Ukraine widmen.

Die Analyse der Interviews und Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die sich teilweise oder ganz die Ukraine und Ukrainer unterstützen, zeigt (wie in der vorliegenden Studie bereits erwähnt), dass Warschau das Zentrum der pro-ukrainischen Aktivitäten

⁷ Die untersuchten Organisationen, die sich für die Ukraine einsetzen – ihre Ziele, ihre Funktionsweise und ebenso die aktuellen Probleme – decken sich mit den Beobachtungen zum Dritten Sektor in der Publikation: M. Pawlak/P. Matusz-Protasiewicz, *Organizacje pozarządowe wobec cudzoziemców w Polsce – od pomocy doraźnej do upowszechniania europejskiej ramy polityki integracji* [Die Stellungnahme der Nichtregierungsorganisationen gegenüber den Ausländern in Polen – von der Übergangshilfe bis zur Verbreitung des europäischen Rahmens der Integrationspolitik], *Kwartalnik Trzeci Sektor* Nr. 35, Warszawa 2015.

in Polen bildet. Einer der Gesprächspartner erinnert jedoch daran, dass die Hauptstadt ihre herausragende Bedeutung erst vor einigen Jahren erlangt hat:

„Vor den neunziger Jahren war Warschau nicht das ukrainische Zentrum. Damals war dies Ermland-Masuren. Ursprünglich war es die ehemalige Allensteiner Wojewodschaft, weil die meisten Ukrainer [nach dem Zweiten Weltkrieg – Anm. der Autoren] im Zuge der Aktion Weichsel dorthin zwangsumgesiedelt wurden.“

Warschau begann, zum „ukrainischen Zentrum“ zu werden, als es Migranten aus der Ukraine in die Hauptstadt zog - jedoch die Schlüsselrolle für diese Entwicklung spielte der Einfluss der jungen Leute aus der Ukraine, die zum Masterstudium oder zur Promotion nach Polen kamen und dort ihre berufliche Karriere begannen.

Es muss betont werden, dass die meisten der Nichtregierungsorganisationen in Warschau⁸, welche die Ukraine und Ukrainer unterstützen, noch vor 2013 gegründet worden sind, somit vor dem Euromajdan. Dennoch wurden Ereignisse wie der Euromajdan und die spätere Annexion der Krim und der Krieg im Donbass zu Wendepunkten für die meisten dieser Organisationen. Als Reaktion auf die Lage in der Ukraine veränderten sie ihre Tätigkeitsbereiche. Darüber hinaus zeigten die Medien, Politiker und andere gesellschaftliche Akteure ein größeres Interesse an den Tätigkeiten dieser Institutionen. Es wuchs die Anzahl derer, die mit diesen Organisationen zusammenarbeiten wollten. **Im Zusammenhang mit dem Euromajdan traten die Vertreter von Nichtregierungsorganisationen in den Medien auf und hatten so die Chance, ihre Position unter zivilgesellschaftlichen Aktivisten zu stärken.**

Eine der Warschauer Organisationen, die von den Gesprächspartnern am häufigsten erwähnt wird und sich in ihrer täglichen Arbeit mit der Ukraine beschäftigen, ist die Stiftung „Nasz Wybór“ [Unsere Wahl]. Den Informationen auf der Internetseite der Stiftung zufolge ist sie entstanden „im Jahr 2004 aus der Initiative von Freunden – Ukrainern und

⁸ Bei der Beschreibung der Organisationen – sowohl der in Warschau als auch der in anderen polnischen Städten – haben die Autoren versucht, die bekanntesten auszuwählen. Sie wurden am häufigsten in den Gesprächen erwähnt und gelten unter Anhängern der Minderheit, Migranten und den Polen, die sich mit der Ukraine beschäftigen, als die bekanntesten. Dabei sei darauf hingewiesen, dass die Anzahl an Migrantenorganisationen sowie derer, die Migranten aktiv repräsentieren, relativ gering ist. Die meisten haben ihren Sitz in Warschau und Umgebung. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen die Autoren des Berichts zum Zustand des Dritten Sektors in Polen: J. Przewlocka/P. Adamiak/J. Herbst, *Podstawowe fakty o organizacjach pozarządowych - raport z badania 2012* [Die Hauptfakten zu Nichtregierungsorganisationen – Forschungsbericht 2012], Stowarzyszenie Klon/Jawor (Hg.), Warszawa 2013, http://www.ngo.pl/PodstawoweFakty_2012_raport/ebook/content/PodstawoweFaktyNGO_2012_KlonJawor_raport.pdf [zuletzt aufgerufen am 25.04.2016].

Polen – die in Warschau eine Gruppe gründeten, die sich für ukrainisch-polnische Themen engagiert.“ Heute, viele Jahre später, ist die Stiftung unter aktiven ukrainischen Migranten und Angehörigen der ukrainischen Minderheit bekannt – sowohl in Warschau als auch in anderen polnischen Städten. Die Stiftung „Nasz Wybór“ gibt auch eine Monatszeitschrift unter gleichlautendem Titel heraus.

Wie aus den Erinnerungen eines Vertreters der Stiftung hervorgeht, beruhte das anfängliche Engagement auf Treffen, die das Ziel hatten, sich gegenseitig kennenzulernen sowie die Zusammenarbeit untereinander und die Unterstützung der Ukraine zu planen. Die Initiative entwickelte sich langsam, zu Beginn beruhte sie auf Freiwilligenarbeit und diejenigen, die an ihrer Entstehung beteiligt waren, arbeiteten und trafen sich in Cafés. Erst mit der Zeit gelang es ihnen, einen Raum zu finden und finanzielle Förderung zu erhalten, sodass sie in einem Büro arbeiten konnten.

Die Unterstützung ukrainischer Migranten, die nach Polen gekommen sind und versuchten, sich in der neuen Lebenssituation zurechtzufinden, wurde zum Hauptanliegen der Stiftung:

„Wir versuchten darüber zu informieren, wie die Migranten in Polen Unterstützung erhalten können. Ich habe einige Personen kennengelernt und mit ihnen habe ich so einen Informationspunkt im Stadion eröffnet. Wir sind dort hingefahren, haben Flyer verteilt [...]“⁹

Eine andere Person, die in die Arbeit der Stiftung involviert ist, erinnert sich, dass das Ziel, das die Organisation sich gesetzt hat, auch die Entwicklung eines Dialogs zwischen Migranten und der Minderheit war. Diese zwei Gruppen sollten sich jeweils der anderen gegenüber öffnen:

„Wir wollten [...] berichten, was es im Umfeld der Minderheit alles an Aktivitäten gibt. Denn für uns war es wichtig, [die Migranten – Anm. der Autoren] mit dieser Minderheit in gewisser Weise zu verbinden, damit Kontakte entstehen. Denn früher gab es diesen Kontakt kaum.“

Darüber hinaus leitet die Stiftung „Nasz Wybór“ das „Ukrainische Haus“ (Treffpunkt für Ukrainer, die in Polen leben), unterstützt den Klub der ukrainischen Frauen, organisiert den Tag der Unabhängigkeit der Ukraine

9 Die oben genannte Beschreibung bezieht sich auf das „Stadion dziesięciolecia“ [Stadion des 10. Jahrestages]. Dabei handelt es sich um ein multifunktionales Stadion in Warschau, das von 1955 bis 2008 existierte. In den 1990er Jahren und in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts wurde es zu Handelszwecken verpachtet und trug den offiziellen Namen „Jahrmärkte Europa“. Unter den Verkäufern im Stadion befanden sich unter anderen (auch illegal arbeitende) Ukrainer.

und andere Feierlichkeiten. Von Bedeutung sind ebenfalls die Tätigkeiten, mit denen die Stiftung in Polen über die Ukraine informieren möchte, zum Beispiel durch Kulturveranstaltungen, Happenings oder Medienauftritte. Ein Mitglied der Stiftung betont: „Wenn das Thema Ukraine zurück auf die Agenda kommt, tauchen wir immer in den Medien auf.“

Eine weitere bekannte Organisation ist die „Fundacja Otwarty Dialog“ [Stiftung offener Dialog, FOD]. Den Informationen auf ihrer Internetseite zufolge ist sie im Jahr 2009 entstanden. Zu ihren in der Satzung festgeschriebenen Zielen gehört die Verteidigung der Menschenrechte, der Demokratie und des Rechtsstaates in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Die Organisation engagiert sich vor allem für Kasachstan, Russland und die Ukraine. In der Anfangsphase konzentrierte sich die FOD nicht auf die Ukraine. Es überwogen Aktivitäten in anderen Ländern der Region der ehemaligen Sowjetunion. Einer der Vertreter der Stiftung erklärt die damalige „Politik“ der Organisation:

„In der Ukraine war die Zivilgesellschaft in einer anderen Situation als zum Beispiel in Kasachstan. Die Zahl der Organisationen, die dort arbeiteten und Berichte übermittelten war ausreichend. Es gab auch Beobachtungsmissionen, unter anderem für die Regionalwahlen.“

Nach Beginn des Euromajdan entschied sich die FOD für ein stärkeres Engagement für die Ukraine. Ein Vertreter der Stiftung erklärt, dass ein wichtiges Motiv dabei die Tatsache war, dass er Angst hatte, dass sich 2013 die Situation, wie sie nach der Orangen Revolution war, erneut wiederholen würde. Damals richtete sich die gesamte Aufmerksamkeit ausschließlich auf einzelne Politiker, denen alle darauffolgenden Entscheidungen überlassen wurden. Vertreter der Zivilgesellschaft hätten zu schnell den Machthabern vertraut und aufgehört, die Arbeit der Politiker zu kontrollieren. Das war nach Ansicht des Vertreters der Stiftung ein Fehler, den sich die Ukraine nicht noch einmal erlauben könne.

Im Laufe der letzten zwei Jahre unternahm die FOD zahlreiche Initiativen zur Unterstützung der Ukraine. Diese betrafen sowohl den Reformprozess des Landes und den Kampf gegen die bestehenden Missstände als auch den Krieg in der Donbass-Region. Die Tätigkeiten der Stiftung umfassen unter anderem Beobachtungsmissionen, die sie während der Wahlen auf der Krim und im Osten der Ukraine sowie während des Gerichtsprozesses gegen Nadija Sawtschenko durchführten. Die FOD engagierte sich auch im Gesetzgebungsprozess zum ukrainischen

Lustrationsgesetz. Dieses soll dabei helfen, Vertreter des Janukowytsch-Regimes, die dem Land mit ihrem Handeln geschadet haben, vor Gericht zu bringen.

Die Vertreter der Stiftung zeigen großes Engagement bei der humanitären Hilfe für Ukrainer, die unter den Folgen des Krieges leiden mussten. Zudem leistet die Stiftung humanitäre Hilfe für diejenigen, die im Osten der Ukraine kämpfen (Kauf von Kleidung, Schutzwesten und -helmen) und deren Familien. Die Vorsitzende der Stiftung erklärte, diese habe im Jahr 2014 über eine Million Złoty für die humanitäre Unterstützung der Ukraine gesammelt.

Die Stiftung „Offener Dialog“ betreut zudem das Zentrum „Ukraiński świat“ [Ukrainische Welt]. Dies ist ein Ort, an dem rechtliche und psychologische Hilfe für ukrainische Staatsbürger, die in Polen leben, geleistet wird. Darüber hinaus finden im „Ukrainischen Haus“ Diskussionen zum Thema Ukraine statt. Zu den Diskussionsteilnehmern zählen Politiker, Journalisten und Experten.

Während des Euromajdan entstand eine Initiative namens „Euromajdan Warszawa“ [Euromajdan Warschau]. Sie wurde als informelle Initiative gegründet, deren Ziel es war, auf die beginnenden Proteste in der Ukraine zu reagieren. Die Initiative mobilisierte in Polen lebende Ukrainer, aber auch polnische Staatsbürger, die sich mit den Ukrainern, die in Kiew und anderen ukrainischen Städten demonstrierten, solidarisierten. „Euromajdan Warszawa“ organisierte Proteste und Spendenaktionen zur finanziellen Unterstützung der Menschen, die für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Ukraine kämpften. Im März 2015 begann der „Euromajdan Warszawa“ eine enge Zusammenarbeit mit der Stiftung „Offener Dialog“. Die Vorsitzende des Euromajdan erinnert sich:

„Bereits während des Krieges – im März 2014 – organisierten wir die erste Sammelaktion zur Unterstützung der Anti-Terror-Operation. Hier begann die Zusammenarbeit mit der Stiftung ‚Offener Dialog‘, da wir [Euromajdan Warszawa – Anm. der Autoren] nicht registriert waren. Die Abrechnung der Mittel hätte zusätzliche Kosten bedeutet, sodass die Zusammenarbeit mit einer bereits existierenden Organisation günstiger war.“

Seitdem arbeiten beide Organisationen sehr eng zusammen. Die Vorsitzende des „Euromajdan Warszawa“ ist gleichzeitig Projektkoordinatorin der Stiftung „Offener Dialog“.

Wichtige Aktivitäten zur Unterstützung der Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft unternimmt die **„Fundacja Edukacji dla Demokracji“ [Stiftung Bildung für Demokratie, FED]**. Die Stiftung ist im Jahr 1989 entstanden und hat sich zum Ziel gesetzt, die Demokratie in Polen zu unterstützen. Sie wurde nicht von Migranten gegründet,¹⁰ allerdings arbeiten dort Angehörige der ukrainischen Minderheit in Polen, und die Stiftung selbst setzt sich aktiv für die Unterstützung der Ukraine ein. Eines der zahlreichen Ziele der FED ist die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Ukraine. Hierzu unterstützt sie lokale Nichtregierungsorganisationen, Schulungen für Bildungsbeauftragte, Pädagogen, lokale Bildungsbehörden, Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen, Leiter lokaler Selbstverwaltungen sowie die Erstellung und Veröffentlichung von Materialien zur zivilgesellschaftlichen Bildung und zum Funktionieren einer Zivilgesellschaft.

Die Stiftung unterstützt auch von Familien finanziell, die ihre Angehörigen während des Euromajdan verloren haben oder wegen des russisch-ukrainischen Konflikts beziehungsweise der Situation auf der Krim und im Donbass leiden mussten. Dank der Mittel, welche die Stiftung durch den **„Nagroda Solidarności“ [Solidaritätspreis]**¹¹ erhalten hat, konnte die FED bereits über 700.000 Złoty an ukrainische Familien spenden.

In Warschau ist auch die **„Fundacja Współpracy Polsko-Ukraińskiej“, PAUCI [Stiftung für polnisch-ukrainische Zusammenarbeit]** tätig. Anfänglich war dies eine Förderorganisation. Heute erhält sie als Nichtregierungsorganisation selbst finanzielle Mittel für ihre Projekte. Ähnlich wie im Fall der Stiftung Bildung für Demokratie wurde sie nicht von Migranten gegründet. Ukrainische Migranten arbeiteten jedoch in unterschiedlichen Projekten mit ihr zusammen. Die Stiftung setzt sich zum Ziel, die polnisch-ukrainischen Beziehungen und bestimmte Aspekte des ukrainischen Staatswesens zu stärken. Zu Letzteren zählen die Selbstverwaltung, die Energieeffizienz und das Unternehmertum.

10 Die Stiftung wurde gegründet aufgrund der Initiative von polnischen Oppositionellen und Pädagogen der ‚American Federation of Teachers‘.

11 Zum Solidaritätspreis: Diese polnische Auszeichnung wird seit 2014 vom Außenminister für außergewöhnliches Engagement zur Förderung und Verteidigung der Demokratie und der bürgerlichen Freiheitsrechte vergeben. Die Preissumme beträgt 1 Million Euro – 250.000 Euro erhält der Preisträger, 50.000 Euro sind für eine Studienreise nach Polen vorgesehen und 700.000 Euro für die Durchführung von Programmen im Rahmen der polnischen Entwicklungshilfe in Bereichen, die der Preisträger bestimmt.

Die durchgeführten Interviews in weiteren polnischen Städten zeigen, dass der Grad der Institutionalisierung von Aktivitäten zur Unterstützung der Ukraine dort deutlich geringer ausfällt. Dennoch sind auch außerhalb Warschaws mehr oder weniger aktive Organisationen tätig, die sich mit dem Thema Ukraine befassen.

In Lublin hat die **„Fundacja Kultury Duchowej Pogranicza“ [Stiftung zur Geistigen Kultur der Grenzregion]** ihren Sitz.

Wie die Stiftung auf ihrer Internetseite informiert, ist das Ziel ihrer Tätigkeit die „Popularisierung der Werte der Grenzkultur in all ihren Formen, sowie die Förderung unterschiedlicher lokaler Traditionen und eines vertieften Interesses an der gesellschaftlich-historischen Situation der Grenzgebiete [...]“.

Die Stiftung ist mit der griechisch-katholischen Kirche in Lublin verbunden. Ihr Vorsitzender ist zugleich deren Pfarrer. In der Stiftung treffen sich sowohl Personen aus dem Umfeld der ukrainischen Minderheit als auch Migranten. Eine Vertreterin der Organisation betont, dass sich die Tätigkeiten der Organisation auf die Förderung verschiedener Aspekte der ukrainischen Kultur in Polen konzentrieren. So mobilisieren sie Studierende aus der Ukraine und aus Polen zu zivilgesellschaftlichem Engagement und tragen zu deren Annäherung bei, beispielsweise durch gemeinsame Kulturveranstaltungen. Zu den Haupttätigkeiten der Stiftung gehört die Organisation des Festivals „Ukraina w centrum Lublina“ [Die Ukraine im Zentrum von Lublin] sowie das Freiwilligenprogramm für Ukrainer im Rahmen der Initiative „Jugend in Aktion“. Dank dieser Initiative kommen Freiwillige aus der Ukraine nach Lublin und führen ein Projekt durch, engagieren sich aber darüber hinaus bei allem, was die Stiftung macht (Festivals, Tage der guten Nachbarschaft).

Eine weitere Organisation, die in Lublin tätig ist, nennt sich **„Towarzystwo Ukraińskie“ [Ukrainische Gesellschaft]**. Hierbei handelt es sich um eine Nichtregierungsorganisation, die von Angehörigen der ukrainischen Minderheit in Polen gegründet worden ist. Ihr Ziel ist, wie ein Mitglied der Organisation erklärt, „die Integration der ukrainischen Bevölkerung in Lublin – vor allem der Minderheit, aber auch der Migranten.“

Eine wichtige Initiative aus Lublin besteht im **Programm „Razem z Ukrainą. Pomoc humanitarna“ [Zusammen mit der Ukraine. Humanitäre Hilfe]**. Sie versucht, Nichtregierungsorganisationen aus Lublin, Personen,

Institutionen, Firmen und regionale Behörden zu vernetzen, sofern diese die Bereitschaft zeigen, die Ukraine zu unterstützen. Die Bandbreite an Aktivitäten ist groß. Hierzu gehören das Sammeln von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Hygieneartikeln sowie Entwicklungshilfe. Derzeit durchgeführt wird im Rahmen der Initiative ein Hilfsprojekt für „400 Familien, die aus Donezk, Lugansk, in die Oblast Dnipropetrowsk umgesiedelt wurden.

„Dort haben wir [die Initiative „Razem z Ukrainą. Pomoc humanitarna“ – Anm. Autoren] zehn Punkte für medizinische Versorgung eröffnet. Wir haben auch für psychologische Hilfe und Hilfe für Arbeitslose gesorgt.“

In Danzig ist die **„Fundacja Crossroads (Perechrestja) – Zatoka Gdańska“ [Stiftung Crossroads (Perechrestja) – Danziger Bucht]** bekannt. Die Hauptaufgabe dieser Stiftung ist die Unterstützung von Migranten und Flüchtlingen aus der Ukraine (aber auch aus anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion), die nach Polen gekommen sind. Die Stiftung hilft den Migranten, sich in der neuen Lebenssituation zurechtzufinden, zum Beispiel bei der Suche nach einer Wohnung und einem Arbeitsplatz. Die Arbeitsweise der Stiftung beschreibt eine Mitarbeiterin wie folgt:

„Ich habe einer Familie geholfen, die nach Polen emigrieren und hier ihre Firma gründen wollte. In der Ukraine haben sie vorher ein Hotel geführt. Alles hat geklappt – Sie haben ein Restaurant [...] in Danzig eröffnet. Es ging auch darum, eine Wohnung zu kaufen, einen Kindergarten und eine Schule zu finden, und bei allem habe ich ihnen geholfen. Am Anfang habe ich ihnen auch dabei geholfen, eine Arbeit zu finden – die junge Frau arbeitete dann in einem Hotel. Später hat sie mir für die Hilfe gedankt, denn für sie war das eine wichtige Erfahrung vor der Eröffnung ihres eigenen Restaurants.“

In Rzeszów ist seit 2013 die Stiftung **„Fundacja Inicjatywy Artystyczne ,UNISSON“ [Stiftung für künstlerische Initiativen ,UNISSON']** tätig. Die Hauptaufgabe dieser Stiftung ist der Kulturaustausch sowie die Förderung des Kontakts und der Zusammenarbeit zwischen der polnischen und ukrainischen Bevölkerung. Diese Ziele verfolgt sie insbesondere durch die Popularisierung der Kunst in ihren unterschiedlichen Formen. In der Stiftung engagieren sich Vertreter der jungen Generation ukrainischer Migranten aktiv. Sie organisieren Künstlerworkshops, Kulturveranstaltungen und ein Festival, das zum Ziel hat, die ukrainische Kultur in den polnischen Vorkarpaten bekannter zu machen.

Informelles Engagement

Angehörige der ukrainischen Minderheit und Migranten engagieren sich nicht nur formell sondern auch informell.

Die Analyse der Interviews zeigt, dass **formelles und informelles Engagement eng miteinander verbunden sind**. Erstens gibt es unter den Befragten Personen, die einerseits im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit an Projekten mit Bezug zur Ukraine beteiligt sind und sich andererseits darüber hinaus informell engagieren. Zweitens sind die Tätigkeiten von Vertretern einer bestimmten Organisation zuweilen sehr weit von ihren eigentlichen Aufgaben entfernt. Obwohl sie offiziell im Namen der Organisation durchgeführt werden, lassen sich diese Tätigkeiten eher als informelles Engagement bezeichnen. Gleichzeitig muss betont werden, dass ein Teil der Personen angibt, sich ausschließlich informell zu engagieren. Laut den Interviewpartnern wird ihr Engagement so nicht von Strukturen eingeengt und sie können ihre Tätigkeiten effektiver durchführen.

Der Euromajdan, die darauffolgende Annexion der Krim und der Krieg im Donbass führten ferner dazu, dass einige Organisationen ihr Engagement verstärkten und sich neue Initiativen gründeten. Diese Ereignisse haben jedoch vor allem starken Einfluss auf informelles Engagement gezeigt.

Die Teilnahme an Happenings und Protesten wurde zu einer Form des informellen Engagements. Die Bekanntesten fanden während der letzten zwei Jahre statt, obwohl es bereits vorher Proteste gab. In Warschau lebende Migranten erinnern sich an die Aktionen aus dem Jahr 2010. Zu diesem Zeitpunkt hatte Präsident Janukowytsch die sogenannten „Charkiw-Verträge“ unterschrieben, in denen es um die Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol ging. Als im Juni 2012 die Fußball-Europameisterschaft begann, fand in Reaktion auf die Verträge in Warschau eine Informations- und Protestaktion statt. Dabei wurde dazu aufgerufen, die Europameisterschaftsspiele in der Ukraine zu boykottieren.

Mit den ersten Protesten in Kiew, die sich später zum Euromajdan entwickelten, begannen auch in Warschau und anderen polnischen Städten Unterstützungsaktionen. An ihnen nahmen sowohl Angehörige der traditionellen ukrainischen Minderheit in Polen als auch Migranten

teil. Eine Person, die von Beginn an in die Protestaktionen involviert war, erinnert sich:

„Als klar war, dass das nicht so schnell vorbeigehen würde [die Proteste in Kiew – Anm. der Autoren], begannen wir, unsere Aktionen zu planen. Nur sonntags [zum Protest – Anm. der Autoren] auf die Straße zu gehen, war keine Option [...]. Wir dachten, wenn die Menschen in Kiew es schaffen, auf dem [Euro]Majdan zu stehen, warum können wir im bequemen Warschau nicht vor der Botschaft stehen und wenigstens auf diese Weise Unterstützung zeigen. Wir fahren zwar nicht nach Kiew, zeigen aber Unterstützung.“

Eine andere Person erzählt:

„Drei Monate, so lang der [Euro]Majdan dauerte, war ich nach der Arbeit vor der ukrainischen Botschaft. Wir brachten ukrainische Flaggen, Plakate und so weiter zur Botschaft mit [...]. Wir mussten sogar irgendwie dafür sorgen, dass die Leute es warm hatten.“

Die Formen der Proteste und Happenings änderten sich mit der Lage in der Ukraine. Es fanden unterschiedliche Straßenaktionen mit politischem Charakter statt: der Solidaritätsmarsch mit der Ukraine, der Marsch „Stop Putin’s terror“, als Gedenkaktionen zu Schlüsselereignissen im Zusammenhang mit dem russisch-ukrainischen Konflikt, zum Beispiel nach dem Abschuss des Fluges MH-17 über dem Gebiet des Donbass.

Angehörige der ukrainischen Minderheit und Migranten nahmen nicht nur an Protesten in Polen teil. Einige von ihnen entschieden sich damals auch, für kürzere oder längere Zeit in die Ukraine zu fahren, um dort an Protestaktionen teilzunehmen. Diese Entscheidung traf auch eine der Gesprächspartnerinnen, die sich wie folgt erinnert:

„Als der [Euro]Majdan begann, verstand ich, dass man aufwachen und etwas tun muss [...]. Ich fuhr allein in die Ukraine und war circa einen Monat auf dem Majdan. Drei bis vier Tage bevor sie mit dem Schießen auf Menschen begannen fuhr ich zurück.“ Auf dem Majdan half ich, Essen zu machen und Medikamente zu sortieren.“

Zu einer besonders wichtigen Form des informellen Engagements wurde die breit angelegte humanitäre Hilfe für Aktivisten des Euromajdan, Soldaten, die im Donbass kämpften, und ihre Familien. Diese Unterstützung beruhte unter anderem darauf, in Polen professionelle medizinische Hilfe für diejenigen zu leisten, die auf dem Euromajdan verletzt wurden. An der Koordinierung dieser Tätigkeiten

nahmen sowohl Angehörige der ukrainischen Minderheit als auch Migranten aktiv teil. Eine der Engagierten erinnert sich:

„Ich kümmerte mich um Übersetzungen, Kontakte mit Ärzten, den Transport und Empfang am Flughafen, Dokumente [...]. Die 50 verletzten Personen, die ich täglich sah, waren für mich schon Familie.“

Eine andere Form des Engagements war und ist die Durchführung von Spendenaktionen, bei denen Geld, Medikamente oder Kleidung gesammelt werden. Teilweise wurden diese Sammelaktionen eigenständig durchgeführt, manchmal jedoch auch angegliedert an andere Veranstaltungen, wie zum Beispiel Konzerte. Der Erlös solcher Aktionen war unterschiedlich: Teils handelte es sich um kleine Initiativen, die geringe Geldsummen sammelten, teils waren es beträchtliche Summen. Eine der Gesprächspartnerinnen erinnert sich, dass sie im Frühling 2014, kurz nach Beginn des Krieges im Donbass, Spendenaktionen leitete, durch die monatliche Einnahmen in Höhe von über 100.000 Złoty zusammenkamen.

Das Geld aus den Sammelaktionen wird für verschiedene Tätigkeiten verwendet. Eine wichtige Rolle spielt die Unterstützung für Ukrainer, die im Donbass kämpfen. Diese Gelder werden für Uniformen und Lebensmittel gespendet. Eine Person, die an der Durchführung von Spendenaktionen beteiligt war, beschreibt die Notwendigkeit solcher Spenden:

„Im Frühling, als der Krieg im Donbass [...] begann, hatte die ukrainische Armee nichts. Als ich in den Osten fuhr, sah ich, dass die Männer dort in Sporthosen und Latschen umherliefen.“

Die Gelder sind für Militärkleidung, Medikamente und Lebensmittel bestimmt. Gleichzeitig wird ein Teil für den Kauf von kugelsicheren Westen und Helmen verwendet. Das führte insbesondere am Anfang zu gewissen Kontroversen. Einerseits wurden Vorwürfe laut:

„Die Spendenaktionen waren für die medizinische Hilfe gedacht. Wir wollten die Gelder nicht für Kampfwesten spenden. Das schien uns nicht das Ziel gewesen zu sein. Dafür haben die Leute kein Geld gegeben.“

Andererseits kam es zu rechtlichen Schwierigkeiten bezüglich der Erlaubnis, eine große Anzahl an Kampfwesten und Helmen aus Polen

zu exportieren. Denn dieser Warenverkehr unterliegt den spezifischen Vorschriften des „Gesetzes zum ausländischen Handel mit Waren, Technologie und Dienstleistungen, die von strategischer Bedeutung für die Staatssicherheit sowie für die Bewahrung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit sind.“

Mit Andauern des Konflikts im Osten der Ukraine verschoben sich die Prioritäten. Der Zustand der ukrainischen Armee bessert sich zwar, die Unterstützung aus dem Ausland ist jedoch weiterhin eine tragende Säule. Eine Gesprächspartnerin, die sich um Sammelaktionen für die ukrainische Armee kümmert, betont:

„Jetzt sammeln wir vor allem Geld für Dinge, die die Ukrainer sich selbst nicht kaufen können, zum Beispiel spezielle Wärmebildkameras (eine solche Kamera kostet circa 15.000 bis 20.000 Złoty) und teure Medikamente wie Celox – ein Mittel zur Blutstillung. Wir kaufen es hier, da es günstiger ist. Außerdem herrscht in der Ukraine Mangel. Jeder Soldat sollte ein Verbandpäckchen haben, aber ein solches kostet etwa 300 Złoty.“

Die Gelder aus den Spendenaktionen werden nicht ausschließlich für die Unterstützung der ukrainischen Armee verwendet. Für die Engagierten ist es außerdem von Bedeutung, den Verletzten, sobald diese die Frontlinie verlassen, zu helfen – ebenso wie deren Familien. Die Unterstützung der Familien wird dabei als besonders wichtig bewertet, da die Ehefrauen und Kinder der an der Front kämpfenden Soldaten oftmals ohne ausreichende finanzielle Mittel zurückbleiben. Die Gelder aus den Sammelaktionen werden für Kleidung, Nahrung, Schulmaterialien für die Kinder und Hygieneartikel für die Familien gespendet – all das, was für ein normal funktionierendes Leben unabdingbar ist. Eine der Gesprächspartnerinnen berichtet von ihrem Engagement:

„Uns kam der Gedanke, so ein Benefizkonzert für die Kinder verletzter Soldaten zu organisieren. Es wurde innerhalb von zwei Wochen organisiert, vielleicht weniger. Wir sammelten damals 3.000 Złoty und spendeten das Geld an die Familie eines Patienten, der ein starkes Hirntrauma und fünf Kinder hatte. Wir luden die Kinder hierher ein, damit sie ein paar Tage mit ihrem Vater verbringen und das Geld, Spielzeug und andere Dinge entgegennehmen konnten.“

So entstand die Initiative „Bohaterom [Euro]Majdanu“ [Den Helden des [Euro]Majdan], die laufend Spendenaktionen (finanzielle und materielle) organisiert, um Kindern aus Familien, die vom Krieg in der Ukraine betroffen sind, zu helfen. Ihre neuste Aktion „Święta bez

taty“ [Weihnachten ohne Papa] (von Dezember 2015 bis Januar 2016) ermöglichte es, Weihnachtsgeschenke für Kinder zu sammeln und zu kaufen. Dank früherer Aktionen gelang es der Initiative, unter anderem einen Aufenthalt im polnischen Gebirge Bieszczady für Kinder aus der Oblast Winnyzja sowie deren Mütter zu organisieren.

Das Engagement der ukrainischen Minderheit im Bund der Ukrainer und in der Kirche

Aus den durchgeführten Interviews geht hervor, dass neben der griechisch-katholischen Kirche die Organisation „Związek Ukraińców w Polsce“ [der Bund der Ukrainer in Polen, ZUWP]¹² die wichtigste Institution für die ukrainische Minderheit in Polen ist. Als deren Hauptziel benennen die Befragten meist „[...] die Bewahrung der nationalen Identität und das Verhindern einer Assimilation.“

Seitdem das Engagement der Minderheit Anfang der 1990er Jahre institutionalisiert wurde, führen viele ihrer Angehörigen kulturell-gesellschaftlich Aktivitäten durch. Die meisten zielen darauf ab, die ukrainische Sprache zu pflegen (Schulen, an denen auf Ukrainisch unterrichtet wird, befinden sich in Górowo Haweckie und Bartoszyce), die Kultur und ukrainische Traditionen bekannter zu machen (Festivals für Kinder, Jugendliche und Erwachsene) sowie das historische Erbe zu bewahren (Geschichtsseminare). Fast alle diese Aktivitäten stärken auch die Gemeinschaft innerhalb der ukrainischen Minderheit. Zum Beispiel beschreibt ein Vertreter des Bundes der Ukrainer in Polen das Ziel der Tätigkeiten so:

„Immer gibt es auch einen Leitgedanken, zum Beispiel sind die Jahrmärkte derzeit, während des Krieges in der Ukraine, nicht nur Spaßveranstaltungen, sondern sollen unser Umfeld mit uns vereinen. Wir solidarisieren uns mit der Ukraine.“

Die Minderheit hat auch merklichen Einfluss auf die Teilnahme der ukrainischen Bevölkerung am politischen Leben in Polen. Ihre Vertreter

12 Auf der offiziellen Seite der Organisation ist zu lesen, dass der „Bund der Ukrainer in Polen“ im Februar 1990 entstanden ist. Sie ist die Rechtsnachfolgerin der seit 1956 tätigen Ukrainischen Sozial-Kulturellen Gesellschaft. Vorsitzender der Organisation ist seit dem 19. Februar 2006 Piotr Tyma. Ein achtköpfiger Vorstand leitet die laufenden Aktivitäten der Organisation. Gesetzgebendes Organ ist der Rat, der aus einunddreißig Personen besteht. Der Bund besitzt eine Regionalstruktur, die in Abteilungen und lokale Kreise unterteilt ist. Die Regionalstruktur besteht aus 10 Abteilungen (Elbing, Köslin, Legnica, Lebus, Masuren, Allenstein, Pommern, Przemysł, Sanok, Stettin) sowie 90 lokalen Kreise. [...] Die Anzahl der Mitarbeiter: 6 Vollzeitangestellte, 3 Teilzeitangestellte oder Selbstständige, ca. 250 Freiwillige, ca. 6000 Mitglieder [...].“

wurden mehrmals in die Gesetzgebungsorgane gewählt, jedoch nicht als Vertreter ukrainischer Minderheitenparteien, sondern zum Beispiel als Politiker der Partei Bürgerplattform.

Der Euromajdan war für die Angehörigen der Minderheit ein sehr wichtiger Wendepunkt. Die Ereignisse in Kiew zeigen sehr deutlich, dass der Demokratisierungsprozess der Ukraine alles andere als beendet ist und die Unabhängigkeit des Landes gefährdet sein könnte. Die Gesprächspartner spürten damals, dass [kulturelle] Aktivitäten in ihrer bisherigen Form in der neuen Situation kein ausreichendes Mittel zur Unterstützung der Ukraine mehr sein konnten. Ein Vertreter des Bundes der Ukrainer in Warschau beschreibt seine Befürchtungen so:

„Entscheidend war der November 2013 der Angriff auf Studierende auf dem [Euro]Majdan [...]. Da haben ein Großteil der Menschen und wir verstanden, dass allein kulturelle Aktivitäten, wie wir sie bis dahin veranstalteten, nicht mehr helfen und man aktiv handeln muss.“

Die Aussicht, dass die Ukraine ihre Souveränität verlieren könnte, stellt nach Aussage der Befragten wiederum eine Gefahr für die ukrainische Kultur in Polen dar. Um deren Bewahrung hatten sich die Angehörigen der Minderheit jahrelang bemüht. Ein Befragter des Bundes der Ukrainer erinnert sich:

„Der [Euro]Majdan hat gezeigt, dass die Ukraine zwar existiert, es sie aber schon bald nicht mehr geben könnte. Und was für ein Ukrainer bist Du, wenn Du vielleicht keinen Staat mehr hast?!“

Als die Situation augenscheinlich ernster zu werden begann, setzte sich die Minderheit – geeint in dem Bund der Ukrainer in Polen – aktiv für die Unterstützung der Protestbewegung ein. Darüber hinaus engagierte sie sich später dafür, dass diejenigen, die durch den anhaltenden kriegerischen Konflikt verletzt wurden, Hilfe erhielten. Ähnlich wie bei den übrigen ukrainischen Gruppen in Polen, war auch bei der Minderheit die Organisation von Sammelaktionen eine häufige Form des Engagements. Diese wurden sowohl im Namen des Bundes der Ukrainer organisiert als auch in Form anderer Initiativen (zum Beispiel Powiatowy Komitet Społeczny „Razem z Ukrainą“ w Bartoszycach [das Soziale Komitee des Landkreises Bartoszyce „Zusammen mit der Ukraine“]). Dabei sei erwähnt, dass die ukrainische Minderheit in einigen Ortschaften regelmäßig Aktivitäten unternahm, bei denen sie von der lokalen

Bevölkerung unterstützt wurde. Diese Art von Unterstützung beschreibt ein Gesprächspartner aus der Wojewodschaft Ermland-Masuren wie folgt: „Wir haben nicht nur die lokale Selbstverwaltung daran beteiligt, sondern auch lokale ukrainische Bauern [der Minderheit – Anm. der Autoren].“

Eine weitere Form der Hilfeleistung war der Jugendaustausch. Dieser wurde für diejenigen organisiert, deren Eltern aufgrund der Ereignisse auf dem Euromajdan und des Krieges im Osten der Ukraine zu leiden hatten. Gleichzeitig setzte sich die Minderheit sehr aktiv für verletzte Soldaten ein, die in polnischen Krankenhäusern untergebracht waren.

Hervorzuheben sind ebenso die Aktivitäten der Minderheit auf der politischen und medialen Ebene. Miron Sycz, Sejm-Abgeordneter (Bürgerplattform), besuchte den Euromajdan zusammen mit dem Sejm-Abgeordneten Grzegorz Schetyna (Bürgerplattform), initiierte mehrere Vorhaben zur Unterstützung der Ukraine im Rahmen des parlamentarischen Forums beider Länder und suchte den Kontakt zu verschiedenen Gruppen in der Ukraine. Darüber hinaus sind Angehörige der Minderheit in den Gremien vertreten, die den polnischen Staatspräsidenten zur Lage in der Ukraine beraten. Einige informierten die polnische Bevölkerung als Journalisten oder Kommentatoren über die Medien. Schließlich haben sich Angehörige der Minderheit in Zusammenarbeit mit anderen Aktivisten mehrfach um ukrainische Staatsbürger gekümmert, die die Ukraine aufgrund von Verfolgung verlassen mussten.

Der Euromajdan hat die Minderheit zum aktiven Handeln mobilisiert und dazu geführt, dass sich deren Angehörige durch die Zusammenarbeit mit Migranten für diese öffneten. Ebenso hatte der Euromajdan positiven Einfluss darauf, wie die Minderheit ukrainischer Bewohner im Heimatland wahrnimmt. Denn diese motivierten die Angehörigen der Minderheit zu weiteren Aktivitäten, die der Demokratisierung des Landes dienen. Die emotionale Stimmung in Zusammenhang mit dem unter Ukrainern wiederauflebenden Patriotismus kommentiert eine der Befragten wie folgt:

„[...] Nach dem [Euro]Majdan habe ich so eine Tendenz gespürt, dass die Kinder Patrioten des eigenen Landes sein wollen. Sie sagen, dass sie nicht hier [in Polen – Anm. der Autoren] wohnen, sondern nur schauen und dann zu sich nach Hause zurückkehren möchten. Genauso war es, als wir zu unseren Soldaten in der Reha gefahren sind. Der Pfarrer fuhr sie durch die Läden, kaufte ihnen Sachen, Schuhe [...]. Einer hat mir auf Facebook geschrieben, dass die Stadt schön sei,

gepflegt, europäisch, aber bleiben wolle er da nicht. Für ihn war das Wichtigste die Ukraine. Er will auch in der Ukraine leben.“

Zu betonen ist, dass auch junge Angehörige der ukrainischen Minderheit in Polen positive Veränderungen in der Einstellung der ukrainischen Gesellschaft wahrnehmen: „Junge Menschen zeigten, dass sie sehr ernsthaft über ihr Land nachdenken, dass sie dort wohnen möchten, dass sie nicht wegen des Geldes abhauen wollen.“

Die Rolle der Kirche

Die Analyse der durchgeführten Interviews macht es möglich, die Rolle der Kirche im Leben der ukrainischen Bevölkerung im Kontext einer Krisensituation zu verstehen. **In verschiedenen Regionen Polens wurde die Kirche selbst zu einem Ort, an dem die Aktionen einzelner Aktivisten koordiniert wurden oder zumindest spielte sie für die Aktivitäten eine wichtige, wenn auch nicht koordinierende Rolle.** Häufig wurden die Behandlung von Soldaten und Aktivisten des Euromajdan unterstützt sowie Sammelaktionen für die Opfer der Ereignisse in der Ukraine organisiert. Ein Befragter erinnert sich: „Es war so, dass alle Aktivitäten nach dem Sonntagsgottesdienst in der Kirche begannen.“

Eine Studie zum Euromajdan hat die These bestätigt, dass die Kirche im Fall der ukrainischen Staatsbürger (insbesondere der Wirtschaftsmigranten) weitgehend staatliche ukrainische Institutionen ersetzt, die für das tägliche Leben im Ausland von Bedeutung sind.¹³ Für gewöhnlich gilt dies für Institutionen – häufig wird in den Interviews die Ukrainische Botschaft als Beispiel genannt –, denen es aufgrund der laufenden Transformationsprozesse an Kontinuität und Effektivität fehlt und denen die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung nur wenig Vertrauen schenkt.

Sowohl für die nach Polen kommenden ukrainischen Migranten als auch für die Angehörigen der ukrainischen Minderheit spielt die Kirche für die Bewahrung ihrer Identität eine sehr wichtige Rolle. Seit der Zwangsumsiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich gezeigt, dass die griechisch-katholische Kirche (hier sei daran erinnert, dass der Gottesdienst in der griechisch-katholischen Kirche auf Ukrainisch

13 Die sehr wichtige Rolle der Kirche im Leben der Migranten ist unter anderem nachzulesen in: A. Grzymała-Kazłowska, *Między jednością a wielością. Integracja odmiennych grup i kategorii migrantów w Polsce*, op.cit.

gehalten wird) weiterhin ein wichtiges Element bei der Pflege der ukrainischen Kultur, Tradition und Sprache darstellt. „Eine sehr wichtige Rolle spielte das Gefühl der religiösen, kirchlichen Zugehörigkeit, das Griechisch-Katholisch-Sein.“, erklärt ein Angehöriger der Minderheit. Die Einführung der Seelsorge in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg hat für die Minderheit einen Prozess der Gemeinschaftsbildung ausgelöst. Diese Beobachtung bestätigt einer der Befragten: „[...] In der Schule fühlten wir uns als einzelne Individuen. Aber als wir in der Kirche waren, hatten wir das Gefühl, dass wir viele sind.“

Auch für die später nach Polen gekommenen ukrainischen Migranten ist die Kirche oft ein Ort, an dem sie mit anderen zusammenkommen können und zu einer Gruppe gehören. Dieses Bedürfnis wurde vor allem während der Krise im Heimatland deutlich. Die Kirche bediente sehr oft nicht nur spirituelle Bedürfnisse, sondern verschaffte auch Zugang zu Informationen aus der ukrainischen Gemeinschaft in Polen und/oder in der Region. Als sich die ukrainische Gesellschaft mobilisierte, ermöglichte der Kirchenbesuch den Ukrainern schließlich, die eigene Identität besser zu verstehen.

„Zur Integration haben vor allem beigetragen: die Kirche, SMS [der Austausch wichtigster Informationen durch SMS-Nachrichten – Anm. der Autoren]“, erinnert sich einer der Befragten. Ein Migrant aus der Ukraine beschreibt die Rolle der Kirche als Quelle unverzichtbarer Informationen für den Aufenthalt im Ausland:

„In den 2000er Jahren organisierte die Kirche Treffen mit der polnischen Polizei und anderen Personen, die die Ukrainer unterstützen konnten – in der Arbeitssuche oder mit der Rechtshilfe.“

Nach der Sonntagsmesse werden in den meisten Kirchen Veranstaltungen nicht nur durchgeführt sondern auch weitere angekündigt, die für die ukrainische Gemeinschaft von Bedeutung sind. Eine verbreitete Praxis ist auch, den Gemeindemitgliedern für Kulturveranstaltungen (zum Beispiel Konzerte) oder andere Tätigkeiten (Informationstreffen, Diskussionen) kostenlos Räumlichkeiten in der Kirche zur Verfügung zu stellen. Diese standen während der Proteste in der Ukraine allen Migranten auch für nicht-religiöse Zwecke zur Verfügung. Hierdurch wurde die Kirche zu einer Plattform für Treffen und diente der Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen. So

finden beispielsweise in Warschau schon seit 2010 Integrationstreffen für Jugendliche in Gemeinschaftsräumen statt, die zu einem größeren Engagement der Jugendlichen im Leben der eigenen Gemeinde geführt haben. Die Analyse der Interviews zeigt, dass einige Gemeinden, die sich der wachsenden Bedürfnisse ihrer Mitglieder bewusst sind, weit über ihr eigentliches Tätigkeitsfeld mit typisch geistlichem Charakter hinausgehen und beispielsweise auch professionelle psychologische Hilfe leisten.

Die Befragten bewerten die Gründe für die bedeutende Rolle der Kirche im Leben der ukrainischen Gemeinschaft unterschiedlich. Aufgrund der Tatsache, dass die Kirchengebäude in der Stadt sichtbar und erkennbar ist, ist die Kirche der erste Anlaufpunkt, den die ukrainischen Migranten aufsuchen, um Informationen zu erhalten und Kontakt zu ihrer Gemeinschaft zu knüpfen. Zudem arbeitet die Kirche sehr gut mit anderen Institutionen und Organisationen zusammen, die Ukrainer unterstützen. So beschreibt ein Vertreter des Bundes der Ukrainer die Zusammenarbeit wie folgt:

„Es hängt von der Aufgabe ab, die zu erfüllen ist, aber meistens nehmen wir untereinander Kontakt auf. Was einfacher über den Bund [der Ukrainer in Polen – Anm. der Autoren] zu machen ist, machen wir über den Bund, und was besser von der Kirche erledigt wird, über die Kirche. Es kommt darauf an, um welche Bedürfnisse es sich handelt.“

Da es weniger griechisch-katholische Kirchen – im Vergleich mit katholischen Pfarreien – gibt, sind deren Gemeinden kleiner. Dies ermöglicht den dort engagierten Ukrainern eine engere Zusammenarbeit und führt zu einer stärkeren Gemeinschaft. Vor dem Anstieg der Migrantenzahlen aus der Ukraine kannten sich die lokalen Vertreter der Minderheit persönlich untereinander oft sehr gut. Schließlich besteht die grundlegende Tätigkeit der Kirche – wie die Geistlichen selbst hervorheben – in der Vereinigung der Menschen: „Die Kirche soll immer Menschen vereinen; das ist eins der – sagen wir – Hauptziele der Kirche – ob orthodox oder nicht“.

Vertreter der Kirche in Polen betonen als Grund für die breite Unterstützung der ukrainischen Gemeinschaft durch die Pfarreien die Besonderheit der Migrationsströme aus der Ukraine nach Polen über die Jahrzehnte. Bevor die Ukraine ihre Unabhängigkeit erlangte, nahmen hauptsächlich Angehörigen der ukrainischen Minderheit am Gemeindeleben teil. Für sie hatte dieser Ort einen symbolischen

Charakter. So bediente die orthodoxe Kirche nicht nur geistliche Bedürfnisse, sondern ermöglichte es ihnen auch, die eigene Identität zu leben. In den 1990er Jahren kamen die ersten Wirtschaftsmigranten aus der Ukraine nach Polen. Sie hatten andere Bedürfnisse als die Angehörigen der ukrainischen Minderheit und motivierten die Kirchen dazu, neue Angebote für ihre neu hinzugekommenen Gemeindemitglieder zu schaffen. Ein Vertreter der Gemeinde in Warschau erinnert sich:

„[...] Wir versuchten, den Menschen zu helfen, sich in Polen zurechtzufinden, dass es gewisse Vorschriften gibt, die ein wenig anders als in der Ukraine sind. Wir organisierten verschiedene Treffen, sowohl mit den Behörden als auch mit Vertretern der Polizei oder Stiftungen.“

In den 2000er Jahren verstärkte sich die Migration aus der Ukraine nicht nur, sie war durch die Migration von jungen Leuten und qualifizierten Migranten auch differenzierter. Die Vertreter kirchlicher Institutionen stellte sie damit vor die Herausforderung, neue Bedürfnisse nicht nur auf geistlicher Ebene adäquat zu erfüllen.

Die geführten Interviews lassen keinen Zweifel daran, dass **die Kirche für die Interviewpartner durchweg eine der wichtigsten Institutionen für die ukrainische Gemeinschaft in Polen ist. Sie hat positiven Einfluss auf deren Integration und auf die Intensivierung ihres Engagements im Alltag.** Ein Pfarrer aus einer der griechisch-katholischen Gemeinden bemerkt im Interview: „[...] Alle treffen sich im Gottesdienst und sitzen auf einer Bank.“ Damit bestätigt er die Bedeutung der religiösen Institutionen, sowohl für die ukrainische Minderheit als auch für die später hinzugekommenen Migranten. Dennoch hat der Einfluss der Kirche auf das Leben eines Migranten für gewöhnlich einen zweigeteilten Charakter. Einerseits stellt die Kirche einen Ort der Begegnung und der Integration für die Gemeinschaft dar: „[...] Das, was uns am meisten verbindet, ist die Kirche. Und das ist nicht nur ein religiöser Ort, sondern auch ein Ort für Begegnungen. Ein Ort, der uns vereint“, erwähnt ein Angehöriger der Minderheit. Andererseits kann die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession gleichzeitig zu Spaltungen innerhalb der Gemeinschaft führen: „[...] Es gibt eine Trennlinie, da es die Orthodoxen und die griechisch-katholischen Kirchen gibt. Und von den Orthodoxen gibt es mehr als eine¹⁴ [...]. Das zwingt die Orthodoxen, die hier sind, sich

14 Der Befragte bezieht sich vor allem auf die selbstständigen orthodoxen Kirchen. Die orthodoxe Kirche besteht aus einzelnen Teilkirchen (oft unter der Hoheit von Patriarchen). Weltweit gibt es neunzehn regionale Kirchen; darunter sind fünfzehn autokephal und vier autonom. Für die ukrai-

mit den Russen zusammenzutun“, äußert sich einer der Engagierten und bestätigt somit die Beobachtung. Darüber hinaus suggerierten einige der Befragten, dass die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Konfessionen manchmal ein Hindernis für die effektive Zusammenarbeit mit Vertretern der ukrainischen Zivilgesellschaft darstellt. Das wiederum hat Einfluss darauf, inwiefern es Informations- und Integrationsangebote in den jeweiligen Gemeinden gibt. Ein Befragter aus Warschau nennt ein Beispiel:

„[...] Es gab ein Problem, als die Stiftung zu arbeiten anfang. Sie wollten nicht zulassen, dass sie dort [in den Räumlichkeiten der Kirche – Anm. der Autoren] arbeitete. Es wurden unterschiedliche Gründe genannt. Das sei keine nationale Kirche und so weiter.“

Aktivität in den Medien

Eine Form des zivilgesellschaftlichen Engagements der Ukrainer sind ihre Aktivitäten in den Medien. Zunächst ist an dieser Stelle die wichtige Informationsarbeit zu nennen, die von den Angehörigen der ukrainischen Minderheit und den Migranten geleistet wird. Viele von ihnen kommentierten in der Presse, im Radio und im Fernsehen, was während des Euromajdan und im Kontext der darauffolgenden Entwicklung auf der Krim und im Donbass geschah. Die zivilgesellschaftlich Engagierten versuchten, die Gelegenheit zu nutzen, als sich die polnischen Medien von Ende 2013 bis Mitte 2014 intensiv für die Situation in der Ukraine interessierten. Sie kommentierten nicht nur die aktuellen politischen Ereignisse, sondern versuchten ebenso, der polnischen Gesellschaft die Zusammenhänge mit Blick auf die Situation in der Ukraine zu vermitteln. Zudem brachten sie ihr Expertenwissen in die Diskussion ein, zum Beispiel im Bereich der Migration oder der humanitären Hilfe. Dabei ist zu betonen, dass sich diese Medienauftritte nicht nur auf Warschau beschränkten, sondern auch in anderen Städten sichtbar waren. Ein ukrainischer Migrant hebt hervor:

„Während der Ereignisse auf dem [Euro]Majdan gründeten wir ein Informationszentrum. [...] Die ganze Zeit stand jemand zur Verfügung, der Informationen sammelte und diese etwa an die Medien weiterleitete. Wir übersetzten die wichtigsten Artikel, bereiteten Bewertungen der Ereignisse vor.“

nische Gemeinschaft sind historisch gesehen die wichtigsten orthodoxen Kirchen die ukrainisch-orthodoxe Kirche – Kiewer Patriarchat –, die ukrainische autokephale orthodoxe Kirche sowie die ukrainisch-orthodoxe Kirche – Moskauer Patriarchat.

Eine Gruppe der Befragten organisierte auch Treffen mit Ukrainern, die aktiv am Euromajdan teilgenommen hatten, die Ukraine dann jedoch aus verschiedenen Gründen verlassen mussten. Ein Angehöriger der ukrainischen Minderheit in Polen erinnert sich, dass er ein Treffen mit dem ukrainischen Journalisten Witalij Portnikow mitorganisierte. Außerdem trafen sich die Angehörigen der Minderheit mit einem der Anführer des Euromajdan, der entführt und brutal zusammengeschlagen worden war. Diese Treffen und Interviews eröffneten den Polen Möglichkeit, Augenzeugenberichte aus erster Hand zu erhalten.

Die zivilgesellschaftlich Engagierten sind auch im journalistischen Umfeld vertreten. Angehörige der ukrainischen Minderheit und Migranten arbeiten beim polnischen Radio und geben ukrainische Zeitungen wie „Nasz Wybór“ [Unsere Wahl] oder „Nasze słowo“ [Unser Wort] heraus. Dabei berichten und schreiben sie sowohl über die Situation der Ukrainer in Polen als auch über die Lage in der Ukraine. Die Journalisten, die in Polen arbeiten, möchten ihre Erfahrungen und Kontakte mit ihren Kollegen in der Ukraine teilen. Dies ist ein wichtiger Aspekt ihrer journalistischen Aktivität. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit zwischen einem ukrainischen Journalisten, der beim polnischen Radio arbeitet, und Journalisten aus der Donbass-Region. Der Initiator dieser Kooperation betont:

„[...] Wir haben uns vorgenommen, die ukrainischen Redaktionen, die den Donbass verlassen mussten, zu unterstützen [...]. Das Projekt besteht zum einen darin, dass wir Trainingsmöglichkeiten und Schulungen in Kiew durchführen. Zum anderen unterstützen wir die Kollegen in der Ukraine finanziell, damit sie sich auf das Schreiben von Artikeln konzentrieren können. Unser Ziel ist, dass die verschiedenen Zeitungen erstens nicht pleitegehen, und zweitens, falls möglich, mit uns eine Entwicklungsstrategie für die Zukunft ausarbeiten.“

Eine der Tätigkeiten im Rahmen des Projekts war die Organisation einer Fahrt nach Polen, um vor Ort zu zeigen, wie die Arbeitsstandards und demokratischen Prozesse in einem anderen Land aussehen. Denn, wie der Gründer des Projekts betont, „sind das Personen, die vorher nie im Ausland gewesen waren. Einige von ihnen haben sich erst jetzt einen Pass ausstellen lassen.“ Sie hatten deshalb keine Gelegenheit, sich mit dem modernen und professionellen Journalismus vertraut zu machen.

Trotz der medialen Präsenz von Vertretern der ukrainischen Gesellschaft bewertet einer der Experten diese Aktivität nicht als dauerhaften Erfolg:

„Ich kann ganz klar sagen, dass sich praktisch keiner der ukrainischen Analysten für längere Zeit in den Medien gehalten hat. Leider hat sich auch die ukrainische Diaspora nicht durchgeschlagen, außer kleinen Ausnahmen.“¹⁵

Nicht zu unterschätzen ist die Rolle der sozialen Medien, die insgesamt eines der bedeutendsten Kommunikationsmittel darstellen. Ihre Rolle wird in einem der folgenden Abschnitte der vorliegenden Studie näher beschrieben.

Das Umfeld der Engagierten

Die durchgeführten Interviews ermöglichen eine Analyse der ukrainischen Strukturen in Polen. Darüber hinaus ermöglichen sie einen Einblick in die Beziehungen zwischen den wichtigsten Gruppen, die sich aktiv für die Unterstützung der Ukraine und ihrer Bürger einsetzen. **Die einzelnen Gruppierungen innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft sind selten anhand einer klaren Linie, etwa zwischen der ukrainischen Minderheit und den Migranten oder zwischen der jungen und der älteren Generation zu unterscheiden; allerdings gibt es einige Trennlinien, die sichtbar sind. Diese hängen meist von interpersonellen Beziehungen und den einzelnen Personen ab.**

Die Vernetzung der Engagierten in Polen

Die Zusammenarbeit zwischen der ukrainischen Minderheit und den Migranten hat sich nach den Ereignissen des Euromajdan verbessert. Die wachsende Beliebtheit der sozialen Medien spielte eine große Rolle für die effektivere Vernetzung der Ukrainer in Polen. Es gibt jedoch eine Vielzahl an Unterschieden zwischen den beiden Gruppen, die einen Einfluss auf das Funktionieren der ukrainischen Gemeinschaft in Polen haben. Ein Hindernis auf dem Weg zu einer effektiveren Zusammenarbeit stellen deren jeweils unterschiedliche Bedürfnisse

15 Unter den Interviewpartnern, die in Polen befragt wurden, gilt diese Person als Ausnahme, indem sie die Bezeichnung „Diaspora“ verwendete. Die zivilgesellschaftlich Engagierten distanzieren sich von diesem Begriff.

dar: Für die ukrainische Minderheit besteht das grundlegende Ziel darin, die Sprache, die Geschichte und die Traditionen zu pflegen. Für einen Großteil der Migranten ist das Leben in Polen jedoch mit dem Bedürfnis verbunden, ihren Aufenthaltsstatus zu sichern und ihre Lebenssituation im fremden Land zu stabilisieren beziehungsweise zu verbessern. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die Minderheit seit Jahren im Rahmen formaler Strukturen tätig ist. Dazu gehören zum Beispiel der Bund der Ukrainer und die griechisch-katholische Kirche. Die Interviews zeigen jedoch, dass sich diejenigen Migranten, die am religiösen Gemeinschaftsleben teilnehmen, selten an den Aktivitäten des Bundes der Ukrainer beteiligen. In deren Initiativen sehen sie kaum die Möglichkeit, ihren Bedürfnissen nachzugehen. Darüber hinaus besitzen Migranten oft viel weniger Erfahrungen mit formalen Strukturen. Stattdessen nutzen sie sehr aktiv unterschiedliche Formen des informellen Engagements. Immer deutlicher zeigt sich außerdem der Generationenunterschied: Die ältere Generation macht weiterhin den Kern derer aus, die sich für die Minderheit engagieren. Die gegenwärtigen ukrainischen Migranten, die nach Polen kommen, gehören hingegen häufig der jüngeren Generation an.

Sehr positiv sind die Beziehungen zwischen den Organisationen der ukrainischen Minderheit [Bund der Ukrainer] und den religiösen Institutionen zu bewerten [die griechisch-katholische Kirche]. Am Beispiel des Euromajdan war zu beobachten, dass die Aktivitäten der Minderheit in weltlichen und religiösen Strukturen in vielen Bereichen jeweils eng miteinander verbunden sind. Diese Synergie ermöglicht eine größere Effektivität des Engagements.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Ukrainer und den Migrantenorganisationen aus dem Non-Profit-Sektor kann als zufriedenstellend bewertet werden. Es gibt Unterschiede in den Zielen, die sich die Minderheit und die Organisationen, die die ukrainischen Migranten repräsentieren, jeweils gesetzt haben. Das führt dazu, dass nicht alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen genutzt werden. An den Stellen, an denen die Zusammenarbeit gut funktioniert, werden ihre positiven Effekte sichtbar. Einer der Aktivisten bestätigt diese Beobachtung anhand eines konkreten Beispiels: „[Die Stiftung – Anm. der Autoren] „Nasz Wybór“ [Unsere Wahl] entstand durch das aktive Engagement der Minderheit für die Migranten [der Ukraine – Anm. der Autoren], weshalb es ihnen leichter fällt, verschiedene Dinge zu

tun.“ Die Ereignisse des Euromajdan und der spätere Krieg im Osten der Ukraine führten mitunter zu Vereinigungen unterschiedlicher Gruppen im Namen eines gemeinsamen Ziels (zum Beispiel Sammelaktionen, Demonstrationen, die Versorgung von Verletzten). Dennoch wurden einige grundlegende Unterschiede in der alltäglichen Arbeit beider Gruppen der ukrainischen Gemeinschaft in Polen nicht überwunden. Ein Vertreter aus dem Umfeld der Migranten beschreibt die Erfahrungen:

„Für gewöhnlich reagiert der Bund der Ukrainer nicht gern auf unsere Initiativen. Sie haben nur Geld für ihre Projekte. [...] Vom Konsulat würde ich auch mehr Unterstützung erwarten. [...] Um Geld vom Konsulat zu erhalten, muss man eine lange Prozedur durchlaufen.“

Sehr vielversprechend erscheinen die Beziehungen zwischen der ukrainischen und der deutschen Minderheit in der Wojewodschaft Ermland-Masuren. Dank des Engagements beider Minderheiten entstand eine Kommission für Angelegenheiten der Minderheiten beim Parlament der Wojewodschaft. Außerdem arbeiten beide Minderheiten aktiv auf kultureller Ebene zusammen, wie ein Vertreter des Bundes der Ukrainer erklärt:

„[...] Gemeinsam organisieren wir das jährlich stattfindende Musikfestival der Europäischen Nationen. Daran nehmen auch Gruppen aus der Ukraine und Deutschland teil, es kamen auch Griechen und Rumänen.“

Die Kirche (insbesondere die griechisch-katholische) spielt für alle ukrainischen Gruppen in Polen eine sehr wichtige Rolle. Die Beziehungen der Kirche sowohl zu Strukturen der Minderheit als auch zu Vertretern anderer ukrainischer Gruppen können als positiv bewertet werden. Die Zusammenarbeit beschreibt ein Geistlicher der niederschlesischen Wojewodschaft:

„[...] Wenn die Menschen konkrete Probleme haben – z.B. Tickets zu kaufen, Dokumente auszufüllen, nach Krakau zu fahren, dort zu übernachten, dann verständigt sich das Konsulat mit der Kirche, dass ich dieser Person helfen kann und Du einer anderen.“

Zudem vermitteln bestimmte Gemeinden sehr häufig bei der Zusammenarbeit zwischen Gruppen engagierter Bürger.

Die Kirche ist eine Institution, welche die religiösen Bedürfnisse bedient und zudem als wichtige Informationsquelle fungiert. Projekte (zumeist finanziert durch EU-Fonds) von Nichtregierungsorganisationen

wiederum ermöglichen den Migranten eine schnellere Anpassung an die neue soziokulturelle Umgebung. Professionelle Unterstützung bieten sowohl Migrantenorganisationen als auch von Polen gegründeten Organisationen. Wie einer der Aktivisten hervorhob: „Außer dieser ukrainischen Organisationen sehe ich, dass dort, wo Ukrainer arbeiten, verschiedene Organisationen zur Unterstützung der Ukraine entstehen.“

Der Euromajdan, der Krieg im Osten der Ukraine sowie weitere gesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren haben zu wachsender Migration aus der Ukraine nach Polen beigetragen. Gleichzeitig ist in der polnischen Öffentlichkeit auch die Wahrnehmung der ukrainischen Gemeinschaft in Polen gewachsen, sodass immer mehr polnische Organisationen ihre Tätigkeiten auch an ukrainische Bürger richten. Bei der Bewertung der Beziehungen zwischen Migrantenorganisationen und von Polen gegründeten Organisationen muss erwähnt werden, dass Vertreter des Dritten Sektors miteinander um finanzielle Mittel für Projekte konkurrieren (derzeit ist der EU-Fond für Asyl, Migration und Integration – verwaltet vom polnischen Innenministerium – einer der wichtigsten Fonds). Aus diesem Grund können Migrantenorganisationen nicht immer auf reguläre finanzielle Unterstützung zählen. Dies hat direkten Einfluss auf deren Tätigkeitsbereiche. Den kleineren Organisationen gelingt es selten, die hohen formalen Barrieren zu überwinden, um Zugang zu ausländischen Fördermitteln zu erhalten. Bestimmte Nichtregierungsorganisationen konzentrieren daher ihre Tätigkeit nur auf einen Bereich (Sprachunterricht, die Unterstützung von Frauen, rechtliche Hilfe). Diese Vorgehensweise ermöglicht es ihnen, die Finanzliquidität für einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten.

Allgemein zeichnen sich die Beziehungen zwischen Nichtregierungsorganisationen durch wohlgesonnene Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Praktiken aus. Der Euromajdan hat jedoch eine Vielzahl an Problemen offenbart. Meist sind diese mit dem Erhalt von Fördermitteln und deren späterer Verwendung verbunden. Dieses Problem wurde von den Befragten mit Blick auf die Organisationen genannt, die während des Euromajdan in der Öffentlichkeit am sichtbarsten waren: Die „Stiftung Offener Dialog“ und der „Euromajdan Warszawa“. Beide Organisationen wurden im Kontext der andauernden Proteste schnell zu Hauptakteuren. Sie waren in den Medien präsent, organisierten Demonstrationen sowie Spendenaktionen in verschiedenen

Regionen Polens. Lange Zeit waren die erhaltenen Gelder und deren Ausgabe das Hauptdiskussionsthema. Die „Stiftung Offener Dialog“ und der „Euromajdan Warszawa“ bemühten sich um Transparenz bezüglich ihres finanziellen Wirtschaftens.¹⁶ Vor dem Hintergrund, dass die Spendenaktionen regelmäßig und in großem Umfang stattfanden, tauchte im Umfeld ukrainischer Migranten die Kritik auf, ein Teil der erhaltenen Gelder sei nicht gemäß der Bestimmungen verwendet worden. Zudem haben die genannten Organisationen die ukrainischen Bürger sehr schnell und in großem Umfang unterstützt. Unter einigen Personen aus dem Umfeld kamen daher Zweifel hinsichtlich der finanziellen und institutionellen Quellen dieser Organisationen auf.

Der Bund der Ukrainer in Polen ist eine Institution, deren Image unter Migranten nicht eindeutig ist. Gut informierte Migranten und Aktivisten sind sich der Vorteile einer Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Minderheit in Polen bewusst. Diese Zusammenarbeit verläuft jedoch nicht immer reibungslos. Zu Beginn ihres Aufenthalts in Polen suchen viele Migranten vor allem praktische Hilfe (darunter finanzielle Unterstützung). Die Pflege (beziehungsweise Bekundung) ihrer ukrainischen Identität, unter anderem durch kulturelle Aktivitäten, wird hingegen erst bedeutend, wenn sich ein längerer Aufenthalt in Polen abzeichnet. Der Euromajdan und insbesondere der Krieg im Osten der Ukraine führen dazu, dass Menschen aus den zentralen und östlichen Regionen der Ukraine nach Polen emigrieren. Während Wirtschaftsmigranten aus den westlichen Regionen des Landes auf ein seit Jahren gut funktionierendes Migrantennetzwerk zurückgreifen können, gilt dies für Menschen aus diesen Regionen nur eingeschränkt. Darüber hinaus verspürt diese Gruppe ukrainischer Staatsbürger nicht immer das Bedürfnis, ihre ukrainische Identität öffentlich zu bekunden. Somit ist der Bund der Ukrainer teilweise nicht in der Lage, die Erwartungen dieser Personen zu erfüllen – zumindest nicht zu Beginn ihres Aufenthalts in Polen.

In den Aussagen der Befragten taucht die Botschaft der Ukraine als wichtige Institution auf. Diese handle jedoch ineffektiv¹⁷ und kümmerne

16 Anlässlich der Spendenaktionen wurden die nötigen Finanzdokumente zur Einsicht vorgelegt und die Finanzberichte im Internet veröffentlicht.

17 In Breslau z.B. haben die Befragten wiederholt beklagt, dass es kein Wahllokal in der Stadt gibt. Auch wenn während der Wahlen eine Fahrt nach Krakau organisiert wird, beeinflusst dieser Aspekt das politische Engagement der lokalen Gemeinschaft spürbar.

sich teilweise nicht um ihre Bürger. Ein Befragter beschreibt seine Erfahrungen mit der Botschaft mit gewisser Empörung:

„Für uns ist es nicht normal, dass sich die Behörde [Botschaft der Ukraine – Anm. der Autoren] nicht bei dem Leiter des Krankenhauses bedankt hat [in dem bereits eine neue Soldatengruppe zur Rehabilitation untergebracht ist – Anm. der Autoren]. Sie wertschätzt ihre ukrainischen Helden nicht.“

Die Angehörigen der Minderheit sehen in der ukrainischen Botschaft eine Institution, die Tätigkeiten der Minderheit in den Augen der polnischen Entscheidungsträger legitimieren kann. Wie eine Angehörige der ukrainischen Minderheit erklärt, ist die Hilfe seitens der ukrainischen Regierung notwendig: „Nicht wegen des Geldes, sondern zur moralischen Unterstützung. Wir können kein Ghetto bilden, das wir nicht verlassen. Daher habe ich den Botschafter und z.B. einen Bürgermeister eingeladen [...]“ Unter Berücksichtigung der finanziellen Probleme der Organisationen, die die Minderheit repräsentieren, heben einige Befragte ebenfalls die Bedeutung der finanziellen Unterstützung durch den ukrainischen Staat hervor:

„Die Ukraine hat hier ihre kostenlosen „Botschafter“ der ukrainischen Kultur, die sich für die Förderung der ukrainischen Identität interessieren. Es reicht, diese finanziell ein wenig zu unterstützen, so wie Polen seinen Bürgern im Ausland hilft.“

Die Beziehungen zwischen den ukrainischen Vertretungen und dem Bund der Ukrainer gestalten sich unterschiedlich. Denn sehr viel hängt von den Kompetenzen und dem Engagement einzelner Personen ab. Im Zuge der Interviews tauchten sowohl positive als auch negative Aussagen in Hinblick auf die ukrainischen Vertretungen und ihre offiziellen Vertreter in Polen auf. Die Arbeit der ukrainischen Botschaft und der Konsulate in einer Region wird jeweils ähnlich bewertet, die Beurteilungen variieren je nach Region. Ein Angehöriger der Minderheit in der Wojewodschaft Ermland-Masuren merkt an: „Manchmal können wir mit Hilfe des Konsulats Kontakte zu Gouverneuren in der Ukraine herstellen, zum Beispiel für die Organisation von Theatergruppenfahrten – ob aus Wolyn oder aus Lemberg. Mehrheitlich arbeiten wir jedoch allein.“ Einer der Aktivisten erklärt die Lage des Honorarkonsulats in Breslau: „[...] Im Vergleich zum Konsulat in Warschau arbeitet das Konsulat in Breslau problemloser, es fehlt jedoch an Mitarbeitern.“

Nach dem Euromajdan verbesserten sich die Beziehungen der einzelnen Migrantorganisationen zur ukrainischen Botschaft. Gemeinsame Veranstaltungen zur Unterstützung der ukrainischen Gemeinschaft sind nun keine Seltenheit mehr. Aus den Gesprächen mit Vertretern der ukrainischen Botschaft geht hervor, dass sie offen dafür ist, unterschiedliche Gruppen zum Ziel gemeinsamer Initiativen zu verbinden. Bis heute mühen sich die Vertreter der ukrainischen Regierung jedoch mit einer negativen Einstellung der ukrainischen Bürger gegenüber deren Institutionen ab. Die Ereignisse des Euromajdan hatten nur in geringem Maße Einfluss auf den Ruf der Botschaft als Ort, der sich offen für seine Bürger zeigt.

Der Euromajdan hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit sowohl mit der Regierung als auch mit polnischen Bürgern in vielen Regionen gut funktioniert. In Breslau betonten Vertreter der ukrainischen Migranten die Hilfsbereitschaft der städtischen Regierung. Diese hat im Zuge des Euromajdan einen Ort für Treffen zur Verfügung gestellt und Kontakte zu Personen angeboten, die den ukrainischen Bürgern helfen könnten. Auch die Zusammenarbeit verschiedener ukrainischer Gruppen in Przemyśl ist den Aussagen der Engagierten zufolge vielversprechend:

„Ich weiß nicht, wie es anderswo ist, aber bei uns funktioniert das sehr gut. Jeder, der die Kraft hat, wird aktiv und stellt einen Antrag auf finanzielle Zuschüsse. Jeder kennt auch seine Rolle und weiß, in welchem Rahmen er sich bewegen kann und was seine Stärken sind. Wir versuchen, uns nicht im Weg zu stehen, sondern unsere Aktivitäten gegenseitig zu unterstützen. Dann ist das viel effektiver.“

In Rzeszów wiederum zeigte die Bibliothek der Wojewodschaft und der Stadt großes Engagement bei der Unterstützung der ukrainischen Gemeinschaft in der Stadt und ihrer Umgebung.

Der Euromajdan trug nicht nur dazu bei, die Vernetzung innerhalb der ukrainischen Gemeinden zu stärken. Vielmehr zeigten sich die ukrainischen Bürger immer offener für die Zusammenarbeit sowohl mit der lokalen Regierung als auch mit polnischen Bürgern in verschiedenen Regionen des Landes. Das Potenzial der Zusammenarbeit mit den Behörden kann jedoch erst dann voll ausgeschöpft werden, wenn die unterschiedlichen ukrainischen Gruppen in Polen und auch darüber hinaus vertieft zusammenarbeiten.

Gründe für die fehlende Vernetzung mit Akteuren außerhalb Polens

Die durchgeführten Interviews liefern Informationen hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Organisationen, die die ukrainische Gemeinschaft in Polen repräsentieren, und Akteuren, die außerhalb des Landes aktiv sind. **Im Zuge des Euromajdan traten einige Nichtregierungsorganisationen und von Migranten gegründete Initiativen in Kontakt mit Akteuren, die in der Ukraine nach ähnlichen Prinzipien arbeiten. Diese Zusammenarbeit beruhte oft auf früheren gemeinsamen Aktivitäten in Polen.**

Die Minderheit trägt zur Demokratisierung ihres Heimatlandes bei, indem sie bewährte Praktiken und die eigenen Erfahrungen aus der Zeit des Transformationsprozesses in Polen weitergibt. „Unsere Initiative beruht auf der Zusammenarbeit zwischen lokalen Selbstverwaltungen. Heute findet eine vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Rówieńszczyzna und der Wojewodschaft Ermland-Masuren statt“, erklärt ein Angehöriger der ukrainischen Minderheit aus dem Norden Polens.

Die Angehörigen der Minderheit haben keine Sprachbarrieren, besitzen aber die Erfahrung der demokratischen Transformation in Polen sowie gute Kenntnisse über die sozioökonomische Situation in verschiedenen Regionen der Ukraine. Sie sehen dadurch in ihrer Arbeit einen Mehrwert gegenüber der Hilfe, die von der polnischen Regierung geleistet wird. Aufgrund der zweifelhaften Glaubwürdigkeit einiger ukrainischer Partner bevorzugen es die Angehörigen der Minderheit jedoch, ihre Projekte in Polen umzusetzen anstatt sie in der Ukraine selbst durchzuführen. Ein Aktivist erwähnt die negativen Erfahrungen mit ukrainischen Organisationen während des Euromajdan:

„[...] Wir wollten helfen. Sie haben eine große Anzahl an Flyern mitgebracht. Aber der Kontakt ist abgebrochen. Für mich war es schon verdächtig, in welchen Autos sie ankamen... BMWs, wie wir sie im Leben noch nie gesehen haben. Gut, dass wir doch kein Geld gesammelt haben.“

Die ukrainische Minderheit möchte die Kontrolle über die Gestaltung und Umsetzung ihrer Initiativen haben. Daher präferieren ihre Vertreter Projekte, die darauf beruhen, Wissen und Erfahrungen in Polen weiterzugeben (Studienfahrten, Austauschfahrten). Diese Herangehensweise steht jedoch Besuchen ukrainischer Orte durch Angehörige der Minderheit nicht entgegen. Bei ihren Besuchen verfolgt

die Minderheit das Ziel, die Zusammenarbeit mit Akteuren in der Ukraine zu stärken und bewährte Praktiken weiterzugeben. In den Interviews mit Angehörigen der Minderheit taucht auch die Frage nach der Reform lokaler Selbstverwaltungen auf. Von dieser hänge in besonderem Maße der Erfolg der Umbrüche in der Ukraine ab: „[...] Die da oben zu belehren hat keinen Sinn. Wenn die unten sehen, was sie können, dann ändern sie die dort oben. Denn die Führungselite findet immer einen Ausweg.“

Weiterhin organisiert die ukrainische Minderheit Jugendaustauschprogramme. Diese ermöglichen es Kindern (insbesondere aus den zentralen und östlichen Regionen der Ukraine) nach Polen zu reisen, um die europäische Kultur und die europäischen Werte kennenzulernen. Manche dieser Aktivitäten werden von ukrainischen Organisationen und Bildungsstätten gefördert.

Auch wenn der Bund der Ukrainer in Polen Mitglied internationaler Netzwerke ist (Weltkongress der Ukrainer, Europäischer Kongress der Ukrainer, Ukrainischer Welt-Koordinationsrat), erwähnten die Befragten dies in den Interviews nicht. Darüber hinaus liefern uns die Interviews keine Informationen über die Zusammenarbeit der ukrainischen Minderheit mit Akteuren, die außerhalb von Polen und der Ukraine ansässig sind.

Die Ergebnisse des Engagements und die Erwartungen gegenüber der Politik

Der Einfluss des Euromajdan auf die Entstehung von Migrantennetzwerken im Internet

Die Ergebnisse der Interviews bestätigen die folgende These weitgehend: **Die heutigen Kommunikationsmöglichkeiten besitzen das Potenzial, das Problem des verschwindenden (oder auch fehlenden) Sozialkapitals teilweise zu lösen.** Die Entstehung von Migrantennetzwerken im Internet hängt vor allem damit zusammen, dass die ukrainische Gemeinschaft soziale Medien immer aktiver nutzt: Zum Informationsaustausch (zum Beispiel über zahlreiche Facebook-Gruppen), zur Vernetzung sowie zur Gründung von Initiativen und deren interner Kommunikation. Der Aufbau von Online-Netzwerken trägt zur Entwicklung des Sozialkapitals ukrainischer Migranten bei. Dies kann sich als wichtige Voraussetzung für ihre effektive Beteiligung am öffentlichen

Leben in Polen herausstellen und in der Zukunft eine bessere Integration bewirken. Die erhöhte zivilgesellschaftliche Aktivität der Migranten kann ebenfalls zur Entwicklung des Heimatlandes beitragen. Dies gilt sowohl für die Zeit ihres Aufenthalts im Ausland als auch für die Zeit nach ihrer Rückkehr.

Die Rolle des Euromajdan bei der Überwindung von Stereotypen gegenüber ukrainischen Bürgern

Der Euromajdan hat das Bild polnischer Bürger gegenüber Ukrainern verändert. Er verhalf der ukrainischen Gemeinschaft zum einen dazu, aus „dem Schatten zu treten“. Zum anderen führte er dazu, dass die polnische und ukrainische Gesellschaft für einige Monate eng zusammenrückten. Aufgrund der Untersuchungen lässt sich nicht feststellen, inwiefern Stereotype in der polnischen Gesellschaft im Zuge des Euromajdan überwunden wurden. Mit Sicherheit hat jedoch die große Mobilisierung der ukrainischen Gesellschaft deren Präsenz in der polnischen Öffentlichkeit gestärkt. Der Euromajdan hat außerdem in vielen Fällen die Interaktivität zwischen den benachbarten Gesellschaften erhöht. Das wiederum ermöglichte es den Ukrainern, für Projekte zu werben, die der Entwicklung ihres Heimatlandes und der Repräsentation ihrer Kultur und Traditionen dienen. Infolge des Euromajdan nutzten viele Angehörige der ukrainischen Gemeinschaft in Polen die Chance, ihre eigene Identität und ihre Rolle in der polnischen Gesellschaft besser zu verstehen.

Der Euromajdan und die Institutionalisierung der Zivilgesellschaft

Der Euromajdan hat auf die Institutionalisierung der ukrainischen Zivilgesellschaft in Polen hingewirkt. Die Initiative „Euromajdan Warszawa“ ist ein gutes Beispiel für die gelungene Institutionalisierung eines Projekts, das für die ukrainischen Migranten von Bedeutung ist. Zu Beginn wurde ein Bürgerkomitee gegründet, welches später als Organisationskomitee funktionierte. Schließlich wurde dieses in eine Stiftung umgewandelt, die auch nach Beendigung der Protestbewegung des Euromajdan ein aktiver Akteur im polnischen Non-Profit-Sektor blieb. Die Geschichte der Stiftung „Euromajdan Warszawa“ zeigt, wie informelle Bürgerbewegungen der ukrainischen Gemeinschaft in Polen potenziell

institutionalisiert werden können. Wie die Erfahrungen aus der Zeit der polnischen Transformation zeigen, ist der Formalisierungsprozess zivilgesellschaftlicher Aktivität ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Zivilgesellschaft.¹⁸

Der Euromajdan und die Trennlinien innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft in Polen: Die ukrainische Minderheit

Die ukrainische Minderheit in Polen stellt eine relativ homogene Gruppe dar. In einen Dialog mit anderen Akteuren tritt diese hauptsächlich über den Bund der Ukrainer, der in verschiedenen Regionen Polens vertreten ist. Das Umfeld, in dem die Minderheit agiert, kann als formell bezeichnet werden. Die durchgeführten Interviews haben jedoch gezeigt, dass die Institutionalisierung der Strukturen sich nicht automatisch auf die Effektivität des Engagements auswirkt. Die ukrainische Minderheit steht derzeit hinsichtlich ihrer Struktur vor großen Herausforderungen. Diese bestehen darin, dass es an ausreichender Unterstützung für die Tätigkeiten fehlt, und junge Menschen in die Aktivitäten der Minderheit einzubinden.

Die schwierige finanzielle Situation beschreibt ein Angehöriger der Minderheit aus der Dreistadt: „Hier werden keine Stellen finanziert; alles ist ehrenamtliche Arbeit. Schade also um die Personen, die die Zeit und Kompetenzen hätten, hier ganz systematische Arbeit zu leisten.“ Ein Angehöriger der Minderheit in der Wojewodschaft Ermland-Masuren erklärt die Situation der Bezuschussung in seiner Region: „Heute arbeitet das ukrainische Theater mit dem polnischen zusammen [...], was auch für unsere Organisation vorteilhaft ist. Denn das entlastet in gewisser Weise unser Budget, das es im Prinzip nicht gibt [...]. Unsere Arbeit beruht hauptsächlich darauf, für verschiedene Projekte Anträge auf Bezuschussung aus den EU-Fonds zu stellen.“ Als Lösung für diese Situation schlägt einer der Gesprächspartner vor: „[...] Wir brauchen unsere Business-Strukturen, um unabhängiger in Hinblick auf unsere Zukunft zu sein. Die finanzielle Unabhängigkeit würde uns eine stärkere Entwicklung und Beständigkeit garantieren. In Kanada oder Amerika mussten Angehörige der Minderheit selbst ihre Genossenschaft,

18 P. Gliński, *Developing the Third Sector as a Vehicle of Civil Society in Poland* [in Vorbereitung].

Läden gründen, damit sie dann mit diesen die kulturellen Tätigkeiten unterstützen können.“

Außerdem kommt hinzu, wie aus den Aussagen der Befragten hervorgeht, dass es an einer effektiven Verteilung der staatlichen finanziellen Mittel zur Unterstützung der Minderheit fehlt, unter anderem zwischen Warschau und den regionalen Vertretungen des Bundes der Ukrainer. Ein Vertreter der Minderheit bestätigt: „[...] Das Problem liegt in der Kostenverteilung. Denn wenn wir wenigstens einen Teil zur Verfügung hätten, würde das Geld für alles reichen.“ Diese Geldfrage kann zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bund der Ukrainer und der polnischen Regierung führen¹⁹, aber ebenso zu Unstimmigkeiten innerhalb der Organisation.

Die Notwendigkeit, die Jugend einzubinden, ist ein weiterer wichtiger Aspekt, der von den Angehörigen der ukrainischen Minderheit betont wird. In Polen ist eine neue Generation aufgewachsen (die Mitglieder der sehr beliebten Band „Enej“ etwa sind hierfür ein passendes Beispiel):

„[...] Eine Jugend ohne Minderwertigkeitsgefühle, stolz, dass sie Ukrainer sind und zur nicht-polnischen Gemeinschaft gehören. Sie fühlen sich nicht wie wir als Bürger zweiter Klasse, sondern sind sich ganz im Gegenteil ihres Mehrwerts bewusst - Kultur, Sprache, zusätzliche Möglichkeiten.“

Es ziehen jedoch immer mehr junge Menschen in große Ballungszentren, wo sie sich schnell assimilieren. Darüber hinaus taucht im Fall der jungen Generation der ukrainischen Minderheit die zusätzliche Herausforderung auf, die eigene Lebenssituation zu stabilisieren. Eine der Befragten beschreibt dieses Phänomen auf folgende Weise: „[...] Die Jugend hat heute eine andere Weltanschauung. Sie möchte Geld im Leben verdienen. Mich fragen meine Kinder: „Mama, warum steckst Du so viel Arbeit in etwas, das sich nicht lohnt?“. Wenn jemand also Arbeit hat und gut verdient, kann er es sich erlauben, ehrenamtlich zu arbeiten. Denn sonst geht das heute nicht mehr.“ Angehörige der Minderheit sehen derzeit noch keinen Ausweg aus der gegebenen Situation:

¹⁹ Die Befragten weisen auf den Einfluss hin, den die politische Situation auf die Verfügbarkeit der Fonds für ihre Tätigkeiten hat. Die Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung habe sich zwar in der Vergangenheit relativ gut gestaltet. Die fehlende Vorhersehbarkeit der politischen Situation im Rahmen der europäischen Flüchtlingskrise und der Situation in der Ukraine kann jedoch zu Änderungen in der polnischen Gesetzgebung führen. Im Oktober 2015 sprach Präsident Andrzej Duda sein Veto gegenüber einer Gesetzesänderung aus, die die nationalen und ethnischen Minderheiten sowie Dialekte betrifft. Diese Entscheidung rief negative Reaktionen seitens der Angehörigen der Minderheit in Polen hervor und machte deutlich, dass es zu einem möglichen Konflikt zwischen Gruppen der Minderheit und der polnischen Regierung kommen könnte.

„Uns ist bewusst, dass junge Menschen Geld zum Leben verdienen müssen und es schwer für sie ist, Zeit zu finden, um sich grenzenlos für eine ehrenamtliche Arbeit zu engagieren, die viel Hingabe erfordert. Daher ist es leichter, sich mit ein paar Leuten zusammenzutun und zu singen oder zu einem Festival zu fahren, als sich täglich um die Organisation des zivilgesellschaftlichen Lebens zu kümmern.“

Engagierte junge Menschen können ihr Potenzial nicht immer im Rahmen bestehender Strukturen entfalten. Denn in der Praxis melden sich meist Vertreter der älteren Generation zu Wort und geben die Richtung der Aktivitäten der Organisation vor. Ein junger Aktivist des Bundes der Ukrainer bedauert den fehlenden Dialog innerhalb der Minderheit: „Der fehlende Dialog ist ein ernstes Problem [...]. Reden, reden und nochmals miteinander reden. Das ist die Grundlage.“ Der Umstand, dass kein Dialog zustande kommt, zwingt die jungen Menschen dazu, sich alternative Wege zu suchen, um sich gesellschaftlich zu engagieren. Dazu zählen auch informelle Initiativen, die außerhalb der Strukturen des Bundes der Ukrainer tätig sind. So entfernt sich die ukrainische Gemeinschaft noch weiter von einer Konsolidierung.

In Polen besteht der Bedarf einer effektiveren Zusammenarbeit zwischen ukrainischen Migranten und Angehörigen der Minderheit. Der Euromajdan hat zwar dazu geführt, dass sich die verschiedenen engagierten Gruppen untereinander besser kennengelernt haben. Die Unterschiede zwischen ihnen haben sich jedoch nur wenig verringert. Für die Angehörigen der Minderheit ist der Zuwachs an neuen Migranten ein ernstes Problem: „Das Problem besteht darin, dass es weitaus mehr neu hergekommene Ukrainer als polnische Ukrainer gibt.“ Die Angehörigen der Minderheit sind besorgt über die schnelle Assimilierung einiger „neuer Immigranten“ aus der Ukraine: „[...] Manche Familien der ersten Generation wollen Polen werden. Am meisten ärgert uns [die Minderheit – Anm. der Autoren], dass sie sich nicht aktiv in unsere Strukturen einbringen wollen, obwohl wir auf ihre Hilfe zählen.“

Der Euromajdan und die Trennlinien innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft in Polen: Die Migranten

Auch die ukrainischen Migranten stehen vor großen Herausforderungen. Dazu zählt zum einen die Notwendigkeit der Festigung der eigenen Gemeinschaft, um mit der polnischen Regierung

und Zivilgesellschaft einen effektiveren Dialog zu führen. Zum anderen **müssen bereits bestehende Initiativen institutionalisiert werden, um dauerhaft tätig sein zu können.**²⁰ Charakteristisch für das Umfeld der ukrainischen Migranten ist eine hohe Aktivität, insbesondere auf kultureller Ebene. Diese Aktivität zeigt sich in unterschiedlichen Formen. Viele Projekte werden individuell umgesetzt, ohne finanzielle oder institutionelle Unterstützung von Akteuren wie der ukrainischen Botschaft, des Bundes der Ukrainer in Polen oder Vertretern der polnischen Behörden. Es fehlt an einer dauerhaften Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren, die die ukrainische Gemeinschaft in Polen repräsentieren. Dies verringert die Effektivität der Aktivitäten. Der nächste Schritt für die Migranten sollte die Institutionalisierung ihrer Tätigkeiten sein. Der Erfolg und der Umfang des Engagements ukrainischer Migranten hängen zudem von der Stabilität ihres Aufenthalts in Polen ab. Eine weitere wichtige Aufgabe für die Migranten ist die Weiterführung des Dialogs zwischen jungen Menschen (Studierenden) und Wirtschaftsmigranten. Durch den Dialog zwischen unterschiedlichen engagierten Gruppen und die aktive Beteiligung junger Menschen könnten die Fundamente gelegt werden für eine gut funktionierende ukrainische Zivilgesellschaft in Polen.

Die veränderte Rolle der Kirche während und nach dem Euromajdan

Die Euromajdan-Protestbewegung hat die bedeutende Rolle religiöser Institutionen für die ukrainische Gemeinschaft bestätigt. Die merkliche Präsenz der Kirchen während der Protestbewegung erklären die Befragten in drei Argumentationslinien. Erstens habe die ukrainische Gemeinschaft bis heute ein großes Problem damit, Führungspersonen aus dem eigenen Umfeld aufzustellen. Daher „kümmerte sich“ die Kirche häufig um einzelne Initiativen. Zweitens trügen die Kirchen zur gesellschaftlichen Legitimierung von Aktivitäten bei. Die Kirche hat jahrelang erfolgreich das Vertrauen der Gemeinschaft in die religiösen Institutionen aufgebaut. Projekte zur Unterstützung der Ukrainer, die unter Schirmherrschaft der Kirchengemeinde durchgeführt werden,

²⁰ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen die Autoren der folgenden Publikation: Z. Skalych/A. Kornychuk, Narodziny homo europaeus. Analiza wybranych praktyk partycypacji społecznej obywateli Ukrainy w Polsce [Die Geburt des homo europaeus. Analyse von ausgewählten Praktika der zivilgesellschaftlichen Partizipation ukrainischer Bürger in Polen], Kwartalnik Trzeci Sektor Nr. 35, 2015.

erhalten daher größere Zustimmung und werden schneller von den Ukrainern akzeptiert. Drittens hätten die Ereignisse rund um den Euromajdan die Effektivität der Hilfeleistungen der Kirche und ihrer dynamisch agierenden Strukturen verdeutlicht. Ein Kirchenvertreter beschreibt den Prozess der effektiven Zusammenarbeit mit den Strukturen der griechisch-katholischen Kirche folgendermaßen:

„Es hat nicht jede Kirche für sich Sammelaktionen organisiert. Denn wir vereinen all unsere Kraft und spenden an die Caritas vor Ort. Und unsere Caritas nimmt dann die Zusammenarbeit auf und schickt den Transport in die Ukraine, indem sie mit dem lokalen Verein zusammenarbeitet.“

Wichtig ist es, die Rolle der Kirche gegenüber der ukrainischen Minderheit in Polen von ihrem Einfluss auf das Funktionieren der ukrainischen Minderheit zu unterscheiden. Hinsichtlich der Struktur der religiösen Institutionen (meist der griechisch-katholischen und der polnischen autokefalistisch-orthodoxen Kirche), die sich in Polen für die Ukrainer einsetzen, muss festgehalten werden: Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Konfessionen kann sowohl ein Integrationsfaktor sein, als auch desintegrierend auf die Mitglieder der ukrainischen Gemeinschaft wirken. Insbesondere die griechisch-katholische Kirche wird sehr oft mit der ukrainischen Identität gleichgesetzt, was im Rahmen der vorliegenden Untersuchung mehrfach deutlich wurde.

Die Gespräche mit Vertretern der ukrainischen Gemeinschaft in Polen haben eine Vielzahl an Herausforderungen offengelegt, vor denen Kirchenvertreter angesichts neuer Migrationswellen aus der Ukraine und einer erhöhten Aktivität der Zivilgesellschaft stehen. **Außer der seit Jahren bestehenden Unterschiede zwischen ihren Vertreter auf konfessioneller und theologischer Ebene steht die Kirche – ähnlich wie die Minderheit – vor der Herausforderung, junge Menschen umfassender einzubinden.** Der Pfarrer einer Gemeinde beschreibt die Herausforderung:

„[...] Junge Menschen sind dann religiös aktiv, wenn Du sie persönlich kennst oder sie Dich kennen [...]. Dann haben sie Vertrauen, die Distanz verringert sich. Oder dann, wenn sie sich auf die wichtigen Dinge im Leben vorbereiten – ich meine die Hochzeit.“

Die nicht nur religiöse Aktivität in den Reihen der Gemeinde hat einen Prozess der internen Evaluation initiiert: Ebenso bedeutend sind das weltliche Engagement der Kirchengemeinde sowie eine fortwährende Unterstützung der Mitglieder auch in Krisenzeiten. Ein Beispiel hierfür

ist die fehlende Zustimmung einer Gemeinde, eine Spendenaktion für kugelsichere Westen für Soldaten durchzuführen.²¹ Die Absage wurde aufgrund der Form der Unterstützung, die die Kirche als eine religiöse Institution leisten kann, erteilt. Diese kann nicht direkt in Zusammenhang mit der Unterstützung von Kriegshandlungen stehen. Die Beziehung der Kirche zu Ereignissen wie dem Euromajdan hat ein Vertreter der griechisch-katholischen Gemeinde zusammengefasst:

„Die Kirche konzentriert sich auf den gesellschaftlichen Aspekt. Der politische Aspekt wird auch berührt; er ist sichtbar. Aber es ist nicht so, dass sich die Kirche direkt an typisch politischen Aktionen beteiligt. Das überlässt sie eher den weltlichen Organisationen und kümmert sich um das, was im Sinne der Kirche ist.“

Derzeit besteht die größte Herausforderung für die Kirche darin, die Bedürfnisse der Migranten aus den zentralen und östlichen Regionen der Ukraine sowie aus den Kriegsgebieten zu erfüllen. Die Anzahl an Menschen orthodoxer Konfession erhöht sich stetig. Angesichts der sich verändernden Bedürfnisse der ukrainischen Gemeinschaft ist der Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Konfessionen umso notwendiger. Aussagen von Kirchenvertretern zeigen, dass die griechisch-katholische Kirche, zu der sich die meisten Ukrainer zugehörig fühlen, bemüht ist, trotz theologisch und institutionell bestehender Unterschiede Menschen anderer Glaubenskonfession die Hilfe nicht zu verweigern. Offen bleibt die Frage, wie sich die Unterstützung an Orten verändern könnte, an denen Personen orthodoxer Glaubenskonfession die Mehrheit stellen.

Die polnische Gesellschaft angesichts der Ereignisse in der Ukraine

Die Forschung zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der ukrainischen Gemeinschaft hat die Gelegenheit geboten, polnische Experten danach zu fragen, wie sie die Zukunft der Ukraine einschätzen. In den Interviews wird der emotionale Aspekt bei der Beurteilung der Ereignisse deutlich. Dieser zeigt sich vor allem in den sehr positiven Kommentaren der polnischen Befragten zur Bedeutung einer so großen Mobilisierung der Gesellschaft für die Demokratisierung der Ukraine und Veränderungen im Bewusstsein ihrer Bürger. Nichtsdestotrotz betonen die polnischen

21 Vertreter einer Gemeinde haben sich auf eine Stellungnahme der Kirche zu dieser Frage berufen. Die Stellungnahme wurde wiederum während eines überregionalen Treffens vereinbart.

Gesprächspartner, dass es wichtig ist, ein stabiles Sozialkapital der ukrainischen Gemeinschaft aufzubauen. Nach ihrer Meinung fehlt es dem Engagement auf unterster Ebene weiterhin an Systematik, weil Aktivitäten nicht regelmäßig durchgeführt werden.

Bei der Bewertung des Transformationsprozesses in der Ukraine macht den befragten Polen vor allem das geringe Vertrauen der ukrainischen Bürger in die Strukturen ihres Staates Sorgen. Ein Experte kommentiert das fehlende Interesse daran, eigene Ressourcen in den Aufbau des Landes zu investieren: „Das Problem ist, dass sie nichts für den Staat tun wollen und diesen nicht wertschätzen [...]. Familie, Frau, Business – das sind ihre Werte. Der Staat taucht nur in Parolen auf.“ Ein weiterer Befragter, der den Demokratisierungsprozess der Ukraine seit Jahren beobachtet, erklärt: „Wir [Polen - Anm. der Autoren] interessieren uns mehr für ihre Angelegenheiten als sie selbst.“

Nach dem Aufschwung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in der ukrainischen Bevölkerung folgt nun eine ruhigere Phase und die Rückkehr zur „passiven Reformierung“ des Staates. Dieses Phänomen wird in der polnischen Gesellschaft als „Ermüdung der Ukraine“ bezeichnet. Insbesondere unter denjenigen, die sich für das Thema interessieren, ist die Meinung verbreitet, dass die Polen die Reformen nicht für ihre Nachbarn durchführen können. Nach all den Jahren, in denen die polnische Gesellschaft in die Ukraine investiert und ihre Erfahrungen weitergegeben hat, möchten viele Polen Erfolge. Die Mobilisierung der Ukrainer während des Euromajdan hat einige notwendige, wenn auch langsame Reformprozesse angestoßen. Auf längere Sicht könnte das Interesse der polnischen Bevölkerung an der Ukraine jedoch abkühlen. Derzeit sind die Erwartungen der Polen immer noch hoch. Nach Meinung der Befragten ist es jetzt aber an den Ukrainern (auch an denen, die im Ausland leben), Initiative für den Aufbau ihres Landes zu zeigen.

Die Bedeutung des Euromajdan für die polnische Gesellschaft spiegelt sich darin wider, dass die Polen trotz der „Ermüdung der Ukraine“ weiterhin offen sind, ihre eigenen Erfahrungen zu teilen. Die polnischen Experten bestätigen die Bereitschaft, ihr Wissen in reformbedürftigen Bereichen zu teilen. Einer der polnischen Experten betont:

„[...] Wir sind den schweren Weg der Transformation gegangen und machen weiterhin Fehler, aus denen die Ukrainer lernen können. Auch wenn wir einiges nicht erreicht haben, haben wir wirklich viel gemacht. Und am einfachsten und günstigsten ist es, diese Erfahrungen auf die Ukraine zu übertragen.“

In Polen wird die Dezentralisierung der Ukraine immer noch als die drängendste Reform bezeichnet.



Zivilgesellschaftliches Engagement der Ukrainer in Deutschland

Selbst- und Fremdwahrnehmung der Engagierten

In diesem Abschnitt wird beschrieben, wie die Interviewten spezifische Charakteristika der Engagierten im Allgemeinen wahrnehmen. Es können jedoch keine allgemeingültigen Aussagen über Charakteristika (Alter, Geschlecht, Herkunft und so weiter) von für die Ukraine Engagierten getroffen werden. Daher wird die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Befragten analysiert. Außerdem soll gezeigt werden, welche Bedeutung die Interviewpartner den folgenden Kategorien für ihre Arbeit beimessen: Herkunft, Bildung, Alter, Geschlecht, Religion und Kirchen, Sprache und Identität. Die Analyse erfolgt unter besonderer Berücksichtigung von wahrgenommenen Trennlinien innerhalb dieser Kategorien und der Selbstverortung der Befragten. Werden von den Interviewten Gruppen innerhalb der Kategorien wahrgenommen, die sich zum Beispiel über die Religionszugehörigkeit oder über den Bildungsgrad definieren und gegebenenfalls voneinander abgrenzen?

In Bezug auf das Engagement von Mitgliedern der „diasporic community“ und der „alten Diaspora“ (siehe hierzu den Abschnitt „Zwischenfazit“) spielt in der Wahrnehmung der Befragten die geografische Herkunft innerhalb der Ukraine eine untergeordnete Rolle. Mehrere Interviewte beschreiben jedoch, dass diese vor dem Jahr 2013 durchaus eine Trennlinie zwischen Engagierten war:

„Also früher war die ukrainische Diaspora sehr geprägt [...] durch die Westukrainer, die sehr patriotisch und sehr organisiert sind. Und das wurde eben früher von Menschen aus der Zentral- und Ostukraine eher so ein bisschen mit Distanz betrachtet. [...] Und umgekehrt gab es sicherlich auch einige Vorbehalte auf Seiten der Westukrainer den anderen gegenüber.“

Gleichzeitig machen mehrere Engagierte deutlich, dass diese Trennlinie nach 2013 zunehmend verschwunden ist: „Das fiel ziemlich

in sich zusammen und man entdeckte eigentlich ziemlich rasant Gemeinsamkeiten.“ Vielmehr berichten mehrere Engagierte von einer stärkeren Wahrnehmung der eigenen ukrainischen Identität, die nicht mehr zwischen unterschiedlichen Herkunftsorten in der Ukraine unterscheidet:

„Nein, da war die Identitätsfrage was anderes, weil Identitätsfragen hatten die sich vorher gar nicht gestellt. [...] Es gab dieses ‚Ich bin Ukrainer‘ nicht! Und jetzt plötzlich die Frage: Ah, ich bin doch ein Ukrainer?“

Der Euromajdan und die Entwicklungen danach stellen ein konstitutives und inkludierendes Moment für die ukrainische Gemeinschaft in Deutschland dar. Entlang von Schlüsselmomenten wurde das Selbstbewusstsein vieler Engagierter als Ukrainer gestärkt. Sie nehmen sich zunehmend als Teil einer losen ukrainischen Gemeinschaft wahr. Laut den Interviewten wurden sich besonders viele junge Ukrainer in der „diasporic community“ ihrer ukrainischen Identität bewusst. Im Sinne einer Gemeinschaftsbildung spielt darüber hinaus die Positionierung gegenüber Russland eine wichtige Rolle. Hier findet eine Exklusion von Personen statt, die eine positive Einstellung gegenüber Russland äußern. In der Konsequenz stellt die negative Positionierung gegenüber Russland einen wesentlichen Faktor für die Zugehörigkeit in der ukrainischen Gemeinschaft dar.

Zudem äußern sich viele Befragte kritisch gegenüber den russischen Medien und der Propaganda. „Entlang der Präsenz [und Nutzung] der russischen Medien“ ist die Entstehung einer neuen Trennlinie innerhalb der Diaspora zu beobachten. Der Konsum russischer Medien wird von vielen Interviewten in direktem Zusammenhang mit der Einstellung gegenüber Russland gesehen.

Von mehreren Befragten wird außerdem die Verwendung der Sprachen mit einer Positionierung gegenüber Russland gleichgesetzt:

„Also ich sage auch, zu Zeiten der Krim-Annexion konnte ich Russisch nicht mehr hören. [...] Unglaublich, dass du die eigene Muttersprache, die du liebst, nicht hören kannst. [...] Weil für mich war die russische Sprache mit Lüge verbunden. Mit Lüge und Aggression. Es ist schrecklich. Und für mich ist dann Ukrainisch [zu] sprechen meine politische Stellung.“

In diesem Zitat wird eine zunehmende Politisierung der Sprache deutlich. **Die Verwendung der russischen oder ukrainischen Sprache hat in der Wahrnehmung der Engagierten einen starken Bedeutungszuwachs**

für die eigene und die politische Verortung anderer Engagierter erfahren.

Die ukrainische Sprache ist für einige ein identitätsstiftendes Element geworden. Russisch wird als „Sprache des Herrschers, Aggressors“ gesehen. Diese Wahrnehmung lässt sich sowohl in der „alten Diaspora“ als auch in der „diasporic community“ finden. Während vor 2013 „einige natürlich [...] nicht Ukrainisch [konnten], weil man das nicht gebraucht hätte, [wollen] aber jetzt mehr und mehr sprechen, wollen Ukrainisch sprechen.“ Auch befragte Ukrainer, deren Muttersprache Russisch ist, sagen aus, dass sie sich dazu entschieden haben, nur noch Ukrainisch zu sprechen. Damit positionieren sie sich über die Sprache in Abgrenzung zu Russland offensichtlich innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft.

In diesem Zusammenhang wird jedoch die zunehmende Stigmatisierung der russischen Sprache von einigen Befragten als problematisch beschrieben: „Und natürlich für manche ist das ein sehr großes Problem. Manche finden, dass wenn wir Russisch sprechen, dann sind wir gleich Putin oder Russland oder so. Das ist nicht normal, finden wir.“

Um dieser wahrgenommenen Problematik zu begegnen, versuchen einige der Engagierten bei Veranstaltungen, bewusst beiden Sprachen Raum zu geben. Diese Strategie ist vor allem bei kulturell Engagierten zu finden. Allerdings wird in diesem Kontext auch berichtet, dass bei mehrsprachigen Musik- oder Filmabenden, an denen neben ukrainisch- und russischsprachigen Ukrainern auch Russen teilnehmen, immer wieder Probleme auftreten, da vor allem russische Teilnehmer demonstrativ den Raum verlassen oder die Veranstaltung stören. Konflikte innerhalb der ukrainischen Diaspora werden zunehmend überlagert vom Konflikt mit Russland. Ob es sich hierbei um einen anhaltenden Effekt handelt, kann noch nicht festgestellt werden.

Experten berichten auch, dass die Religion für das Engagement eine untergeordnete Rolle spielt, was durch die Engagierten größtenteils bestätigt wird. Zwar heben sie hervor, dass die „meisten Ukrainer sich zur Religion bekennen“, die spezifische Religionszugehörigkeit habe dabei aber keinen Einfluss auf das Engagement. Auch befragte Geistliche, die sich im Rahmen ihrer Gemeindefarbeit engagieren, berichten, dass die Kooperation von Engagiertengruppen oftmals überkonfessionell funktioniert. Dennoch fungieren Geistliche oftmals als Ansprechpartner und unterstützen diverse Formen des Engagements. Obwohl die Religionszugehörigkeit keine große Rolle spielt, stellen vor allem die

ukrainischen und die griechisch-katholischen Kirchengemeinden einen wichtigen Bezugspunkt für die Vernetzung der Engagierten in Deutschland dar. Mehrere Interviewte berichten von dem Wunsch und von ersten Initiativen, in Deutschland eine stärkere orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats zu etablieren. Diese Entwicklung ist seit dem Euromajdan auch in der Ukraine zu beobachten. Sie richtet sich gegen die wahrgenommene Dominanz der russisch-orthodoxen Kirche.

Wie im Abschnitt „Vernetzung des Engagements“ ausführlicher beschrieben wird, fungiert die Kirche oftmals, auch in Ermangelung von Alternativen, als „Ukrainisches Haus“, in dem sich für die Ukraine Engagierte treffen und austauschen können:

„Das heißt nicht, dass jeder da unbedingt gläubig sein muss, aber das hat [sich] so schon herauskristallisiert, dass fast alle Ukrainer, die hier sind, die halbwegs aktiv [sind], die irgendwas machen, irgendwo arbeiten, sie gehen alle in diese Kirche.“

Neben Mitgliedern christlicher Kirchen engagieren sich auch viele jüdische Ukrainer in Deutschland:

„Also was wirklich sehr auffällt, ist, dass unheimlich viele jüdische Ukrainer sehr patriotisch sind und sich sehr, sehr stark [...] mit dem Land identifizieren. Also hier in [...] sind einige der Aktivsten jüdischer Herkunft.“

In diesem Kontext hebt ein jüdisches Mitglied der „diasporic community“ hervor, dass die jüdische Religion kein wesentlicher Faktor für sein Engagement ist: „Es gibt einfach eine jüdische Gemeinde in Deutschland, wo auch die Migranten aus der Ukraine Mitglieder sind. [...], aber die halten sich erstmal fern von den Problemen.“ Eine Selbstverortung in der „diasporic community“ findet an dieser Stelle nicht über Religionszugehörigkeit statt, sondern vielmehr über gemeinsame Werte und Ziele.

Entlang der Religionszugehörigkeit wird von Engagierten keine Trennlinie wahrgenommen, dennoch zeigt sich anhand der Religion ein anderer Unterschied. Mehrere Befragte berichten, dass die in dieser Studie als „alte Diaspora“ bezeichnete Gruppe sich oftmals durch eine stark traditionelle und religiöse Lebensweise auszeichnet:

„Mir [ist es] etwas schwierig, mit Leuten von [der] alten Diaspora [zu] kommunizieren. Also sie sind wirklich sehr interessant und meistens sehr nett, aber es ist mir manchmal ein bisschen leichter, mit Deutschen [zu]

kommunizieren als mit alten Ukrainern, die hier geboren sind. [Die sind ...] auch sehr religiös.“

Hier offenbart sich keine Trennlinie entlang der Religion beziehungsweise Religionsausübung, sondern vielmehr ein Generationsunterschied.

Obwohl ein Großteil der zum Thema Alter und Altersunterschiede in Bezug auf ihr Engagement befragten Interviewpartner aussagt, dass sich alle Altersstufen zivilgesellschaftlich betätigen, werden in der Wahrnehmung der Interviewten doch Unterschiede deutlich. Die Kategorie Alter spielt für viele Befragte eine Rolle in Bezug auf die Form, die Ziele und die Art und Weise des Engagements. Auch Experten heben hervor, dass sich die Formen des Engagements organisatorisch insbesondere zwischen älteren und jüngeren Ukrainern, das heißt der traditionellen „alten Diaspora“ und zum Beispiel in jüngerer Zeit als Studierende nach Deutschland gekommenen Ukrainern unterscheiden. Die Mehrheit der im Zuge dieses Forschungsprojekts Befragten ist eher einer „diasporic community“ zuzuordnen. Mehrere Befragte berichten, dass sich von den Ukrainern, die Teil der „alten Diaspora“ sind, „sehr viele im Bereich humanitäre Hilfe [engagieren ...]. Weil die Menschen das umsetzen können. Da engagieren sich sehr oft die älteren Ukrainer.“ Demgegenüber wird die jüngere Generation oftmals als wesentlich offensiver und aktiver beschrieben. Laut einiger Interviewpartner ist diese Generation eher geneigt, neue Formen des Engagements zu nutzen und ihre politische oder gesellschaftliche Position stärker nach außen zu präsentieren:

„Aber ich denke, dass eben durch die jüngere Generation sehr viel neue Ideen und neuer Schwung reinkam. Aktivitäten, die es vorher so nicht gegeben hat. [...] Also „ArtMaidan“ ist ein sehr interessantes Beispiel.“

Zwar engagiert sich auch der Großteil der Befragten in der „diasporic community“ im humanitären Bereich; gleichzeitig ist aber im begrenzten Rahmen dieser Studie eine zunehmende Hinwendung zu kulturellen oder informativen Aktivitäten zu erkennen. Ein Interviewter bestätigt die Beobachtung der Experten, dass unter den in diesen Bereichen jüngeren Aktiven viele Studierende oder Arbeitsmigranten sind. Diese seien „öfters bereit [...] für solches Engagement und versuchen auch mehr Zeit dafür zu finden und können sich damit zurechtfinden.“

Obwohl auch der Bildungsgrad laut mehrerer Interviewter keine Auswirkung auf die Bereitschaft hat, sich zu engagieren, wurde die Kategorie „Bildung“ in den Interviews doch immer wieder thematisiert. Es ist zu vermuten, dass der höhere Bildungsgrad vieler Befragter daraus resultiert, dass für die Interviews oftmals Ansprechpartner, Initiatoren oder Organisatoren der jeweiligen Initiativen kontaktiert wurden. Ob eine solche Position mit einem höheren Bildungsgrad korreliert, kann aber nicht abschließend beantwortet werden. Viele Befragte heben jedoch hervor, dass sie auf die gesamte Landschaft an Organisationen bezogen eine breite Streuung bezüglich des Bildungshintergrundes feststellen:

„Nein, die sind alle gemischt. Es liegt nicht, man kann die Menschen nicht unter Gruppen binden. Also die sind relativ gemischt. Es können nicht nur Studenten sein, sondern auch die alleinerziehende Mutter sein oder pensionierter [sic!] Rentner oder sogar Unternehmer oder Handwerker, also verschiedene Menschen.“

Dennoch ist der Bildungshintergrund in einzelnen betrachteten Initiativen durchaus ein verbindendes Element. Mehrere Engagierte geben an, dass sie in ihrem Ehrenamt einen dezidiert intellektuellen Ansatz verfolgen, zum Beispiel durch einen starken Fokus auf kulturelle, wissenschaftliche und informative Bereiche.

In mehreren Interviews wird das **starke Engagement von Studierenden als Initiatoren hervorgehoben**. Im Rahmen dieser Studie wurden mehrere Studierende und studierte Engagierte interviewt. Diese geben oftmals an, sich während ihres Studiums in der Ukraine oder in Deutschland erstmalig zivilgesellschaftlich engagiert zu haben. Insgesamt ist zu vermuten, dass Bildung bezüglich der Art und Weise des Engagements eine Rolle spielen kann.

Dagegen kann die Kategorie „Geschlecht“ vernachlässigt werden. Obwohl einige Interviewte die vage Vermutung äußern, dass sich mehr Frauen als Männer in den Initiativen engagieren, messen die meisten der Befragten auf Nachfrage dem Geschlecht keine Rolle bei.

Seit dem Euromajdan beobachten viele Befragte ein zunehmendes Gemeinschaftsgefühl als Ukrainer und einen damit verbundenen Patriotismus. Mehrere Interviewpartner betonen jedoch, dass sie diesen Patriotismus nicht als nationalistisch verstehen, sondern vielmehr als eine generelle Bereitschaft, sich für die Ukraine zu engagieren. Sie geben an, dass mehr Leute bereit sind, sich für die Ukraine zu engagieren. Dabei geht es nicht nur um eine politische Positionierung, sondern auch

um die Vermittlung der Kultur: „wenn man hier quasi ein Stück eigenes Land vertreten möchte oder auch ein Stück Kultur pflegen möchte, wenn man schon weiß, dass man hier auch den Wunsch hat, Arbeit zu finden und auch möglicherweise zu bleiben.“ Gleichzeitig wird mehrfach angesprochen, dass ein großer Teil der im Ausland lebenden Ukrainer wenig Bereitschaft zeigt, aktiv zu werden. Dies wird oftmals mit einem sowjetischen Sozialisierungshintergrund begründet. Besonders sei dies in älteren Generationen zu beobachten, weil „wie hart es klingt, die waren im Prinzip alle Homo-sovieticus, wir waren alle Menschen aus den [sic!] Sowjetunion.“ Auch sei bei den Engagierten ein oftmals starkes Konkurrenzdenken zu beobachten, was einige Befragte als spezifisch ukrainische „Mentalität“ bezeichnen. Diese spiegle sich vor allem im Unwillen vieler Engagierter wider, mit bereits existierenden Initiativen und Organisationen zusammenzuarbeiten. Dem entsprechend lässt sich zwar eine zunehmende Vernetzung zwischen den Organisationen beobachten, die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen nimmt laut den Interviewpartnern jedoch nicht im gleichen Maße zu.

Ein klarer Unterschied, der im Rahmen dieser Studie deutlich wurde, ist die Selbstverortung in einer „alten Diaspora“ oder einer jüngeren Gruppe, die sich in vielen Punkten von der „alten Diaspora“ abgrenzt. Diese wird oftmals geprägt von in jüngerer Zeit zugewanderten Arbeitsmigranten und Studierenden. Seit dem Euromajdan ist es durch ein zunehmendes zivilgesellschaftliches Engagement zu einer verstärkten Gemeinschaftsbildung gekommen. Diese wird von vielen Engagierten explizit gewünscht: „Also da machen wir ziemlich viel, weil wir wollen einfach, dass die Gemeinde einig wird, dass wir wirklich zu einer ukrainischen Gemeinde werden.“ Diese Gruppe ist breiter gefasst als die „alte Diaspora“, sie ist oftmals gut integriert, besser digital und international vernetzt.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Kategorien „Herkunft“ und „Religion“ für die persönliche Selbstverortung der Befragten wichtig sein können, für das Engagement in Deutschland spielen sie jedoch eine untergeordnete Rolle. Für die Selbstverortung als Ukrainer sind vielmehr das zivilgesellschaftliche Engagement an sich, die Positionierung gegenüber Russland und die Sprache bedeutend. Sprache als Teil der ukrainischen Kultur fungiert als identitätsstiftendes Element und gemeinsame kulturelle Basis einer neu entstehenden Gemeinschaft.

Werte, Motivation und Ziele des Engagements

Die Engagierten beschreiben, dass das Engagement auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen basiert, die mitunter als Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit empfunden werden: „[G]emeinsame Werte, das ist auf jeden Fall da, sonst wird das nicht funktionieren mit diesen Veranstaltungen, mit dem Engagement.“

Der gemeinsame Wille, Menschen in der Ukraine zu unterstützen und die dortigen Entwicklungen zu begleiten, wirkt verbindend. Der Großteil der Interviewpartner bezeichnet sich dabei als pro-ukrainisch und pro-europäisch. Bei der Eruierung gemeinsamer Werte innerhalb der Gruppen und Initiativen wird häufig auf den Euromajdan verwiesen:

„Also Majdan-Werte sind quasi die Werte, die wir auch teilen und führen. Das ist die Unabhängigkeit der Ukraine, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit. Demokratisierung der Gesellschaft. Aktivität der Gesellschaft. Gesellschaftliche Kontrolle über die Macht.“

Festzuhalten ist, dass politische Überzeugungen dieser Art sowohl von Engagierten vertreten werden, die vor November 2013 sich zu engagieren begonnen haben, als auch von solchen, die danach aktiv wurden. Diese Positionierungen wurden in den vergangenen Jahren verstärkt, so ein Interviewpartner. Gemein ist den Engagierten eine subjektiv-emotionale Verbindung mit den Ereignissen in der Ukraine. Es ist allerdings festzustellen, dass Werte auf einer relativ abstrakten Ebene bleiben und eine inhaltliche Konkretisierung beziehungsweise Diskussion nicht stattfindet. Die Interviewpartner merken zudem an, dass für die meisten Engagierten Euromajdan-Werte stark an europäischen Idealen orientiert sind und als anstrebenswert gelten:

„Wir haben der Majdan-Bewegung Glück gewünscht und [die] Daumen gedrückt, weil wir hier, die in Europa leben, wussten, dass es der einzige Weg für die Ukraine ist, aus der Perspektivlosigkeit rauszukommen.“

Generell steht die konkrete ehrenamtliche Tätigkeit im Vordergrund und einer Wertediskussion wird weniger Bedeutung zugesprochen.

Die Motivationen und die Ziele der Engagierten stützen sich auf die obengenannten Majdan-Werte und sind sehr vielfältig. Das Verbindende dabei ist die mangelnde Erfahrung im zivilgesellschaftlichen Bereich. Nur wenige in Deutschland lebende Ukrainer haben sich vorher in der Ukraine oder in Deutschland engagiert. Unterschiede aber auch Gemeinsamkeiten

kommen zwischen den neu entstandenen ukrainischen Initiativen beziehungsweise Organisationen und jenen zum Ausdruck, die bereits vor 2013 existierten.

Die älteren Formen des Engagements, die noch vor 2013 entstanden sind, zeichnen sich stärker durch kulturelles und humanitäres Engagement, aber auch durch die Suche nach einer ukrainischen Gemeinschaft aus. In diesem Zusammenhang wird oft die griechisch-katholische Kirche als einzige Plattform erwähnt, die häufig nicht nur als Religionsgemeinschaft diente, sondern auch als Treffpunkt (siehe die Abschnitte „Selbst und Fremdwahrnehmung der Engagierten“ und „Die Vernetzung des Engagements innerhalb der Diaspora“):

„[In unserer Stadt] war die Kirche der einzige Ort, wo sich Menschen treffen konnten. [...] Um 10 Uhr beginnt das [sic!] Gottesdienst und danach konnten die Menschen einen Kaffee trinken, weil es dort einen Raum gab. Und das war der einzige Ort.“

Vor November 2013 entstanden erste Facebook-Gruppen in der Absicht, eine Plattform zum Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung zu schaffen:

„Das erste Ziel war, Ukrainer in unserer Region zu vereinen. Das zweite bestand darin – und dazu kamen die Ukrainer der Facebook-Gruppe selbst – einander zu helfen, sich in die deutsche Gesellschaft besser zu integrieren, allgemeine Fragen zu lösen wie Wohnungs- und Arbeitssuche, Studien[an]gelegenheiten, Aufrechterhaltung der Verbindung zur Ukraine. Und diese Gruppe hat uns in diesen Fragen sehr geholfen.“

Auch die Gründung von Vereinen wird durch ähnliche Motive geleitet. Ein Interviewpartner beschreibt Gefühle eines Bekannten, der bei einem Spiel einer ukrainischen Fußballmannschaft in Deutschland anwesend war:

„[...] Er war so von der Menge [der Ukrainer] beeindruckt, dass er sagte, wir müssen diese Ukrainer irgendwo organisieren, die sind nirgendwo vertreten, nicht mal in der Kirche, nicht mal im Studentenverein oder anderen Vereinen [...]. Da haben wir diesen Verein gegründet.“

In diesem Kontext wird auch das Fehlen spezifischer auf die Ukraine bezogener Strukturen als Grund für das Engagement erwähnt:

„[...] Man konnte sich eher Osteuropa übergreifend engagieren, weil es vielleicht keinen Bedarf [...], weil es viele Organisationen gab, die sich mit russischsprachigen Migranten [...] beschäftigt haben. Und ich habe mich auch

in solchen Organisationen engagiert, aber auch versucht, etwas Ukrainisches zu gründen.“

Für kulturelle Organisationen in Deutschland stand der Versuch im Vordergrund, die eigene Geschichte, Sprache und Kultur zu pflegen und aufrechtzuerhalten:

„Die [...] Samstagsschule wurde in den 50er Jahren [...] organisiert. [...] Und da wurden allgemeine Sachen gelernt. [...] Also, das allgemeine Wissen über die Ukraine. Aber das war ein guter Zusammenhalt, weil da Freundschaften mit ukrainischen Kindern geknüpft wurden.“

Das Engagement vor dem Euromajdan war durch Motive und Ziele gekennzeichnet, Mitglieder der ukrainischen Diaspora zu vereinen, eigene Diaspora-Strukturen zu schaffen, Hilfe bei der Integration in die deutsche Gesellschaft zu leisten und kulturelle Veranstaltungen durchzuführen. Die Orangene Revolution als Auslöser für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wird in mehreren Interviews nur flüchtig erwähnt. Sie weckte das Interesse an der Ukraine und führte meist zu keinem langfristigen Engagement, sondern mehr zu spontanen kurzfristigen Aktionen. **Mit dem Euromajdan kam es allerdings zu einer Wende im Engagement der ukrainischen Diaspora. Es entstanden zahlreiche Initiativen und Organisationen, die in verschiedenen Bereichen tätig sind.** Während vorher die Vereinigung der Ukrainer im Vordergrund stand, rückten mit dem Euromajdan andere Tätigkeitsbereiche in den Vordergrund: politisches Engagement, humanitäre Hilfe, die Verbreitung von Informationen über die aktuelle politische Lage und nicht zuletzt der Zugang zur deutschen Bevölkerung, um sie einzubeziehen (siehe den Abschnitt „Formen und Arten des Engagements“).

Eines der Motive bestand darin, die Euromajdan-Bewegung zu unterstützen, da die Engagierten deren Werte teilen. Dazu kam die persönliche Betroffenheit durch die Ereignisse in der Ukraine, die die in Deutschland lebenden Ukrainer zu ehrenamtlichem Engagement angespornt hat:

„Man hat sich große Sorgen um die Ukraine gemacht, wie es weitergeht. Wie geht es mit den Leuten auf dem Majdan weiter? Man hatte dieses Gefühl, man würde gerne da irgendwie mitmachen aber man wohnt hier, aber man wollte trotzdem diese Leute unterstützen. Das war ein Grund, dass man aus persönlichem Gefühl das mitmachen wollte.“

Die Eskalation der Gewalt auf dem Majdan löste eine Welle humanitärer Hilfe aus, bei der spontan Geld- und Sachspenden gesammelt wurden, um die Demonstrierenden auf dem Majdan zu unterstützen: „Da haben wir schon begonnen, die Geldmittel zu sammeln, auch schon für die Majdan-Leute, für die Medikamente.“

Das politische Engagement zeichnete sich insbesondere während des Euromajdan durch zahlreiche Solidaritätsdemonstrationen aus, bei denen das Ziel verfolgt wurde, sich Gehör für die Ereignisse bei der deutschen Bevölkerung zu verschaffen. In diesem Zusammenhang werden die mangelhaften Kenntnisse über die Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit als einer der Auslöser für das Engagement erwähnt. Auch das Gefühl, dass die deutsche Bevölkerung die Ukraine mit Russland gleichsetzt, wird als Grund für das eigene Engagement genannt (siehe dazu den Abschnitt „Herausforderungen des Engagements“):

„Es gibt auch viele, die gar keine Ahnung haben, dass es so ein Land gibt; wo das überhaupt liegt oder ‚Das ist alles Russland oder so‘. Man will den Unterschied natürlich erklären und zeigen.“

„[...] Man glaubte, dass man [mit Demonstrationen] wahrscheinlich auch was bewirken kann, auch politisch. Die Deutschen, wir wissen ja, wie stark die russische Propaganda ist und dass man mit solchen Aktionen halt, einen anderen Blickwinkel für die Deutschen öffnen könnte, dass es auch Ukrainer gibt, die aktiv sind, die sich um ihr Land kümmern und sich Sorgen machen.“

Zur Erreichung des Ziels der Wahrnehmung der Ukraine durch die deutsche Gesellschaft wird aktiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben und der Dialog gesucht. Dabei sollen der deutschen Öffentlichkeit differenzierte und multiperspektivische Informationen abseits der deutschen, ukrainischen und russischen Massenmedien zu aktuellen Entwicklungen geliefert werden, um dabei das „Image der Ukraine zu verbessern, die Stimme der Ukrainer hörbar zu machen.“ Dafür werden Engagierte journalistisch aktiv. Einige Mitglieder der ukrainischen Diaspora begannen informationellen Widerstand zu leisten, indem Gruppen von Übersetzern oder Informationsportale, die Newsletter verschickten, gegründet wurden: „In dieser Zeit haben wir versucht, mit Newslettern, mit Pressemitteilungen [...] ein bisschen was zu machen. Wir sind [...] eine Anlaufstelle für die Presse geworden“. Durch den intensiven Einblick in beide Länder sehen sie sich in einer Art Vermittlerrolle zwischen der Ukraine und Deutschland.

In diesem Zusammenhang ist eines der Ziele, die als verzerrt wahrgenommene Darstellung der Ereignisse in der Ukraine durch deutsche Medien zu korrigieren, weil sich die Ukrainer angegriffen fühlen: „Also immer [...] das Thema Rechtsextremismus, das hat uns tatsächlich schon wehgetan.“ Auch die fehlende Präsenz ukrainischer Stimmen in deutschen Talkshows wurde kritisiert, was wiederum zum Anlass wurde, sich zu engagieren.

Als weiteres Motiv wird häufig das unzureichende Engagement der Ukraine im Bereich der „Public Diplomacy“ hervorgehoben, was unter den Engagierten das Gefühl weckt, der eigenen Identität beraubt worden zu sein:

„Also Russland investiert wirklich sehr viel Geld und Kraft und Energie, um sein Image im Ausland voranzutreiben. Die Ukraine macht das nicht. Und deswegen ist die Ukraine hier unbekannt. Und deswegen werden auch wir Ukrainer nicht wahrgenommen.“

Zusätzlich zu dem Motiv der Aufklärung und Information der deutschen Öffentlichkeit entstand ein weiteres im Zuge der Entwicklungen im Osten der Ukraine. Der Krieg dort zeigte, dass sich die ukrainische Armee in einem desolaten Zustand befand:

„Die Armee hatte ja gar nichts überhaupt. [...] die Familie [musste] zum Teil alle seine Sachen selbst kaufen. Also seine Uniform, seine Schutzweste, also solche Sachen [...], nicht jeder kann sich das leisten und dann gibt es Aufrufe zur Hilfe. [...] Und manchmal [gab es] halt nur für zehn Kämpfer eine Schutzweste.“

Der Wunsch, der Armee zu helfen, wird einerseits dadurch erklärt, dass einige Aktive Bekannte an der Front haben, andererseits aber dadurch, dass viele sich mit der Ukraine als Heimat identifizieren oder der Ukraine zugehörig fühlen. Dies spiegelt sich in Beschreibungen der Ukraine als „Heimatland“ wider: „Wir sammelten hier Spenden und kauften alle notwendigen Sachen und schickten das alles unseren Freunden, die unser Heimatland verteidigen“. Auch die mit Blick auf die Armee verwendeten Begriffe zeigen dies. So wird zum Beispiel selten das Wort „Soldaten“ verwendet, sondern von „Freunden“ oder „Jungs“ gesprochen: „Dann begann es mit dem Sammeln von allem Möglichen. Alles, alles, dass die Jungs was auf den Füßen haben, dass die Hemden, Hosen, Gürtel haben.“

Die Identifikation mit der Ukraine als Heimat oder ein Zugehörigkeitsgefühl zur Ukraine ist häufig ein leitendes Motiv für unterschiedliche Formen des Engagements:

„Und natürlich du identifizierst dich stärker als Ukrainer und alles, was dein Land betrifft spürt man hier viel stärker als wenn du vor Ort bist. Deswegen wahrscheinlich bewegt mich das besonders, den Menschen zu helfen, auch die Situation zu verbessern.“

Den Angaben der Interviewpartner ist zu entnehmen, dass neben Ukrainern auch Deutsche eine kleine Gruppe der Engagierten stellen, die sich durch ihre ukrainischen Bekannten oder Ehefrauen zu engagieren begannen. Der persönliche Kontakt und die Erfahrung mit dem Land spielt dabei eine ausschlaggebende Rolle für den Beginn des Engagements.

Auch eine bereits vorhandene verwandtschaftliche Verbindung zur Ukraine ist oft Beweggrund für das Engagement:

„Ich bin Wolgadeutscher. Ich kam mit meiner ganzen Familie aus Sibirien. Aber meine Mutter ist Ukrainerin und ein Teil von meinen Verwandten sind alle Ukrainer. Die wurden mal von Stalin nach Sibirien deportiert, deswegen die ganze Geschichte von Ukrainern. [...] Ich bin dann zweisprachig oder dreisprachig zuhause aufgewachsen. [...] Aber dadurch habe ich die ganze ukrainische Geschichte; da habe ich natürlich das alles mitbekommen [...].“

Der Wandel von Motiven und Beweggründen vor und nach dem Euromajdan ist möglicherweise dadurch zu erklären, dass die Engagierten einer neuen Generation angehören, die in der unabhängigen Ukraine aufgewachsen ist, die sich zur Ukraine als Heimatland bekennt und die die ehemalige sowjetische Republik nur aus Büchern kennt. Diese Generation ist heute 25 bis 30 Jahre alt und beginnt, sich für die Ukraine einzusetzen. Ein wichtiger Anstoß zum Engagement waren jedoch fraglos die Ereignisse auf dem Majdan in Kiew. Auch der ukrainisch-russische Konflikt hat eine katalytische Wirkung auf das Engagement. Durch diesen wurde das Gefühl der Zugehörigkeit zur Ukraine noch stärker und Mitglieder der ukrainischen Diaspora, unabhängig von ihrem Alter und der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland, wurden in eine Verteidigungsposition gezwungen. Dabei spielt auch der gesellschaftliche Kontext in Deutschland eine wichtige Rolle, da die Aufklärungsarbeit der ukrainischen Diaspora darauf gerichtet ist, dem als verzerrt wahrgenommenen Ukraine-Diskurs in der deutschen Öffentlichkeit zu begegnen.

Formen des Engagements

Arten des Engagements

Um die zuvor beschriebenen Ziele zu erreichen, sind Engagierte in diversen Tätigkeitsfeldern aktiv. Befragte stellen eine Tendenz fest, dass sich **der Fokus mit dem Euromajdan zunächst von ukrainischen Kulturveranstaltungen zu Demonstrationen und Protestveranstaltungen verschoben hat**. Zum Zeitpunkt der Interviews, knapp zwei Jahre nach dem Ende der Proteste, hatte sich der Schwerpunkt des Engagements im Zuge der Entwicklungen im Osten der Ukraine wiederum verschoben:

„Wir machen die Demos nicht mehr so oft wie früher. [... Wir haben] mehr auf karitative Initiativen umgeschaltet [...], also Unterstützung von Kriegskinder[n], Unterstützung von Witwen, Unterstützung von Verwundeten, Unterstützung von der ukrainischen Armee.“

Auch wenn sich Engagierte vermehrt humanitär engagieren, stellt ein Interviewpartner fest, dass auch dieses Engagement „überwiegend politisiert“ ist. Aufgrund des Krisenbezugs ihrer Aktivitäten berichten Interviewpartner davon, dass das Engagement von Kurzfristigkeit geprägt ist.

Humanitäre Hilfsprojekte unterstützten zunächst die medizinische Versorgung der Teilnehmenden am Euromajdan:

„Die wurden in Krankenhäusern behandelt, wo es keine Mittel gab, und man musste diese Behandlung irgendwie möglich machen. Hier haben wir dann Mittel gesammelt, die dann nach Kiew gebracht wurden.“

Eine ähnliche Situation herrschte beim aufkommenden Bedarf der ukrainischen Soldaten in der Konfliktzone. Hier umfassten die Sachspenden medizinische Präparate, bis hin zu Geräten und Krankenwagen:

„Es wurden Spenden gesammelt [...], medizinische Geräte, medizinische Mittel, also ich meine [...] Medikamente. Es wurden mehr als [ein] Dutzend gebrauchte Krankenwägen in die Ukraine geschickt.“

Mittlerweile werden in humanitären Hilfsprojekten zudem Binnenflüchtlinge, Witwen sowie Kinder und Kinderheime unterstützt. Auffallend ist, dass den Engagierten dabei die Prämisse gemein ist, selbst

möglichst transparent zu handeln. Mit dem Grundsatz sind langfristige Bestrebungen wie die Korruptionsbekämpfung in der Ukraine verbunden:

„Es ist natürlich auch so, dass die Korruption im Land so stark ist, dass man auch nicht jedem vertrauen kann. Es gab ja auch sehr viele Skandale und Fälle, dass solche Hilfen einfach in falsche Hände geraten sind und verkauft auf den Markt kamen! Und [...] alle wollen das vermeiden und deswegen versuchen, eng mit den geprüften Leuten zu arbeiten, denen man vertrauen kann.“

Befragte berichten in diesem Kontext von Kontrollmaßnahmen und spezifischer Berichterstattung, um sowohl Unterstützenden in Deutschland die transparente Arbeitsweise zu verdeutlichen als auch ukrainischen Partnern gegenüber diese Richtlinie zu vertreten:

„Und im Oktober sind wir dann drüben und dann kontrolliere ich anhand der Ladelisten, wo die Sachen geblieben sind. [...] Also ich kann jedem, der spendet, mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, dass die Sachen, die sie gespendet haben, auch den richtigen Zweck erfüllen. [...] Und wenn ich nicht weiß, wie die [Partner in der Ukraine] arbeiten, lehne ich das ab. Also ich will das, ich will genau wissen, wo der Euro hingehet oder wo die Sachspenden hingehen.“

Zur medizinischen Versorgung in der Konfliktzone kommt die Unterstützung mit militärischer Ausrüstung hinzu, da „die ukrainische Armee völlig desolat [...] und überhaupt unterversorgt [war].“ Diese Hilfe umfasste unter anderem Uniformen, Schutzwesten und Helme. Ein Interviewpartner berichtet, dass

„von ganz Westeuropa, mögliche Schutzwesten, Schutzhelme, dann diese First-Aid-Kits für Soldaten [...] organisiert [wurden], wo die ukrainische Armee nicht imstande war, alles Notwendige für die ukrainische Armee und für ukrainische Freiwilligenbattalions zur Verfügung zu stellen.“

Bei der Versorgung mit militärischer Ausrüstung bewegten sich Engagiertengruppen nach eigener Einschätzung teilweise in Grauzonen des deutschen Rechts. Das Engagement für ukrainische Kämpfer umfasste zudem die Unterstützung der offiziell von der Bundesregierung für Behandlungen nach Deutschland geholten Soldaten.

„Wir haben hier ein paar ukrainische Soldaten, die hier behandelt wurden, die hier verschiedene Amputationen, Operationen hier in [...] gehabt haben. Sie werden von unserer Jugend unterstützt und Übersetzungen wurden gemacht. Sie haben sie begleitet und haben auch Sammlungen für die durchgeführt.“

Neben den unterschiedlichen Tätigkeiten in der humanitären und militärischen Hilfe gibt es weitere Bereiche, in denen sich in Deutschland

lebende Ukrainer engagieren. Dabei zu nennen sind Projekte im sozialen Bereich. Interviewpartner berichten von der Organisation von Erholungsaufenthalten in Deutschland für Kinder aus der Ostukraine oder der Region um Tschernobyl. Ebenfalls unterstützt werden neu nach Deutschland ziehende Ukrainer:

„Wir unterstützen Menschen vor Ort, die hier ankommen, neue Menschen, Studenten oder jetzt auch zum Teil auch Flüchtlinge aus der Ukraine, aus dem Osten. So ein bisschen informativ unterstützen, Asylrechte in Deutschland.“
„[Wir] informieren über [...] studentische Sachen, wie welche Uni ist besser für welche Richtungen, [...] also alle diese Sachen, die anders sind als in der Ukraine. [...]jetzt wir machen [sic!] ein Seminar über die Versicherungen.“

Auch im kulturellen Bereich sind Engagierte zu diesem Zweck aktiv, indem sie zum Beispiel „Unterricht in der ukrainischen Sprache für [...] Kinder“ anbieten und diverse Veranstaltungen in den Bereichen Kunst, Musik, Literatur und Film durchführen. Die Pflege der ukrainischen Kultur und Sprache spielt dabei eine Rolle, es werden aber auch Deutsche angesprochen, um „den gesellschaftlichen und kulturellen Dialog zwischen der Ukraine und Deutschland und [...] ukrainische[n] Gemeinschaft in Deutschland“ anzuregen.

Dabei wird sich um die Repräsentation der ukrainischen Gemeinschaft in Deutschland bemüht, wie ein Interviewpartner berichtet: „[D]ie Arbeit nach außen in die deutsche Gesellschaft, das ist ja wichtig. Dass man da wahrgenommen wird als Vertreter der ukrainischen Gemeinschaft hier.“ Aus dieser Position heraus, wird dem Engagement im Bereich der informativen Arbeit Bedeutung zugesprochen. Wie ein Interviewpartner beschreibt, werden dazu sowohl Podiumsdiskussionen und Demonstrationen organisiert als auch Protestbriefe, Blogs und Artikel verfasst.

„[Wir haben uns] während des sogenannten Ukraine-Konflikts zusammengetan [...], um die deutsche Öffentlichkeit über die Ukraine ein bisschen aufzuklären. Und die Aufgabe, die Tätigkeit dieser Gruppe ist vor allem die, häufig gestellte Fragen über die Ukraine zu beantworten, Diskussionen zu veranstalten, wiederum an die Öffentlichkeit zu gehen mit Presse-Statements oder Artikeln.“

Das Engagement in diesem Bereich richtet sich sowohl an ukrainisches als auch deutsches Publikum.

Organisation des Engagements

Bei der Auswahl der Interviewpartner ist es, wie beabsichtigt, gelungen, Personen zu befragen, deren Engagement in ganz unterschiedlichen Strukturen organisiert ist. Bei den vorausgesetzten Kategorien – „formell“ und „informell“ Engagierte – handelt es sich jedoch um Idealtypen, denen einzelne Interviewpartner nur bedingt eindeutig zugeordnet werden können. Vielmehr scheint die ukrainische Zivilgesellschaft einerseits dadurch gekennzeichnet zu sein, dass sich Personen mehrfach und in unterschiedlicher organisatorischer Form ehrenamtlich betätigen, und andererseits dadurch, dass enge Kooperationen zwischen den unterschiedlichen Organisationsformen bestehen.

Es lassen sich jedoch zwei grundlegende Tendenzen feststellen: Erstens überwiegt den Aussagen der Interviewpartner zufolge in der „alten Diaspora“ das Engagement im Rahmen formaler Organisationen. Hier ist anzunehmen, dass es sich in der Regel um eingetragene Vereine handelt. Zweitens findet das ehrenamtliche Engagement jener Ukrainer, die der neu entstandenen „diasporic community“ zuzuordnen sind, in einer großen Bandbreite unterschiedlicher Organisationsformen statt: „Deswegen haben sich jetzt so viele Vereine oder so viele Initiativen gegründet, jeder mit einer eigenen Zielsetzung.“

Mit Blick auf diese Generation an Initiativen berichten Interviewpartner zudem über hybride Organisationen, die teilformalisiert sind. Dies hat einen Grund in einem noch nicht in allen Fällen abgeschlossenen Prozess der Formalisierung und Professionalisierung jener seit November 2013 neu entstandenen informellen Initiativen, die dies als Voraussetzung für die Spendenakquise und die Beantragung von Fördergeldern sehen (siehe dazu auch den Abschnitt „Herausforderungen des Engagements“). Die Formalisierung wird auch kritisch gesehen, wobei viele Interviewpartner berichten, dass „dieser Annäherungsprozess von Personen, die sich davor nicht kannten, [...] immer mit irgendwelchen Auseinandersetzungen und Schwierigkeiten verbunden“ ist: „Und dann braucht man mehr Leute. Mehr Leute bedeutet [sic!] wieder mehr Diskussionen, ich habe es woanders mitbekommen und darauf hatten wir einfach keine Lust.“

Während das deutsche Recht¹ klare Vorgaben hinsichtlich der formalen Organisation des ehrenamtlichen Engagements im Rahmen von Vereinen macht, sind die Ehrenamtlichen frei in der Gestaltung ihrer Zusammenarbeit bei informellen Initiativen. Hier berichten einige Interviewpartner von eher hierarchischen Strukturen, die mit formalen Organisationen vergleichbar sind: „Das ist eine ehrenamtliche Initiative und da gibt es keinen Vorstand in dem Sinne, es gibt da eine Spitze von dieser Initiative, die Aktivisten, die sich am meisten mit [den] ganzen Veranstaltungen beschäftigen“.

Andere Interviewte heben gerade die Flexibilität netzwerkartiger Strukturen als Vorteil der informellen Initiativen hervor. Dies betrifft einerseits die Möglichkeit, die Aktivitäten den jeweiligen Interessen und dem Zeitbudget der Engagierten anzupassen, andererseits aber auch den Kreis jener, die sich engagieren: „Als Initiative haben wir uns nicht so aufgelöst. Und wenn wir eine Idee haben würden, dann kommen wir zusammen und machen [das]. Unsere Initiative ist eine Initiative, die frei zu gestalten ist.“ Frage: „Und zu diesen Treffen kann auch jeder dazukommen?“ Antwort: „Absolut.“

Dabei ist der Personenkreis der kontinuierlich Mitarbeitenden meist sehr klein, während – insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe – der große Umfang der Aktivitäten durch ein angegliedertes Netzwerk von Unterstützern (siehe dazu auch den Abschnitt „Vernetzung mit anderen Akteuren“) möglich wird, die zum Beispiel Spenden akquirieren oder zu Demonstrationen kommen. In einigen extremen Beispielen, über die berichtet wird, ist sogar eine einzige Person für Koordination, Logistik und Verwaltung zuständig. Aber auch viele neu gegründete Vereine haben, den Aussagen der Interviewpartner zufolge, nur geringfügig mehr als die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von sieben Mitgliedern:² „Wir sind genau eigentlich nur unsere Gründungsmitglieder. Also wir sind elf Leute aktuell.“

Hinsichtlich der Aktivitätsfrequenz unterscheidet sich die Arbeitsweise der Engagierten erheblich. Die Berichte reichen von nahezu täglichen bis hin zu unregelmäßigen Treffen. Wobei hier die im Abschnitt „Veränderungen des Engagements“ genauer beschriebene generell abnehmende Intensität des Engagements als überlagernder

1 Insbesondere §§ 21-79 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).

2 § 56 BGB.

Effekt hinzutritt. Die Kommunikation findet unter den Engagierten aber nicht nur im Rahmen persönlicher Treffen statt, sondern auch die sozialen Medien haben eine zentrale Rolle bei der Kommunikation zwischen den Engagierten und mit ihren Netzwerken. Dies beschränkt sich nicht auf den reinen Austausch von Informationen oder Pressearbeit, sondern die sozialen Medien werden genutzt, um Entscheidungsprozesse zu organisieren:

„Natürlich kann ein Freiwilliger auch einen Antrag, einen Post auf Facebook machen ‚Ja ich sammle hier für Bataillone dies und das‘ zum Beispiel, aber ich sehe wie viele Leute das unterstützen im Unterschied zu dessen [sic!] wie viele Leute so einen Antrag für die ukrainische Armee unterstützen würden. Die Leute können sich selber entscheiden“.

Ein weiteres Charakteristikum der Organisation des Engagements ist die Arbeitsteilung. Die Interviewpartner beschreiben, dass sich die Engagierten entsprechend ihren Interessen und oftmals auch Kompetenzen einbringen, die sie insbesondere im Berufsleben erworben haben.

Was die Finanzierung des Engagements betrifft, so berichten die Interviewpartner von Spenden, über die besonders die humanitären Hilfsprojekte finanziert werden, und „low budget“-Projekten – insbesondere im Bereich der politischen Aktionen und der Informationsprojekte – die von den Engagierten selbst getragen werden: „[A]lso wir haben schon für solche Veranstaltungen aus [der] eigenen Tasche den Saal bezahlt, die Versicherung für den Saal bezahlt und dieses und jenes“. Der Finanzierung durch öffentliche oder private Fördergeber wird noch keine große Bedeutung zugeschrieben, was auf die im folgenden Abschnitt „Herausforderungen des Engagements“ näher beschriebenen Hürden im Rahmen der Antragstellung zurückzuführen sein dürfte. Mitgliedsbeiträge als Finanzierungsquelle werden von den Interviewpartnern hingegen selten thematisiert.

Herausforderungen des Engagements

Befragt nach den Herausforderungen, die ihnen bei ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement für die Ukraine begegnen, benennen die Interviewpartner ein breites Spektrum an Aspekten, die sich hinderlich auf ihre Aktivitäten auswirken. Die geschilderten Herausforderungen

lassen sich wie folgt kategorisieren: Herausforderungen verstanden als Aufgaben; Herausforderungen verstanden als organisatorische Schwierigkeiten; und Herausforderungen verstanden als individuelle Probleme.

Die zentrale Herausforderung, die als Aufgabe zu bewältigen angestrebt wird, lässt sich als unzureichende Präsenz der Ukrainer in Deutschland beschreiben: „[D]ie Ukraine [wird] hier in Deutschland so als eigenständiger Staat nicht wahrgenommen“. „Und deswegen werden auch wir Ukrainer nicht wahrgenommen.“ Präsenz umfasst dabei zwei Dimensionen: Einerseits wird eine mangelhafte Interessenvertretung der Ukrainer in Deutschland konstatiert:

„Und eine [sic!] Problem der Ukrainer ist, warum sie so wenig Einfluss haben im Vergleich zu anderen, zum Beispiel Minderheiten, in Berlin, dass Sie in unteren politischen Strukturorganisationen [...] nicht präsent sind.“

Dies hat auch Folgen für die Projektarbeit, denn „ohne connections, ohne irgendwelche Verbindungen bist du einfach nichts, hast du keine Chance.“ Andererseits geht es darum, „[d]ass sie [(die Deutschen) die] Ukraine als Objekt [...] der Politik sehen und nicht als Subjekt.“

Eng verbunden damit ist die **perzipierte Unterrepräsentation ukrainischer Stimmen in deutschen Medien**: „Es waren also die Talkshows über die Ukraine und da gab es keine Ukrainer, die mitdiskutiert haben.“ Darüber hinaus kritisieren einige Interviewpartner an der deutschen Berichterstattung, die Überbetonung des Einflusses rechtsradikaler Gruppen in der Ukraine. Sie sprechen offen über die Aufgabe, die sie hier sehen. Dem russischen Einfluss auf die Medien wollen sie einen ukrainischen entgegensetzen.

„Und in Deutschland ist eine Tradition also von beiden Seiten den Konflikt zu betrachten und dann versucht man das zum Beispiel gleich zu stellen. Nicht als Opfer und Aggressor, sondern zum Beispiel, ach ja, das ist [die] Motivation Russlands oder das ist die Motivation [der] Ukraine. Und das haben wir natürlich anders gesehen.“

Als Folge wird eine starke Polarisierung der öffentlichen Debatte in den deutschen Medien erkannt, was zu organisatorischen Schwierigkeiten und individuellen Problemen führt. Interviewpartner kennen Fälle, in denen potenzielle deutsche Kooperationspartner aus Sorge um ihre

Neutralität eine Beteiligung an Projekten abgelehnt haben. Gleichzeitig wird von Aggression als Folge der Polarisierung berichtet:

„[W]ir achten immer darauf, dass wir Polizeipräsenz da haben, weil es schon oft zu Konflikten und Auseinandersetzungen gekommen kann [sic!], weil Menschen so geladen sind von diesem Thema, dass sie teilweise aggressiv auf Demonstrationen reagieren oder auch auf solche Informationen im Internet. Wenn man irgendeine Veranstaltung organisiert und die im Internet bewirbt, bekommt man oft auch Drohungen oder ja Hassbotschaften.“

Organisatorische Schwierigkeiten werden als eine der Ursachen für die mangelnde Präsenz identifiziert. Die Vernetzung ukrainischer Initiativen steht hier im Vordergrund: „Aber die sind alle so klitzeklein und alle regional und alle nicht vernetzt, [...] das ist ein Riesenproblem finde ich.“ Die Interviewpartner verknüpfen die Vernetzungsfrage mit der Diskussion über die Schaffung eines ukrainischen Dachverbandes und machen das Ideal einer zentralistischen Organisation, die alle Aktivitäten der Ukrainer in Deutschland koordiniert, zum Maßstab:

„Dann lieber in solche Projekte wie das Ukrainische Institut in Deutschland [...] investieren [...]. Wie gesagt, mit so einer Institution kannst du wirklich viel bewirken, weil es eine klare Zentrale gibt. [...] Man kann das koordinieren und [...] dann ist die Ukraine hier wirklich präsent.“

Alle bisherigen Bemühungen um eine solche Zentralorganisation sind jedoch gescheitert. **Das ukrainische Institut oder Haus steht in den Interviews aber zugleich als Symbol für eine weitere Herausforderung: die Finanzierung der für das Engagement benötigten Infrastruktur.** Dies sind insbesondere Räumlichkeiten für Treffen, Büros und die Lagerung von Hilfsgütern, aber auch eine „Website kostet, ein Mailposten kostet, ein[e] Broschüre oder Visitenkarten [...] koste[n]“. Wie akut das Problem ist, hängt von den lokalen Gegebenheiten ab, da zum Teil ukrainische Kirchengemeinden oder Kommunen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Durch Professionalisierung der ehrenamtlichen Arbeit verschärft sich das Problem weiter, zugleich ist diese aber notwendig, um eine Finanzierung für die Aktivitäten und die Infrastruktur zu sichern. Sie stellt aber selbst eine Herausforderung dar, die Ressourcen bindet: „Und als wir waren mit [sic!] diese[m] Projekt [, einen Förderantrag zu stellen,] beschäftigt, die Leute haben uns [ein] halbe[s] Jahre [sic!] fast nicht gesehen.“

So wie die Professionalisierung als Bedingung für die Beantragung von Fördergeldern gesehen wird, wird die Gründung eines gemeinnützigen Vereins als für die Spendenakquise notwendig betrachtet: „Obwohl wir hätten viel[e] Spender, die [an] uns spenden möchten, aber sie möchten natürlich dafür [eine] Spendenquittung haben.“ Dies stellt eine doppelte Herausforderung dar. Einerseits haben Interviewpartner nach Gründung eines Vereins die Erfahrung gemacht, dass es schwierig ist, Ukrainer für formale Organisation zu gewinnen:

„Ich muss sagen, es ist sehr schwierig, besonders im ukrainischen Fall, es ist sehr schwierig von der Öffentlichkeitsarbeit zu überzeugen. Das hat, zu meiner Überzeugung, sehr deutliche historische Gründe, da es in der Zeit des Kommunismus in der Ukraine und des russischen Imperialismus viele Gründe gab, dass sich die Menschen nicht versammeln konnten, irgendwelche öffentliche Initiativen gründen und sich überhaupt auszutauschen.“

Zum anderen werden die Eintragung in das Vereinsregister und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit als schwierig erlebt. Einzelne erkennen gar eine besondere Zurückhaltung der Behörden im Falle ukrainischer Vereine:

„Wir haben wirklich mit Behörden schlechte Erfahrungen.“ „Vielleicht auch – das [sic!] habe ich immer wieder das Gefühl, gerade wenn es jetzt auch um das Finanzamt [...] geht, [...] – weil man Angst hat und nicht weiß, was aus der Ukraine wird.“

Dass Ukrainer, insbesondere beim Umgang mit offiziellen Stellen, aber über ein großes Maß an interkulturellen Kompetenzen für ihr Engagement im Ausland verfügen müssen, wird unterstrichen:

„Wenn ich ein Problem habe, dann kann ich mich an sie [die deutschen Kollegen] wenden und fragen, weißt du was, sag mal, wie würdest du dich hier verhalten? Und dann krieg' ich [eine] ganz andere Antwort. Ich konnte mir damals so was nicht vorstellen, [...] dass man dieses Problem soundso lösen konnte. Und wiederum, diese deutsche Erfahrung fehlt.“

Aber auch in der Ukraine läuft die Zusammenarbeit nicht mit allen Stellen reibungslos und stellt zum Teil erhebliche Anforderungen an die Engagierten: „Also die humanitäre Hilfe [...] wird über [sic!] die ukrainische Bürokratie einfach unheimlich behindert. Das [...] sind nicht nur die Einfuhrprobleme, sondern dann vor Ort ja auch.“

Bei der Zollabwicklung fallen die Erfahrungen sehr unterschiedlich aus, wobei die meisten Probleme auf Seiten der ukrainischen Behörden

zu bestehen scheinen, während „[i]rgendwie interessiert sich innerhalb der EU keiner [da]für. Überhaupt nicht. Und da muss ich sagen, das ist easy.“

„Destotrotz [sic!] haben unsere vier Lkws mehrere Tage gewartet, weil der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) angesagt hat, wir wollen überprüfen. Und danach kamen sie überhaupt nicht und dann wurden die LKWs freigegeben. Aber so was kommt vor.“

Allerdings weisen Interviewpartner auch daraufhin, dass „[d]ie Aktivisten [in einigen Fällen] selber schuld [sind], da sie falsch Dokumente ausgefüllt haben.“ **Der Export militärischer Ausrüstung, wie etwa Schuhwerk, Schutzwesten, Helme, birgt dagegen zusätzliche Herausforderungen.** Ein Interviewpartner berichtet mit Blick auf deutsche Behörden, dass, nachdem in einem Fernsehbericht über seine Initiative militärische Ausrüstung zu sehen war, er „ein oder zwei Wochen später dann einen Brief vom Finanzamt bekommen [hat], also ich möge, also wir mögen uns doch bitte mit unserem Verein nur auf humanitäre Hilfe beschränken, sonst würde man uns eben den Status des Vereins aberkennen.“

Aber auch auf ukrainischer Seite „gab es tatsächlich große Probleme bei der Ausfuhr [militärischer Ausrüstungsgegenstände], was natürlich eben primär auch rechtliche Bestimmungen sind [...]. [D]ie eigentlichen Probleme gab es eigentlich immer nur an den Schengen-Grenzen, sprich Polen-Ukraine. Weil einfach auch zum damaligen Zeitpunkt, als es noch große Korruption an der Grenze gab, die Abfertigung langsam war, eben sehr viel einbehalten wurde.“

Korruption beschränkt sich nicht auf diese Art von Transporten, sondern ist ein weitverbreitetes Problem beim Umgang mit Behörden in der Ukraine:

„Die Bekämpfung der Korruption steht bei uns an der ersten Stelle. Und wir tun alles, um den korrupten Zollbehörden in der Ukraine und den Steuerbehörden gar keinen Anlass zu liefern, [die] Hand anzuhalten [sic].“

Ähnlich unterschiedliche Erfahrungen schildern die Interviewpartner hinsichtlich Visaanträgen und kritisieren durchweg den hohen Arbeitsaufwand: Bei Austauschprojekten mit Kindern „sind die Konsulaten [sic!] sehr kooperativ und helfen. Da gibt es keinerlei Probleme. Das ist natürlich viel Arbeit.“ „Stichwort Visafreiheit, das ist ja auch noch so ein

ganz heißes Eisen. Dass man die Ukrainer einfach dazu bringt, in den Bereichen ihre Bürokratie abzubauen, ja. Das ist einfach hinderlich.“

Das Problem des Arbeitsaufwands verweist auf die größte Herausforderung der individuellen Ebene, die Belastung der Engagierten beziehungsweise ihre zeitliche Verfügbarkeit für das Ehrenamt. Die Problematik ist zwar prinzipieller Natur und findet sich in allen Bereichen ehrenamtlicher Tätigkeit. Die Situation, in der sich die ukrainischen Engagierten befinden, weist jedoch zwei Spezifika auf. Wie im Abschnitt „Veränderungen des Engagements“ beschrieben, entstand der Problemdruck durch den Euromajdan kurzfristig und aktivierte viele Ukrainer, die sich vorher nie ehrenamtlich engagierten. Als zweite Besonderheit kommt ihre oft unmittelbare Betroffenheit – „viele hatten ihre Angehörigen da in Kiew auf dem Majdan“ – hinzu, aufgrund derer die Bereitschaft, viel Zeit zu investieren, hoch ist. **Auf Dauer wird die Verfügbarkeit Ehrenamtlicher aber immer mehr zur Herausforderung, da viele das anfängliche Aktivitätsniveau nicht aufrechterhalten können**, „[w]eil die Menschen sind müde geworden, also zwei Jahre permanent Hilfe, Hilfe, Hilfe.“ „Kraft und Zeit haben wir schon nicht mehr.“ Als Ursachen für diese Müdigkeit werden zwei Gründe in den Interviews angeführt: „Nicht nur konkret physikalisch, wo der Mensch konkret müde sein kann, sondern auch launisch, weil in der Ukraine heutzutage läuft [sic!] auch die Reformen nicht so besonders gut.“

Desillusionierung als Grund für das nachlassende Engagement (siehe Abschnitt „Veränderung des Engagements“) wird von anderen Interviewpartnern verneint und tritt hinter den Hauptgrund zurück, die schwierige Vereinbarkeit von Beruf, Studium oder Familie einerseits und ehrenamtlichem Engagement andererseits. Interviewpartner berichten, dass sie insbesondere ihr Studium vernachlässigt haben, um sich engagieren zu können. Als weitere Herausforderung kommt in manchen Fällen, insbesondere bei Studierenden bedingt durch die inzwischen gängige Begrenzung der Maximalstudiendauer, die Unsicherheit hinsichtlich des aufenthaltsrechtlichen Status der Engagierten hinzu.

„Mein Fall ist wirklich nicht so leicht. Aber es ist so, dass ich [seit] zwei Jahre[n] kein normales Visum [habe]: [...] Und das ist so, so schwierig, sogar für mich, obwohl ich so stark bin. Und immer diese drei Monate. Und stell dir vor, zwei Jahre, was haben wir schon alles gemacht und immer mit dieser drei Monate-Zeit [...]. Ich plane immer Veranstaltungen und weiß, dass ich vielleicht nicht kommen darf.“

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich über die drei diskutierten Kategorien hinweg Herausforderungen finden, die a) für das Engagement für die Ukraine und b) für in Deutschland sich engagierende Ausländer spezifisch sind, sowie solche, die c) allgemeiner Natur sind. Zur ersten Art gehören insbesondere die skizzierten Aufgaben, aber auch die Zusammenarbeit mit ukrainischen Behörden, die aus der Polarisierung der öffentlichen Debatte erwachsenden Probleme, die Diskussion über das Ziel einer zentralistischen Koordinierung des ehrenamtlichen Engagements und die Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache ergeben, dass die Mehrzahl der Initiativen weniger als ein Jahr existiert. Spezifisch für ehrenamtlich aktive Ausländer ist die Notwendigkeit zum Erwerb kultureller Kompetenzen. Die Tendenz zur Professionalisierung, vereinsrechtliche Fragen, der Zugang zu Förderung und die Verfügbarkeit von Infrastruktur sowie die grundlegende Problematik, im Alltag Zeit für ein Ehrenamt zu finden, gehören zu den Problemen genereller Natur, die sich in allen Bereichen ehrenamtlichen Engagements finden.

Veränderungen im Engagement der Befragten

Sowohl Personen, die sich bereits vor 2013 engagierten, als auch solche, die danach begannen, beschreiben diverse interne und externe Veränderungen. So haben sich entlang von bestimmten Ereignissen die Art und Weise, die Intensität aber auch das Umfeld des jeweiligen Engagements verändert. Generell berichten viele Interviewpartner, dass **entlang von Schlüsselmomenten wie dem Euromajdan, der Krim-Annexion und dem Krieg in der Ostukraine sowohl Umfang als auch Intensität ihres Engagements stetig zugenommen haben:**

„Aber ich habe es nie gesehen, dass wir weniger Aktivitäten haben. Ich glaube wir haben viel mehr Aktivitäten, also während des Euromajdans, dann nach der Krimannexion, während des Krieges haben wir mehr und mehr Initiativen.“

Viele der Interviewten sagen aus, dass der Euromajdan eine große emotionale Wirkung auf die ukrainische Diaspora hatte und so eine Initialzündung für das Engagement war. Auch begründen befragte Experten die Intensivierung des Engagements mit dem Umstand, dass vor dem Euromajdan ein Pessimismus über fehlende Reformen und Fortschritte herrschte und die Ereignisse des Euromajdan zu einem Aufschwung geführt haben. Da bekamen die Bürger und eben auch die

Ukrainer in Deutschland den Eindruck, jetzt etwas verändern zu können, „dass die Ukraine [sich] in [...] Richtung [...] Europäischer Union [...] bewegen wird“. Es wird deutlich, dass viele der im Zuge des Euromajdan in Deutschland entstandenen Initiativen politische Ziele verfolgten. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit standen vermehrt die Etablierung „europäischer Werte“, wie Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Erstmals entstand neben dem alten kulturellen Engagement auch ein politisches. Auf dem Höhepunkt des Euromajdan und der darauffolgenden Krise wandten sich viele der Befragten, die in bereits bestehenden oder neu gegründeten Initiativen aktiv waren, vermehrt der humanitären Hilfe zu. Im Vorfeld engagierten sich viele eher politisch, informativ oder kulturell. Auch Initiativen und Organisationen, die sich vor 2013 zum Beispiel mit der Unterstützung von Opfern der Tschernobyl-Katastrophe oder mit kulturellen Aspekten beschäftigt haben, weiteten ihr Engagement in diese Richtung aus, ohne jedoch ihre alten Aktivitätsbereiche aufzugeben:

„Vorher war es eigentlich das Kulturelle, das Zusammenkommen unter Gleichgesinnten, und heute ist es zwar das Gleiche, nur mit einem anderen Ziel. [...] Im Moment ist nicht mehr das Kulturelle im Vordergrund, sondern im Moment ist die Hilfe im Vordergrund. Das hat sich also geändert.“

Eine ähnliche Entwicklung ist bei jüngeren Initiativen zu beobachten. Diese engagierten sich im Zuge des Euromajdan zunächst vor allem politisch, zum Beispiel in Form von Demonstrationen oder offenen Briefen an deutsche Politiker. Als es zu ersten blutigen Auseinandersetzungen auf dem Euromajdan kam, wandten auch sie sich vermehrt humanitärer Arbeit zu. Mehrere der Interviewpartner sagen aus, dass in dieser Zeit die Hilfsbereitschaft innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft, aber auch innerhalb der deutschen Gesellschaft am größten war, so dass eine Art „Krisenengagement“ entstand. Es konnten viele Unterstützer erreicht und Spenden gesammelt werden. Mit dem Krieg im Osten der Ukraine nahm zudem auch die Unterstützung der ukrainischen Armee zu. Gleichzeitig nehmen die Befragten seit dieser Zeit einen Rückgang des breiten Engagements wahr. Einige Interviewpartner berichten von einer zunehmenden Resignation vieler zuvor Aktiver: „Nein, es ist jetzt weniger geworden. Weil die Menschen sind ja müde geworden. Ja, es ändert sich nichts und man weiß ja nicht, vielleicht wird der Krieg noch Jahre dauern.“

Mehrere Interviewte berichten von einer zunehmenden Arbeitsbelastung, die durch eine Ausweitung der Ziele und

Aktivitätsbereiche und die gleichzeitige reguläre Arbeit zu Stande kommt. In manchen Fällen führt dies zu einer Stagnation der Aktivitäten:

„Könnte ich von Luft leben, könnte ich mich vollzeitig damit beschäftigen. Wir müssen alle noch arbeiten. Man soll sich wirklich noch den Grenzen stellen, wo kann ich was machen, wo ist es nicht mehr in meiner Kraft.“

Gleichzeitig ist, wie im Abschnitt „Herausforderungen des Engagements“ beschrieben, innerhalb der befragten Gruppe eine zunehmende Professionalisierung und Institutionalisierung zu beobachten, die aber einige Experten als noch nicht ausreichend ansehen. Sie konstatieren, dass es dadurch zu Schwankungen bei den Aktivitäten kommt, je nachdem wer und wie viele sich aktiv einbringen.

War nach dem Euromajdan ein steigendes humanitäres Engagement zu beobachten, ist in den Interviews mit zunehmender Etablierung der Initiativen und Organisationen auch eine erneute Hinwendung zu politischen und informativen Zielen festzustellen:

„Und ich betrachte ihn eigentlich auch nach wie vor als einen Blog primär über die Ukraine und ihre Menschen und ihre Kultur. Nur gab es halt einfach in den letzten, ich sag mal, 16 Monaten einfach so dramatische Ereignisse, wo man einfach auch Stellung beziehen musste.“

Hier wird deutlich, dass während der akuten Phase des Euromajdan und zu Beginn des Krieges in der Ostukraine das humanitäre Engagement zwar in den Vordergrund rückte, mit einer zunehmenden „Normalisierung“ der Situation aber auch wieder das politische, kulturelle und informative Engagement an Bedeutung gewinnt.

Viele der untersuchten Initiativen haben sich in der Zeit nach 2013, wie im Abschnitt „Vernetzung des Engagements“ beschrieben, über soziale Medien innerhalb der nationalen und internationalen diasporischen Gemeinschaft vernetzt. Der schnelle und unabhängige Austausch von Informationen und Meinungen erleichtert die Arbeit und die internationale Vernetzung ungemein. Auch verlagert sich die Arbeit vieler Initiativen zunehmend in den digitalen Raum, wo ein häufigeres Ansprechen Deutscher, zum Beispiel mithilfe deutschsprachiger Veranstaltungen, Facebook- und Internetseiten, zu beobachten ist. Während des Höhepunkts der Ereignisse und der darauf folgenden Entwicklung in der Ostukraine ging es zunächst darum, untereinander auf Ukrainisch zu kommunizieren, um das Engagement zu organisieren

und sich auszutauschen. Ein Interviewpartner hebt jedoch hervor, dass zusätzlich eine Außendarstellung gerichtet an die deutsche Gesellschaft stärker in den Fokus der Arbeit rückt:

„Ich habe noch eine FB-Gruppe, die inzwischen über 800 Personen vereint, überwiegend Deutsche. Die nennt sich deutsch-ukrainischer Freundschaftskreis. Und da sind Menschen, die durch Neugier dazu gekommen sind, weil sie dann Informationen über die Ukraine bekommen wollten. Das ist eine politische Gruppe, da wird es ausdiskutiert.“

Die Vernetzung des Engagements

Die Vernetzung des Engagements innerhalb der Diaspora

Die Ereignisse in der Ukraine seit dem November 2013 haben die Ukrainer in Deutschland geeint und die Entstehung eines Gemeinschaftsgefühls gefördert. Ein Indikator für den gewachsenen Zusammenhalt und die verstärkte Vernetzung innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft ist unter anderem die Nutzung sozialer Medien: „Der Krieg hat die Diaspora zusammengeschweißt, was sich auf Facebook zeigt.“ Soziale Medien haben die Bildung eines großen Netzwerks ermöglicht. Einerseits entstand eine Reihe von Initiativen infolge von Aufrufen einzelner Personen in den sozialen Medien, die sich dann zu konkretem Engagement entwickelten, wie ein Interviewter beschreibt:

„Das hat angefangen mit den Facebook-Aktionen, auch eine Bekannte von uns. [...] Sie war sozusagen die Erste, die uns dazu aufgerufen hat, die erste Protestaktion in Berlin zu veranstalten. Und ich glaube das war so der Auslöser für die Gründung der ‚Euromaidan Wache‘. Und dann haben wir uns eigentlich im Rahmen dieser Protestaktion kennengelernt.“

Die digitale Präsenz solcher Initiativen, zum Beispiel auf Facebook, erlaubt es ihnen andererseits, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und neue Aktivisten zu gewinnen: „Also, ich bin da glaube ich im Januar 2014 darauf gestoßen auf Facebook, dass es so eine Gruppe gibt ‚Euromaidan München‘ [...]. Ich wollte da aktiv sein.“ Es entstanden vor allem auch neue persönliche Kontakte. Aus den gewachsenen privaten Netzwerken gingen häufig wiederum neue Initiativen und Organisationen hervor.

Bei der konkreten Arbeit der Engagierten spielen soziale Medien nicht nur eine wichtige Rolle für die Kommunikation und die Zusammenarbeit

innerhalb einzelner Organisationen und Initiativen, wie im Abschnitt „Organisation des Engagements“ ausführlicher beleuchtet wird, sondern sie erlauben auch die Vernetzung mit anderen Engagierten – auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene. So existieren auf Facebook zahlreiche Gruppen, die engagierte und interessierte Ukrainer in verschiedenen Städten oder Landkreisen zusammenbringen und den Informationsaustausch ermöglichen. Nicht selten sind Aktive zugleich Mitglied mehrerer Gruppen von Organisationen und Initiativen:

„Da stehen wir im Facebook immer in Verbindung und wir wissen was die anderen Vereine machen, weil sie immer auch, genauso wie wir, posten das, was sie gemacht haben, ihre Veranstaltungen. Das wissen wir alles.“

Soziale Medien ermöglichen es den Engagierten, auch über weite Distanzen hinweg in Kontakt zu bleiben, sich über Aktivitäten anderer zu informieren und sich gegenseitig zu unterstützen. Sie helfen, die ukrainische Gemeinschaft und ihr Engagement in Deutschland zusammenzuhalten:

„Facebook ist einfach ein Medium, das einfach in allen Sphären irgendwo mittlerweile eine Rolle spielt, weil man eben über Facebook einfach kommuniziert, Kontakt hält, Nachrichten austauscht. Das ist so ein bisschen der Klebstoff dazwischen.“

Neben der Bedeutung sozialer Medien für die Vernetzung der Ukrainer in Deutschland darf auch die Rolle der Kirche nicht unterschätzt werden. Engagierte berichten, dass diese (in Deutschland überwiegend die griechisch-katholische) oftmals ein wichtiger Treffpunkt für Mitglieder der ukrainischen Diaspora ist, wie auch im Abschnitt „Werte, Motivation und Ziele des Engagements“ beschrieben wird. Die Kirche fungiert häufig als eine Art „Ukrainisches Haus“. Unabhängig von Konfessionszugehörigkeiten sehen viele Ukrainer hier eine der wenigen Möglichkeiten, Landsleute zu treffen und sich über aktuelle Themen auszutauschen:

„Ich hab jetzt nicht mit allen debattiert, aber [...] wenn ich zum Beispiel irgendwo die Ukrainer treffe, dann ist das diese Gemeinde. Das heißt nicht, dass jeder da unbedingt gläubig sein muss, aber das hat [sich] so schon herauskristallisiert, dass fast alle Ukrainer, die hier sind, die halbwegs aktiv [sind], die irgendwas machen, irgendwo arbeiten, sie gehen alle in diese Kirche. Auch deswegen, weil sie dort eigene Landsleute treffen. Und da haben wir so viele Gespräche geführt, regelmäßig hat man das gemacht im Gottesdienst und Stammtisch, in der Kirche, da spricht man meistens über Politik.“

Die Vernetzung im Rahmen der Kirche ist auch für das Engagement von großer Relevanz. Innerhalb der ukrainischen Kirchengemeinden entstanden Ideen für Initiativen und Engagierte werben neue Helfer – sowohl vor als auch seit dem Euromajdan. Grund hierfür ist die relativ einfache Erreichbarkeit potenzieller Unterstützer, wie ein Experte berichtet:

„Und wenn man da hingehet und sagt, so Leute, ich mache ein Projekt, ich mache eine Veranstaltung, ich brauche noch Unterstützer, ich brauche noch engagierte Leute, hier bitte meine Visitenkarte oder kommt einfach jetzt nach dem Gottesdienst zu mir, wir besprechen das, so macht man das. Ganz einfach und unproblematisch.“

Ebenfalls bedeutsam für den Aufbau eines Netzwerks innerhalb ukrainischer Organisationen und Initiativen in Deutschland sind die ukrainische Botschaft und die Generalkonsulate. Deren Vertreter, die seit 2014 neu im Amt sind, sind nicht nur mit der ukrainischen Gemeinschaft vernetzt, sondern versuchen auch, den Kontakt unter den einzelnen Initiativen herzustellen und zu fördern, beispielsweise durch die Organisation gemeinsamer Veranstaltungen:

„Ich habe gedacht, alle Ukrainer in einer Stadt kennen sich mehr oder weniger. Aber ich war auch perplex zu erfahren, dass sie irgendwie gesondert funktionieren. Und etwas tun, ohne zu wissen, dass die anderen existieren. [...] [I]ch habe da als Magnet gearbeitet.“

Solche Veranstaltungen dienen hauptsächlich der Vernetzung auf lokaler und regionaler Ebene. Den erstmaligen Versuch der Schaffung einer bundesweiten Austauschplattform gab es mit dem „Forum ukrainischer Initiativen in Deutschland“, das im Juni 2015 von der ukrainischen Botschaft in Berlin mit dem Ziel organisiert wurde, „das Potenzial der ukrainischen Diaspora in Deutschland besser nutzbar zu machen.“ Diese Initiative wurde von den interviewten Teilnehmern als sehr positiv bewertet: „Das war ein ganz tolles, gutes Treffen, Informationsaustausch, Bekanntmachung.“ Generell berichten mehrere Engagierte von einer engen Zusammenarbeit mit den Vertretern der Botschaft und der Konsulate, die das Engagement in Deutschland unterstützen. Hier unterscheidet sich die Einstellung der Ukrainer zu den amtierenden Botschaftsangehörigen fundamental von ihrer Einstellung gegenüber den Vertretern zu Zeiten anderer Regierungen, insbesondere derjenigen unter Viktor Janukowytsh. Mit dem Wechsel ist

aus „Feindschaft Partnerschaft [...] geworden“, so ein Interviewter, auch wenn diese Sicht nicht uneingeschränkt von allen Befragten geteilt wird.

Nicht zuletzt bemühen sich die Engagierten selbst mit unterschiedlichen Initiativen aktiv um die Vergrößerung ihrer Netzwerke und um weitere Unterstützung, beispielsweise durch die Organisation von Stammtischen:

„Wir versuchen erst jetzt so anzufangen, also wir haben jetzt zwei Stammtische gehabt und jetzt am Donnerstag ist der nächste, wo wir versuchen wirklich zusammenzukommen und das Ganze nicht nur noch auf den Schultern von zwei oder drei lastet, sondern wirklich das noch ein bisschen verteilen.“

Mit dem Euromajdan und den darauffolgenden Ereignissen in der Ukraine stieg der Grad der Vernetzung innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft in Deutschland. Die zunehmende Vernetzung führt jedoch nur bedingt zu einer verstärkten und kontinuierlichen Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Initiativen. Einige Interviewte berichten von einem eher geringen Grad der Kooperation. Als Gründe werden neben den weiten geografischen Distanzen zwischen einzelnen Organisationen sowie thematischer Diskrepanz auch persönliche Motive genannt: „Also es ist so, dass, wie gesagt, es gibt dieses Konkurrenzdenken bei manchen Leuten. Manche Leute würden auch nicht auf die Idee kommen, andere Organisationen zu unterstützen.“

Andere Engagierte ziehen hingegen die Kooperation auf regionaler Ebene vor. Eine überregionale Zusammenarbeit ist selten und entsteht dann meist aus persönlichen Kontakten. Eine Ausnahme bilden bundesweit agierende Organisationen wie beispielsweise der „Bund ukrainischer Studenten“ oder der „Zentralverband der Ukrainer e.V.“ Auffällig ist, dass Kooperation – unabhängig davon, ob das Engagement regional oder überregional vernetzt ist – meist nur punktuell und bei Bedarf stattfindet: „Doch, wir arbeiten zusammen, aber so sporadisch. Wenn man Hilfe benötigt, dann wendet man sich an einen anderen Verein und bekommt man dann Hilfe.“

Die Vernetzung mit anderen Akteuren

Die Vernetzung innerhalb Deutschlands

Die ukrainischen Organisationen und Initiativen sind nicht nur innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft vernetzt, sondern auch mit anderen deutschen Akteuren. Auch hier spielen soziale Medien eine Rolle. So können beispielsweise Gruppen auf Facebook nicht nur Ukrainer verbinden, sondern auch Ukrainer mit interessierten Deutschen. Nicht selten ergeben sich so Formen der Unterstützung, wie ein Interviewter berichtet:

„Das ist ein wunderbarer Journalist aus Berlin [...]. Er hat viele Monate unsere Facebook-Seite beobachtet, dann hatte er irgendwie ein rundes Jubiläumsdatum, da hat er eine Spendenbox aufgestellt.“

Einige Engagierte berichten auch von der Vernetzung und Zusammenarbeit mit deutschen Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel dem Arbeiter-Samariter-Bund oder der Heinrich-Böll-Stiftung. Auch Kooperationen mit Kirchengemeinden in Deutschland werden genannt. Diese unterstützen das Engagement nicht selten mit der Bereitstellung von Räumlichkeiten sowie vereinzelt Geld- und Sachspenden für humanitäre Hilfe. Auffallend ist, dass mehrere Organisationen und Initiativen auch auf politischer Ebene vernetzt sind, beispielsweise mit Ministerien oder einzelnen Abgeordneten:

„Das Amt für internationale Beziehungen ist [...] eine gute Adresse und mit dem wir versuchen, im ständigen Kontakt zu bleiben. [...] Wir bekommen auch Newsletter von ihnen und melden unsere Veranstaltungen dort an, damit es in den Newslettern dann eben veröffentlicht wird. Damit man weiß, was auch bei uns stattfindet und damit die anderen Organisationen das wissen.“

Neben der Öffentlichkeitsarbeit für das eigene Engagement ist das primäre Ziel jedoch oftmals der Austausch mit Politikern sowie die Vertretung eigener Interessen:

„Einige von uns hatten bereits einige Abgeordnete im Bundestag gekannt, die selber das Interesse hatten, ein bisschen im Gespräch zu bleiben und die Meinung der Ukrainer zu hören. Das Ziel war, dass man mehr von solchen Gesprächen führt.“

Nicht zuletzt sind auch private Kontakte und Einzelpersonen relevant für die Vernetzung. So erzählt ein Gesprächspartner: „[B]ei Siemens habe ich sehr viel Hilfe organisiert; ich arbeite da als Werkstudent.“

Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass der Vernetzungsgrad mit deutschen Akteuren weitaus geringer ist als der Vernetzungsgrad innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft. Zusammenarbeit findet meist nur punktuell statt. Hierfür lassen sich mehrere Gründe identifizieren. Einer ist die starke Politisierung der öffentlichen Debatte in Deutschland über die Entwicklungen in der Ukraine seit 2013, die Skepsis dem ukrainischen Engagement gegenüber auslöst oder potenzielle Kooperationspartner aus Sorge um ihre Neutralität abschreckt, wie auch im Abschnitt „Herausforderungen des Engagements“ beschrieben wird. Zum anderen berichten einige Interviewte, dass sie sich zuerst innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft zu organisieren versuchten und sich erst später stärker an die deutsche Öffentlichkeit richteten, wie auch im Abschnitt „Arten des Engagements“ beschrieben wird.

Die Vernetzung in der Ukraine

Neben der Vernetzung innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft sowie mit anderen Akteuren in Deutschland ist auch jene in der Ukraine von großer Relevanz für die ukrainischen Organisationen und Initiativen. Dies gilt insbesondere für humanitäres Engagement. Zum einen dienen diese Kontakte der Kontrolle des Engagements:

„Wir müssen in der Ukraine Ansprechpartner haben, Organisationen haben oder Institutionen haben, denen wir etwas übergeben, also die uns das einmal auch quittieren, bescheinigen, dass wir es dort hingebraht haben. Die auch gleichzeitig einen Nachweis erbringen, wo sie es lassen. Nicht, dass es irgendwo im Basar landet und verkauft wird, sondern die müssen nachweisen, wo sie es lassen.“

Zum anderen ist es von Vorteil für die Verteilung der Hilfsgüter, da gerade die Ehrenamtlichen vor Ort genaue Informationen über den Bedarf haben, wie ein Engagierter betont: „Die wissen genau, wo wird etwas benötigt. Das können wir hier nicht wissen.“ Werden Hilfsgüter in verschiedene Regionen geliefert, arbeiten die Engagierten häufig mit mehreren Ehrenamtlichen oder Partnerorganisationen gleichzeitig zusammen. Dies ist notwendig, da es, wie Interviewte berichten, meist

nur regionale Organisationen in der Ukraine gibt. **Die Vernetzung erfolgt auch durch soziale Medien. Bereits bestehende persönliche Netzwerke ermöglichen die Kontaktabbahnung sowohl zu einzelnen Aktiven als auch zu möglichen Partnerorganisationen. Nicht selten entstehen so dauerhafte Kooperationen. Ausschlaggebend für die Vernetzung in der Ukraine scheinen jedoch vielmehr persönliche Kontakte wie Familie, Freunde und Bekannte zu sein.** Engagierte berichten häufig, dass sie vor Ort mit Personen zusammenarbeiten, die sie bereits seit Langem kennen. Hier ist vor allem das Vertrauen entscheidend, wie ein Engagierter beschreibt: „Ja, weil eben Vertrauen. Ja, man muss ja Sicherheit haben, dass es wirklich ankommt.“ Die Vernetzung im Bereich des humanitären Engagements in der Ukraine – unabhängig davon, ob über aktive Suche oder persönliche Kontakte entstanden – konzentriert sich dabei auf die Region Kiew, den Süden und insbesondere den Osten der Ukraine, einschließlich der Konfliktgebiete Donezk und Lugansk. Eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit ukrainischen staatlichen Stellen findet laut den Interviewpartnern hingegen kaum statt.

Internationale Vernetzung

Neben Kontakten zu Akteuren in Deutschland und in der Ukraine existieren auch internationale Netzwerke. Diese verbinden die Ukrainer in Deutschland häufig mit anderen ukrainischen Organisationen in Europa, zum Beispiel in Österreich, sowie weltweit, beispielsweise in Kanada und in den USA. Manche Engagierte beschreiben den Euromajdan als Auslöser für diese Vernetzung, doch Organisationen, die bereits vor dem Euromajdan bestanden, waren in der Regel auch zuvor international vernetzt. Der Kontakt zu Engagierten der Diaspora in anderen Ländern entsteht nicht nur durch persönliche Kontakte, sondern wird auch durch internationale ukrainische Vereinigungen erleichtert, beispielsweise den „Weltkongress der Ukrainer“ oder den „Weltkongress ukrainischer Jugendorganisationen“, wie ein Engagierter erzählt: „Wir nehmen an diese[r] Konferenz nicht jedes Jahr teil, aber das ist wirklich eine gute Möglichkeit, Ukrainer aus anderen Ländern kennenzulernen.“ Eine daraus resultierende kontinuierliche und verstärkte Zusammenarbeit ist jedoch bei der Befragung der Engagierten nicht festgestellt worden. Eine internationale Vernetzung zu nicht-ukrainischen Organisationen ist hingegen selten, so ein Interviewter: „Mit

nicht-ukrainischen Organisationen ist das nicht so viel, weil natürlich [fällt es] uns leichter in Kontakt zu kommen mit ukrainischen Organisationen.“

Zielerreichung, Erwartungen und Empfehlungen

Bei der Diskussion der von den Engagierten verfolgten Ziele in Abschnitt „Werte, Motivation und Ziele des Engagements“ wird zwischen abstrakten und konkreten Zielen differenziert. Diese Unterscheidung aufgreifend wird hier analog zwischen „output“ und „outcome“ unterschieden.³ Während „output“ die Umsetzung konkreter Politiken meint, wird unter „outcome“ die Frage diskutiert, ob eine Politik die angestrebten Ergebnisse erreicht oder zu nicht intendierten Nebenfolgen führt. Übertragen auf das Engagement der in Deutschland lebenden Ukrainer stellt sich einerseits die Frage, ob es den Engagierten gelingt, die angestrebten „outputs“, wie Hilfslieferungen, Veranstaltungen und anderes, zu realisieren. Andererseits ist danach zu fragen, ob diese „outputs“ auch zu einem „outcome“ führen, somit einen Beitrag zur Realisierung der angestrebten abstrakten Ziele leisten. In beiden Fällen wird hier jedoch nur ein Überblick über die subjektive Selbsteinschätzung der Engagierten gegeben und keine unabhängige Projektevaluation durchgeführt.

Die konkreten „outputs“ der einzelnen Aktivitäten evaluieren die Ehrenamtlichen nicht aus einer systematischen Perspektive, ob bestimmte selbst gesetzte Ziele erreicht wurden, sondern blicken subjektiv darauf, was sie geleistet haben: „Also wir sind ganz froh und stolz, dass wir etwas geschafft haben und über jede erfolgreiche Aktion freuen wir uns sehr.“

Insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe sind aber auch Quantifizierungen der geleisteten Hilfe sehr verbreitet. Neben dem Aspekt der Evaluation dienen diese aber auch dazu, öffentlich die eigene Arbeit zu dokumentieren und Transparenz zu schaffen. Abbildung 1 zeigt ein eindrucksvolles Beispiel hierfür.

³ W. Jann/K. Wegrich, Phasenmodell und Politikprozesse: Der Policy Cycle, in: K. Schubert/N. C. Bandelow (Hg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*, München 2009, S. 75-115, hier S. 81-83.

Es werden jedoch auch Bilder benutzt, die das Engagement als Sisyphusarbeit beschreiben, ohne dass sich (bisher) in den Interviews Frustration wegen fehlenden Fortschritts spiegelt.

„[...] Es gibt so einen Spruch auf Ukrainisch: Du schlägst mit einer Nuss an die Wand und es [sic!] kommt zurück und dann hast du wieder diesen [sic!] Nuss. Es gibt kein Ergebnis und das ist wirklich schade, weil, aber wir geben nicht auf [...].“

Der Interviewpartner, der einen Zusammenhang zwischen der wachsenden Müdigkeit der Engagierten und den ausbleibenden Reformen in der Ukraine herstellt, bleibt eine Ausnahme: „Nicht nur konkret physikalisch, wo der Mensch konkret müde sein kann, sondern auch launisch, weil in der Ukraine heutzutage läuft [sic!] auch die Reformen nicht so besonders gut“.

Dass die Engagierten sich selbst und die Ukraine inmitten eines Prozesses sehen, der noch nicht abgeschlossen ist und den weiter zu begleiten sie bereit sind, zeigt sich auch bei den Anregungen und Empfehlungen, die in den Interviews mit Blick auf eine Erleichterung der ehrenamtlichen Aktivitäten gegeben werden. Es wird zwar der Wunsch geäußert, beispielsweise Deutschland möge sein Engagement in der humanitären Hilfe weiter intensivieren. Eine generelle Tendenz, dass die Ehrenamtlichen fordern, der deutsche oder ukrainische Staat möge die von ihnen derzeit wahrgenommenen Funktionen, die – wie zum Beispiel die Ausstattung des Militärs – zum Teil dessen originäre Aufgaben sind, zukünftig selbst erfüllen, gibt es aber nicht. Vielmehr wünschen sie sich Hilfe zur Selbsthilfe beziehungsweise die Beseitigung einiger der im Abschnitt zu den Herausforderungen geschilderten Hindernisse.⁴ Mit Blick auf die europäische Ebene wird hier zentral das Thema Visaliberalisierung genannt: „Es gibt einen sehr großen Aspekt: Wir wollen für die Ukraine Visafreiheit. Das würde vieles auch ändern, auch die Diaspora stärken [...].“

An die ukrainische Regierung wird die Forderung nach Lockerung der Zollformalitäten gerichtet, wobei zugleich auch Verständnis für die prinzipielle Notwendigkeit von Zollkontrollen geäußert wird. Insbesondere mit Blick auf die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen für die ukrainische Armee wünschen sich die Engagierten mehr Rechtssicherheit. Auch wurde angeregt, dass Deutschland oder

⁴ Es konnten Hindernisse identifiziert werden, die a) nur das Engagement für die Ukraine betreffen, die b) für in Deutschland sich engagierende Ausländer spezifisch sind und die c) allgemeiner Natur sind.

internationale Organisationen Transporte in die Ukraine durchführen sollten, denen die Ehrenamtlichen Spenden mitgeben können.

Sowohl an die ukrainische als auch an die deutsche Seite wird der Wunsch adressiert, ein Ukrainisches Haus zu schaffen, das einerseits stellvertretend für die Bereitstellung von für die Aktivitäten notwendiger Infrastruktur steht, dem andererseits aber auch eine symbolische Bedeutung als Treffpunkt der ukrainischen Diaspora in Deutschland zugewiesen wird. Der Treffpunkt wird dabei nicht nur als physischer Raum gedacht, sondern auch eine Online-Plattform oder regelmäßige Veranstaltungen zum Netzwerken werden angeregt. Die Hoffnung, durch den deutschen Staat Unterstützung bei der Infrastruktur, insbesondere Räumen, zu erhalten, wird primär an die Kommunen gerichtet, von denen auch eine generelle Hilfestellung bei das Ehrenamt betreffenden Fragen, im Sinne eines Kontaktpunktes oder Ansprechpartners, erwartet wird. Weitergehend werden ein spezifisches Kursangebot, das die Engagierten bei der Professionalisierung ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützt, und „Schulungen oder Anleitungen zur Antragsstellung“ vorgeschlagen. Mit Blick auf die Erleichterung der Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt haben einige Interviewpartner ferner darauf hingewiesen, dass dieses besser auf die maximal zulässige Studiendauer anrechenbar sein sollte.

Meist diffuse Erwartungen richten sich auf den Zugang zu Förderung durch deutsche Stellen. Hier wird zwar generell Kritik an der Zugänglichkeit der Förderung und ihrer strategischen Ausrichtung geäußert, aber außer dem nicht belegbaren Gerücht, „dass [das] Auswärtige Amt [...] mehr für Russland Geld gegeben [habe], als für die Ukraine“, werden kaum konkrete Probleme benannt. Insgesamt scheint es hier in den Augen der Engagierten eine erhebliche Schwelle zu geben, die viele davon abhält, sich überhaupt mit den Fördermöglichkeiten und -regularien zu beschäftigen. In der Konsequenz kommt es zu einer diffusen Unzufriedenheit, die weniger im System der Förderung selbst als vielmehr in der Information über dieses seine Ursache zu haben scheint. Die einzige Problematik, die konkret benannt und für deren Lösung eine Änderung der Förderinstrumente angeregt wird, ist die Tatsache, „dass diese Vereine sehr neu sind und da ist es schon schwierig, einen Antrag bewilligt zu bekommen, wenn ein Verein keine Förderungsgeschichte hatte zum Beispiel“. Dabei wird jedoch auch anerkannt, dass die für eine Förderung vorausgesetzten, von vielen

Initiativen aber noch nicht erfüllten Kriterien sinnvoll sind und deren Abschaffung keine Lösung ist.

Ein weiterer Bereich sind Austauschprojekte, durch die der Dialog zwischen den Bürgern beider Länder gefördert werden soll. Die Vorschläge reichen von einem „deutsch-ukrainischen Kongress, dass man sich zu einem Forum trifft einmal pro Jahr“, ukrainischen Kulturtagen und Austauschprojekten für Jugendliche bis hin zu einer Intensivierung des wissenschaftlichen Austauschs, einschließlich des Erhalts der Ukrainistik als eigenständiges Fach an deutschen Universitäten⁵ und der Etablierung eines Netzwerks von Ukraine-Experten in Deutschland.

Mit Blick auf die deutschen Medien wird der Wunsch geäußert, diese mögen das Thema Ukraine stärker aufgreifen. Ferner wird als Gegengewicht zu russischen Medien vorgeschlagen, dass beispielsweise die Deutsche Welle ihre Berichterstattung in russischer Sprache intensivieren solle.

Neben diesen konkreten, das eigene Engagement betreffenden Vorschlägen wird auch eine Reihe von generelleren Erwartungen formuliert. Hierzu gehört insbesondere die Forderung, dass Europa das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine vollständig anerkennen und sie auf dem Weg der Annäherung an den Westen und bei der Stabilisierung des ukrainischen Staates, insbesondere der Korruptionsbekämpfung, stärker unterstützen solle. Spiegelbildlich wird von der ukrainischen Regierung eine konsequente Fortsetzung des Reformkurses erwartet.

Zwischenfazit

Die in Deutschland engagierten Ukrainer bilden keine isolierte Einheit, sondern sie suchen kontinuierlich den Kontakt mit der deutschen Gesellschaft. Insbesondere in Fragen der Wahrnehmung der Ukraine in der deutschen Öffentlichkeit, versuchen sie diese aktiv mitzugestalten, was ihnen aber nur zum Teil gelingt. Dabei bildet die Gesamtheit der engagierten Ukrainer noch keine Diaspora. Hier muss zwischen Initiativen und Organisationen, die vor beziehungsweise nach dem Euromajdan in Deutschland entstanden sind, unterschieden werden. Während Erstere eine „alte Diaspora“ bilden, haben die Ereignisse in der Ukraine seit Ende

⁵ Die Interviews wurden vor der Entscheidung vom November 2015 über den Erhalt der Ukrainistik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald geführt.

2013 die Entstehung einer neuen „diasporic community“ in Deutschland ausgelöst.

Ein Großteil jener Interviewpartner, sie sich seit dem Euromajdan engagieren, verortet sich selbst nicht als Teil dieser „alten Diaspora“. Während deren Mitglieder oftmals in der zweiten Generation in Deutschland leben, wird die jüngere Gruppe – im Rahmen dieser Studie als „diasporic community“ bezeichnet – oftmals von in den letzten Jahren zugewanderten Arbeitsmigranten und Studierenden geprägt. Sie sind meist freiwillig nach Deutschland gekommen und planen nicht notwendigerweise für immer außerhalb der Ukraine zu leben. In der Selbstwahrnehmung zeichnen sie sich aber zugleich durch ein hohes Maß an Integrationswillen aus. Dementsprechend stehen sie dem Begriff Diaspora ablehnend oder indifferent gegenüber. Gleichzeitig erfüllen sie spätestens seit dem Euromajdan mehrere der in der Einleitung angesprochenen konstitutiven Elemente einer Diaspora: Sie stehen im Austausch mit anderen Menschen ukrainischer Herkunft in Deutschland und im Ausland. Sie pflegen zunehmend eine kollektive kulturelle Selbstwahrnehmung als Ukrainer und stehen der damit verbundenen Gemeinschaftsbildung positiv gegenüber. Ob sich aus dieser „entstehenden Gemeinschaft“ jedoch eine „neue Diaspora“ im Sinne einer „imagined community“⁶ manifestieren wird, bedarf der weiteren Untersuchung.

Ein anderes Kennzeichen, das die neu entstandene „diasporic community“ von der „alten Diaspora“ abgrenzt, ist die Rolle, die die sozialen Medien bei deren fortschreitender Transnationalisierung spielen.⁷ So haben es Facebook, Twitter und andere soziale Foren, wie zuvor beschrieben, den Ukrainern in Deutschland nicht nur ermöglicht, die Ereignisse des Euromajdan in Echtzeit zu verfolgen, sondern sie spielen auch eine zentrale Rolle bei der Vernetzung der Mitglieder der im Entstehen begriffenen Gemeinschaft. Dies wirft die Frage auf, ob diese neue Gemeinschaft noch mit den etablierten Konzepten der Diaspora-Forschung erfasst werden kann oder ob sie besser als „digital diaspora“ zu beschreiben ist. Dass es möglich ist, dieselben Medien zur selben

6 B. Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main/New York 2005.

7 J. M. Brinkerhoff, *Digital diasporas: Identity and transnational engagement*. Cambridge 2009; A. Alonso/P. J. Oiarzabal, *Diasporas in the New Media Age: Identity, Politics, and Community*. Reno/Las Vegas 2010.

Zeit wie die im Heimatland lebenden Menschen zu rezipieren und aktiv an der dortigen öffentlichen Debatte teilzunehmen, gibt den in der Diaspora lebenden Menschen die Wahlfreiheit an der Öffentlichkeit des Wohnsitz- und/oder des Heimatlandes teilzuhaben. Gleichzeitig relativiert die zunehmende digitale Vernetzung jedoch das Konzept national begrenzter Diskurse beziehungsweise Öffentlichkeiten. Es stellt sich die Frage, ob hier ein neuer grenzüberschreitender Raum entsteht, der das Selbstverständnis einer neu entstehenden Gemeinschaft nachhaltig prägt und verändert. Die virtuell verringerte Distanz auf allen Ebenen wirft also Fragen nach der qualitativen Veränderung der Diaspora und hinsichtlich der Integration ihrer Mitglieder in die Gesellschaft des Wohnsitzlandes auf. Ob die innovativen technischen Möglichkeiten durch die Schaffung neuer Einflusskanäle einer Integration eher förderlich oder durch die Möglichkeit, sich ganz aus der Öffentlichkeit des Wohnsitzlandes zurückzuziehen, eher hinderlich sind, bedarf der weiteren Erforschung. Andererseits bieten die sozialen Medien aber auch die Möglichkeit, durch die Vernetzung innerhalb der Gemeinschaft soziales Kapital zu erwerben und somit ein potenzielles Gegengewicht zum Bedeutungsverlust etablierter zivilgesellschaftlicher Strukturen zu schaffen, wie er sich beispielsweise im Rückgang der Mitgliederzahlen von Parteien und Gewerkschaften zeigt.



Zivilgesellschaftliches Engagement der Ukrainer in Polen und Deutschland – Ähnlichkeiten, Unterschiede, Ausblick

Das zivilgesellschaftliche Engagement der Ukrainer für ihr Heimatland, die eigenen Landsleute sowie die Reformen in der Ukraine weist in Polen und Deutschland zahlreiche Ähnlichkeiten auf. Dennoch lassen sich auch Differenzen feststellen, die aus Unterschieden bei der Integration in die deutsche beziehungsweise polnische Gesellschaft, der geringeren beziehungsweise größeren geografischen, kulturellen und sprachlichen Nähe Deutschlands respektive Polens zur Ukraine sowie der Politik in beiden Ländern gegenüber den untersuchten Gruppen resultieren. Eine weitere Ursache für festzustellende Unterschiede sind andere Einstellungen der Gesellschaften beider Länder gegenüber dem russisch-ukrainischen Konflikt. In Polen haben sich die Bürger von Anfang an überzeugt gezeigt, dass Russland der Aggressor ist. Laut einer im Februar 2015 in Polen und Deutschland durchgeführten Umfrage des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und der Bertelsmann-Stiftung trägt nach Meinung der überwiegenden Mehrheit der Polen (61 Prozent) allein Russland die Schuld am Ukraine-Konflikt. In Deutschland war die öffentliche Meinung in dieser Frage hingegen geteilt: Während 39 Prozent der Befragten den russischen Staat für den Konflikt verantwortlich machten, gaben 43 Prozent die Schuld sowohl der russischen als auch der ukrainischen Seite.¹ Entsprechend ist das Interesse in Polen an den Aktivitäten der ukrainischen Minderheit und der ukrainischen Migranten größer und wohlwollender als das Interesse in Deutschland am zivilgesellschaftlichen Engagement der dort lebenden Ukrainer. Andererseits herrschen in Teilen der polnischen Gesellschaft aus historischen Gründen, die bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichen,

1 J. Kucharczyk/A. Łada/G. Schöler/L. Wenerski, Close together or far apart? Poles, Germans and Russians on the Russia-Ukraine crisis, Instytut Spraw Publicznych/Bertelsmann Stiftung (Hg.), Warszawa 2015, S.12.

immer noch Stereotype bezüglich der ukrainischen Nation vor,² die mitunter eine gewisse Skepsis gegenüber den Aktivitäten der Engagierten wecken. In Deutschland wiederum stellen eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber der Ukraine und ein nach wie vor bestehendes Unverständnis für die Situation im Land Herausforderungen für die sich engagierenden Ukrainer dar.

Die vorliegende Untersuchung ist nicht repräsentativ, so dass auf der Grundlage der durchgeführten Interviews keine generalisierende Beschreibung des zivilgesellschaftlichen Engagements der Ukrainer in Deutschland und Polen möglich ist. Gleichwohl erlauben die Aussagen der Interviewpartner, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Engagierten in beiden Ländern, die jeweiligen Formen des Engagements sowie das soziale Umfeld der Aktiven zu beschreiben.

Motive und Ziele, sich zu engagieren

Die Handlungsmotive der in Polen und Deutschland lebenden Ukrainer sind sehr ähnlich. Zu ihnen gehören vor allem das Bedürfnis, Solidarität mit den Landsleuten in der Heimat zu leben, der Wunsch nach Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, politische und ökonomische Unabhängigkeit der Ukraine sowie ihre beschleunigte „Europäisierung“.

Vor dem Euromajdan waren die ausschlaggebenden Motive für den Zusammenschluss und das Engagement vieler Ukrainer in Polen und Deutschland das Zugehörigkeitsgefühl zur Ukraine, das Bedürfnis, sich am neuen Wohnort sozial aktiven Landsleuten anzuschließen und sich gegenseitig zu unterstützen. Durch diesen Schulterschluss entsteht mitten in der Emigration eine Art Substitut der eigenen Heimat und die Eingewöhnung in die neue Umgebung fällt leichter. Auch Angebote innerhalb des persönlichen Umfelds, sich zu engagieren, sowie individuelle Charaktereigenschaften der sich Engagierenden sind als der Partizipation förderliche Faktoren von Bedeutung. So weisen viele befragte Ukrainer in Polen darauf hin, dass sie die große Bandbreite an Aktionsmöglichkeiten dazu ermuntert hat, sich selbst zivilgesellschaftlich zu engagieren. Innerhalb der ukrainischen Minderheit in Polen sind aus dem Elternhaus übernommene Werte und Traditionen, insbesondere

² So haben das Vorurteil, es gebe einen übertriebenen ukrainischen Nationalismus, und die Behauptung, bei ukrainischen Migranten handle es um schlecht ausgebildete Arbeitskräfte, weiterhin Bestand.

hinsichtlich Religion und Sprache, weitere das Engagement befördernde Faktoren.

Die seit November 2013 in der Ukraine zu beobachtende krisenhafte Entwicklung wurde für zahlreiche in Polen und Deutschland lebende Ukrainer zum Auslöser für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die einen weitaus stärker politischen Charakter tragen als zuvor. In beiden Ländern haben sich als Reaktion auf den Euromajdan zudem viele Ukrainer erstmals ehrenamtlich mit Bezug zur Ukraine engagiert. Der von Russland durch die Annexion der Krim initiierte und im Folgenden durch die russische Politik unterstützende Separatismus im Osten des Landes weiter beförderte russisch-ukrainische Konflikt wirkte als Katalysator und stärkte in beiden Ländern das nationale Zugehörigkeitsgefühl der Ukrainer sowie deren Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement.

Dahinter steht der feste Wille, sich mit den Menschen in der Ukraine solidarisch zu zeigen und ihnen konkret Hilfe zu leisten, zum Beispiel in Form finanzieller und materieller Unterstützung. Auch wollen die Engagierten in Deutschland und Polen öffentlich für die Belange eines unabhängigen ukrainischen Staates eintreten und die eigene ukrainische Identität nach außen darstellen. Darüber hinaus verfolgte Ziele sind die Unterstützung der Unabhängigkeit und die Stabilisierung des ukrainischen Staates.

Auch unterstützen die Interviewpartner die in der Heimat durchgeführten Reformen und kritisieren diese als nicht weit genug gehend. Dies zeigt, dass unter den in Polen und in Deutschland lebenden Ukrainern das Interesse an der politischen Zukunft der Ukraine gewachsen ist, was zumindest bis Ende 2015 die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement eher förderte, denn hemmte.

Insbesondere die in Deutschland lebenden Ukrainer sind bestrebt, sich der russischen Staatspropaganda entgegenzustellen und eine als verzerrt wahrgenommene Berichterstattung, speziell hinsichtlich der Rolle rechtradikaler Kräfte in der Euromajdan-Bewegung, zu korrigieren. In Polen dagegen, wo die Medien in zumeist sehr wohlwollendem Tonfall über die Ukraine berichteten, sehen die zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer weniger Bedarf, sich mithilfe polnischer Medien Gehör zu verschaffen und sich zur Lage in ihrem Heimatland zu äußern. Generell ist aber festzustellen, dass sowohl in Deutschland als auch in Polen das zivilgesellschaftliche Engagement im Gegensatz zu den

zuvor allein auf das Leben der ukrainischen Diaspora konzentrierten Aktivitäten zunehmend auch auf die deutsche und polnische Gesellschaft ausgerichtet sind.

Formen und Instrumente des zivilgesellschaftlichen Engagements

In beiden Ländern gibt es sowohl zivilgesellschaftliches Engagement, das formell als auch solches, das informell organisiert ist. Gleichzeitig lässt sich eine bestimmte Aktivität oft nicht eindeutig als formelles oder informelles Engagement klassifizieren, da häufig Mischformen auftreten. Eine Ursache hierfür liegt darin, dass viele im Zuge des Euromajdan entstandene Initiativen kaum Strukturen aufweisen, ihre Aktivitäten unorganisiert sind und sie ad hoc initiiert wurden. Zudem zeigen die Interviews, dass viele Personen in mehreren, unterschiedlich organisierten Initiativen oder Organisationen tätig sind. Es ist allerdings hervorzuheben, dass es in Polen bereits vor dem Euromajdan viel mehr formell organisiertes zivilgesellschaftliches Engagement gab als in Deutschland. Seit Anfang des Jahres 2015 sind jedoch insbesondere in Deutschland Prozesse der Formalisierung und Institutionalisierung zu beobachten.

Infolge des russisch-ukrainischen Konflikts hat sich die Bandbreite des zivilgesellschaftlichen Engagements der Ukrainer in beiden Ländern verschoben. Zu Aktivitäten zur Pflege der eigenen Gemeinschaft in der Emigration sind vor allem die Unterstützung von Landsleuten in der Heimat in Form von politischen Aktionen und mittels humanitärer Hilfe hinzugekommen. Zu Ersteren gehören etwa Demonstrationen und Happenings. Im Rahmen Letzterer werden in beiden Ländern Kleidung, Lebensmittel, Medikamente, medizinische Geräten und Geld gesammelt und an Hilfsbedürftige in der Ukraine verteilt. Sowohl in Polen als auch in Deutschland lassen die Regierungen ukrainische Soldaten ärztlich behandeln, wobei Ehrenamtliche ihre soziale Betreuung und die Unterstützung ihrer Familien in der Ukraine übernehmen.

Zugleich werden in beiden Ländern das kulturelle und das gesellschaftlich-politische Engagement nicht vernachlässigt und zahlreiche Veranstaltungen in diesen Bereichen organisiert. Mit diesen wenden sich die Engagierten primär an Polen und Deutsche mit den Zielen, die ukrainische Kultur zu präsentieren, Vorurteile gegenüber der

Ukraine abzubauen und die ukrainische Sichtweise auf die Entwicklungen im Heimatland bekannter zu machen. Thema solcher Veranstaltungen waren im Jahr 2015 auch die aktuelle politische Situation und der Fortgang der Reformen in der Ukraine. Aktionen, die die beiden letztgenannten Ziele verfolgen, sind insbesondere in Deutschland ein zentrales Betätigungsfeld der ukrainischen Engagierten, um sich der russischen „Stimmungsmache“ entgegenzustellen und die prorussische Einstellung vieler Deutscher zu thematisieren und kritisch zu hinterfragen.

Wie zuvor beschrieben, unterscheiden sich das Interesse und die öffentliche Meinung in Deutschland und in Polen mit Blick auf den ukrainisch-russischen Konflikt und die Entwicklungen in der Ukraine erheblich. In der Folge gibt es auch hinsichtlich der medialen Aktivitäten der Ukrainer in beiden Ländern erhebliche Unterschiede. Von polnischen Medien wurden die zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer selbst eingeladen und diese nutzten die Gelegenheit, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Ukraine weiter zu stärken. Während des Höhepunkts des medialen Interesses an den dortigen Entwicklungen sind Vertreter der Engagierten zu wichtigen Ansprechpartnern für Journalisten geworden und werden seitdem für Kommentare zum Thema Ukraine angefragt. In Deutschland dagegen wurden solche Einladungen seitens der Medien nur sehr selten ausgesprochen und es bedurfte intensiver Pressearbeit, um auch nur eine geringfügige mediale Präsenz zu erreichen.

In beiden Ländern hat die griechisch-katholische Kirche für das zivilgesellschaftliche Engagement während des Euromajdan eine ähnliche Rolle gespielt. Das Ausmaß, in dem sie diese Rolle in den beiden untersuchten Ländern übernommen hat, unterscheidet sich jedoch erheblich. Sie hat sich zu einer Plattform für vielfältige gemeinsame Aktionen entwickelt, ermöglicht als Treffpunkt der Ukrainer vor allem einen ungehinderten Informationsaustausch und erleichtert die Bildung von Netzwerken. Ferner trägt sie zur Stabilisierung der nationalen Identität der ukrainischen Minderheit in Polen bei und unterstützt die Integration der Ukrainer in die polnische Gesellschaft. In Deutschland hingegen hat sie allein schon wegen ihrer vergleichsweise schwächeren organisatorischen Stellung diese Rolle in viel geringerem Maße ausfüllen können.

Die große Zahl ukrainischer Studierender in Polen und deren Konzentration in einigen Universitätsstädten macht auch Hochschulen

zu Treffpunkten der Engagierten in Polen. In Deutschland hingegen werden Universitäten seltener als Treffpunkt erwähnt. Ferner dienen in beiden Ländern lokale Nichtregierungsorganisationen, Vereine und Stiftungen, die von ukrainischen Bürgern beziehungsweise zur Förderung ukrainischer Belange gegründet wurden, als Ort gemeinsamer Aktivitäten.

Das soziale Umfeld der zivilgesellschaftlich Engagierten

Beziehungen innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft

Das zivilgesellschaftliche Engagement hat die Beziehungen innerhalb der ukrainischen Gemeinschaften in beiden Untersuchungsländern beeinflusst. Mit Blick auf das Binnenverhältnis in Polen ist eine Annäherung zwischen den im „Bund der Ukrainer“ organisierten Mitgliedern der ukrainischen Minderheit und den Organisationen, die die ukrainischen Migranten vertreten, zu konstatieren. Die Zusammenarbeit beider Seiten läuft jedoch bis heute nicht reibungslos, was auf einen Generationenkonflikt zurückzuführen ist, da die Mitglieder des „Bundes der Ukrainer“ mehrheitlich älter sind als die neu eingewanderten Ukrainer. Eine stärkere Institutionalisierung der Migrantengemeinschaft fehlt jedoch.

Für Deutschland ist, ausgelöst durch den Euromajdan und den russisch-ukrainischen Konflikt, die Entstehung einer „diasporic community“ festzustellen. Sie hat zumindest zeitweise bestehende Konkurrenzverhältnisse zwischen unterschiedlichen Organisationen der „alten Diaspora“ sowie zwischen den Generationen überdeckt, ohne diese jedoch aufzulösen. Zudem fühlen sich zur „diasporic community“ auch Ukrainer zugehörig, die vor Ende 2013 kaum oder gar keinen Kontakt zu anderen Ukrainern hatten.

Zu einem Schlüsselinstrument für die Engagierten sind die sozialen Medien geworden. Während der Proteste auf dem Majdan in Kiew haben sie nicht nur zu einer Beschleunigung der Verbreitung von Informationen geführt, sondern die in Polen und in Deutschland lebenden Ukrainer hatten mittels Facebook, Twitter und anderer Plattformen auch die Möglichkeit, in Echtzeit die Ereignisse zu verfolgen, was zu einer als unmittelbar wahrgenommenen individuellen Betroffenheit führte und entsprechend die Motivation stärkte, sich zu engagieren. Die

sozialen Medien ermöglichen eine Steigerung des sozialen Kapitals der ukrainischen Engagierten und erleichtern konkret deren Zusammenarbeit trotz struktureller und gesellschaftlicher Unterschiede.

Dies wirft die Frage auf, ob die in beiden Ländern im Entstehen begriffene neue Gemeinschaft der Ukrainer noch mit den etablierten Konzepten der Diaspora-Forschung erfasst werden kann oder ob sie besser als „digital diaspora“ zu beschreiben ist. Dass es möglich ist, dieselben Medien zur selben Zeit wie die im Heimatland lebenden Menschen zu rezipieren und über die sozialen Medien aktiv an der dortigen öffentlichen Debatte teilzunehmen, gibt den in der Diaspora lebenden Menschen die Wahlfreiheit, an der Öffentlichkeit im Wohnsitz- und/oder im Heimatland teilzuhaben. Gleichzeitig relativiert die zunehmende digitale Vernetzung jedoch das Konzept national begrenzter Diskurse beziehungsweise Öffentlichkeiten. Es stellt sich die Frage, ob hier ein neuer grenzüberschreitender Raum entsteht, der das Selbstverständnis einer neu entstehenden Gemeinschaft nachhaltig prägt und verändert. Die virtuell verringerte Distanz auf allen Ebenen wirft somit Fragen nach der qualitativen Veränderung der Diaspora und hinsichtlich der Integration ihrer Mitglieder in die Gesellschaft des Wohnsitzlandes auf. Ob die innovativen technischen Möglichkeiten durch die so geschaffenen neuen Einflusskanäle einer Integration eher förderlich oder durch die Möglichkeit, sich ganz aus der Öffentlichkeit des Wohnsitzlandes zurückzuziehen, eher hinderlich sind, bedarf der weiteren Erforschung. Andererseits bieten die sozialen Medien aber auch die Möglichkeit, durch die Vernetzung innerhalb der Gemeinschaft soziales Kapital hinzuzugewinnen und somit ein potenzielles Gegengewicht zum Bedeutungsverlust etablierter zivilgesellschaftlicher Strukturen zu bilden, wie er sich beispielsweise im Rückgang der Mitgliederzahlen bei Parteien und Gewerkschaften zeigt.

[Beziehungen zu ukrainischen Behörden sowie Institutionen des Aufnahmelandes](#)

Ein wichtiger Bezugspunkt für die zivilgesellschaftlich aktiven Ukrainer in Polen und in Deutschland waren die ukrainische Botschaft und die Konsulate. In beiden Ländern herrscht unter den befragten Ukrainer diesbezüglich Einigkeit, dass die gute Zusammenarbeit erst durch den politischen Machtwechsel in der Ukraine möglich wurde. Die

Botschaft in Berlin fungierte vor der Flucht von Janukowytsch gar als negativer Bezugspunkt in der Form, dass in der dem Botschaftsgebäude gegenüberliegenden Heinrich-Böll-Stiftung eine alternative Vertretung der Ukraine in Deutschland namens „Euromaidan Wache Berlin“ geschaffen wurde.

Der Euromaidan hat die Ukrainer auch zu einer engeren Kooperation mit staatlichen Behörden in Polen und polnischen Bürgern in vielen Regionen des Landes ermuntert. In Deutschland gibt es dagegen bisher nur vereinzelt Kooperationen mit öffentlichen Einrichtungen oder Behörden. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die ukrainische Gemeinschaft in Deutschland nur aus einer geringen Zahl formeller Organisationen bestand, die mehr innerhalb der Diaspora agierten. In beiden Ländern haben die Regierungen als Reaktion auf den Konflikt zusätzliche Fördergelder zur Unterstützung der Ukraine bereitgestellt.

Die Ukrainer in Polen und in Deutschland bewerten ihre Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen entsprechend ihren individuellen Erfahrungen recht unterschiedlich. Abgesehen von Klagen über unnötige bürokratische Hürden (zum Beispiel bei der Beantragung eines Aufenthaltstitels) zeigen sich ukrainische Bürger in Polen auch überrascht, dass einige Anliegen seitens der polnischen Behörden relativ rasch erledigt werden. So wurde unter anderem die Gründung von Organisationen von den Befragten in Polen als leichtes Unterfangen beschrieben. Allerdings existieren auch in Polen einige formelle Barrieren bei der Registrierung von Organisation. In Deutschland lebende Ukrainer bezeichnen hingegen die Registrierung oftmals als schwierigen Prozess. Als eines der Hauptprobleme bei der Eintragung von Vereinen in das Vereinsregister und deren steuerrechtlicher Anerkennung als gemeinnützig wurde die Anpassung der Vereinssatzung an alle rechtlichen Erfordernisse genannt, aber auch die Verwaltungsabläufe in deutschen Ämtern und Behörden haben zu Verzögerungen geführt.

Beziehungen zur polnischen und deutschen Gesellschaft sowie in die Ukraine

Die zuvor erwähnten unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexte, in denen Ukrainer in Polen und in Deutschland leben, die unterschiedliche Bedeutung, die die beiden Gesellschaften der jeweiligen ukrainischen Gemeinschaft beimessen, sowie die Geschichte, die Deutschland

einerseits und Polen andererseits mit der Ukraine verbindet, haben direkte Folgen für das Verhältnis der polnischen beziehungsweise deutschen Bürger zum ukrainischen Engagement in beiden Ländern.

Die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Ukrainer konnten in Polen die positive Wahrnehmung der ukrainischen Nation durch die polnische Bevölkerung weiter verbessern und der Verbreitung einschlägiger Stereotype entgegenwirken. Die Aufgaben, das Bild der Ukraine weiter zu verbessern und die dortigen Reformen zu unterstützen, bestehen ebenso fort wie die Tatsache, dass das Thema Ukraine trotz auftretender „Ermüdungserscheinungen“ auf der öffentlichen Agenda bleiben muss. In Deutschland stellt sich die Situation anders dar. Dort beklagen die Interviewpartner eine unzureichende Wahrnehmung des ukrainischen zivilgesellschaftlichen Engagements und eine allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber der Ukraine. Sie fühlen sich oft nicht verstanden und als mit Russland gleichgesetzt. Entsprechend gering schätzen sie ihren Einfluss auf eine Veränderung des Ukraine-Bildes in Deutschland ein. In Deutschland kommen als wichtige Herausforderungen hinzu, einerseits den Bundesbürgern mehr Wissen über die Ukraine zu vermitteln und andererseits die ukrainischen Interessen gegenüber Entscheidungsträgern und Akteuren der Zivilgesellschaft zu vertreten.

In Polen sind die Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen sowie die Unterstützung durch Polen sichtbar. Die Interviewpartner in Deutschland hingegen berichten, dass in ihrem Land zwar nicht nur Ukrainer aktiv sind, es aber doch selten vorkommt, dass sich auch Deutsche ohne einen persönlichen Bezug zur Ukraine engagieren. Auch die Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen deutschen Akteuren ist selten. Im Gegensatz zur Tschernobyl-Katastrophe, nach der viele Tschernobyl-Hilfen gegründet wurden, haben weder der Euromajdan noch der russisch-ukrainische Konflikt zu einer großen zivilgesellschaftlichen Mobilisierung unter den Deutschen geführt.

In beiden Ländern haben ukrainische Organisationen und informelle Initiativen enge Kontakte zur Zivilgesellschaft beziehungsweise zu einzelnen Organisationen und Personen in der Ukraine geknüpft. Viele dieser Kontakte dienen der Verteilung von in Deutschland und in Polen für die Ukraine gesammelten humanitären Gütern. Die ukrainische Minderheit in Polen organisiert auch Projekte, durch die Erfahrungen des

polnischen Transformationsprozesses für die Ukraine nutzbar gemacht werden. Dazu werden Personen aus der Ukraine (zum Beispiel Aktivisten, Beamte, Journalisten) nach Polen zu Seminaren oder Schulungen eingeladen, da in Polen lebende Ukrainer oft Organisationen aus der Heimat distanziert gegenüberstehen. Die informell aktiven Ukrainer in Polen und Deutschland nutzen außerdem private Kontakte oder bahnen neue an, um Menschen in der Heimat zu unterstützen.

Zivilgesellschaftlich aktive Ukrainer in Polen und Deutschland – aktuelle Herausforderungen

Die zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer in Polen und in Deutschland stehen vor der Herausforderung, eine infrastrukturelle Basis zur Durchführung ihrer Aktivitäten zu schaffen. Zwischen beiden Ländern existieren jedoch Unterschiede. In Deutschland findet dies insbesondere seinen Ausdruck in dem bereits erwähnten Prozess der Institutionalisierung anfänglich informeller Initiativen. In Polen erhalten nur wenige Initiativen und Organisationen dauerhafte Förderung, außerdem fehlt es an Instrumenten der Regierung, die spezifisch Migrantenorganisationen und nicht den gesamten Dritten Sektor unterstützen. Gleichzeitig erweist sich mit nachlassendem medialen Interesse an der Ukraine auch die Unterstützung durch die polnische Gesellschaft rückläufig.

In Deutschland war die anfängliche Spendenbereitschaft groß, allerdings primär von Personen, die sich der ukrainischen Diaspora zugehörig fühlen, und aus deren deutschem Umfeld. Dabei wurden aber insbesondere Geldspenden meist nur an bereits als Verein eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Organisationen³ geleistet. Ein darüber hinausgehendes Engagement von Deutschen stellte jedoch eine Ausnahme dar. Außerdem haben die oftmals neu gegründeten Organisationen aufgrund fehlender Erfahrungen mit der Antragstellung und Durchführung von Projekten schlechte Chancen bei der Beantragung staatlicher Förderung. Hinzu kommt, dass den Engagierten oft spezifisches Wissen über Fördermöglichkeiten fehlt.

In beiden Ländern bleibt jedoch die Herausforderung bestehen, das zivilgesellschaftliche Engagement von Ukrainern für ihr Heimatland

3 Nur in einem solchen Fall kann die Spende auch steuerlich geltend gemacht werden.

dauerhaft aufrechtzuerhalten, da sich infolge des intensiven Engagements in der Anfangszeit Ermüdungserscheinungen einstellen. Diese werden durch das Stagnieren des Reformprozesses in der Ukraine zusätzlich befördert.



Empfehlungen

Das Ziel der vorliegenden Studie ist es nicht nur, das zivilgesellschaftliche Engagement der Ukrainer in Polen und in Deutschland zu untersuchen, sondern basierend darauf Empfehlungen zur Unterstützung und Förderung des Engagements zu geben. Diese richten sich sowohl an die politischen Entscheidungsträger Deutschlands, Polens sowie der Ukraine als auch an die Engagierten in den beiden Ländern selbst.

Neben Herausforderungen, die in diesen Empfehlungen angesprochen werden, gibt es noch weitere Schwierigkeiten, die als institutionelle Probleme bezeichnet werden können: Korruption, Bürokratie sowie der Einfluss der kommunistischen Vergangenheit auf das Verhalten der Menschen und die institutionellen Veränderungen in der Ukraine („path dependency“). Die Formulierung von Empfehlungen in diesen Bereichen liegt jedoch mit Blick auf die hierzu bereits vorhandene Forschung außerhalb des Rahmens dieser Studie. Es ist aber wichtig festzuhalten, dass die im Folgenden formulierten Empfehlungen nur dann eine Chance haben sich zu bewähren, wenn tief reichende institutionelle Veränderungen und Reformen stattfinden.

Empfehlungen für Deutschland und Polen

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass in Deutschland und Polen eine große Vielfalt sowohl formeller als auch informeller ukrainischer Organisationen beziehungsweise Initiativen existiert. Mit ihren Tätigkeiten stärken die Engagierten zum einen die Präsenz und die Interessenvertretung der ukrainischen Gemeinden in den beiden Ländern. Zum anderen leisten sie mit ihrer Arbeit humanitäre Hilfe, die besonders wichtig ist aufgrund des im Osten des Landes herrschenden Krieges, aber auch aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation innerhalb der Ukraine. Nicht zuletzt treten die ukrainischen Engagierten

für europäische Werte und Normen ein, die sie auch in ihrer Arbeit umsetzen. In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in der Ukraine werden diese Werte und Normen verbreitet und damit wird zugleich die Demokratisierung des Landes gefördert. In Anbetracht dessen ist es von großem Interesse für die polnische und deutsche Regierung, die Aktivitäten der Ukrainer in ihren Ländern zu unterstützen – nicht nur, um die eigene Zivilgesellschaft zu stärken und die Ukrainer besser zu integrieren, sondern auch, um die Ukraine auf ihrem Weg zur Demokratie und bei der Annäherung an die EU zu unterstützen.

Empfehlungen für deutsche Behörden

Förderung eines deutsch-ukrainischen Netzwerks

Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, dass zwischen deutschen zivilgesellschaftlichen Akteuren und ukrainischen Engagierten oft nur eine geringe Vernetzung besteht. Dabei würde nicht nur das ukrainische Engagement von Ressourcen, etwa der Weitergabe von Erfahrungen seitens deutscher Partner, bei der Institutionalisierung und der Professionalisierung profitieren. Positiv kann sich eine Zusammenarbeit auch für deutsche Organisationen auswirken. So schafft die Kooperation mit ukrainischem Engagement einerseits spezifisches Wissen über die Ukraine und ermöglicht andererseits den Zugang zu spezifischen Zielgruppen, wie beispielsweise möglichen Kooperationspartnern in der Ukraine. Nicht zuletzt böte eine Zusammenarbeit auch die Chance für die Ukrainer in Deutschland, ihr Engagement ins öffentliche Bewusstsein der deutschen Gesellschaft zu rücken und über die Ukraine in einem breiteren Rahmen zu informieren. Die Bildung eines Netzwerks kann nicht nur von deutschen und ukrainischen Organisationen selbst gefördert werden, sondern auch durch deutsche staatliche Institutionen wie das Auswärtige Amt. Hier wäre beispielsweise die Organisation eines jährlichen deutsch-ukrainischen Forums¹ denkbar, das der Vernetzung und dem bilateralen Austausch dient.

¹ Es existiert bereits das Deutsch-Ukrainische Forum e.V., das sich für den „Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine [einsetzt] und versucht, zu aktuellen deutsch-ukrainischen Themen Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zusammenzubringen“ (Deutsch-Ukrainisches Forum e.V., 2016). Während hier allerdings der Fokus auf dem Austausch zwischen Deutschland und der Ukraine liegt, steht bei der gemachten Empfehlung der innerdeutsche Austausch zwischen deutschen zivilgesellschaftlichen Akteuren und ukrainischen Engagierten in Deutschland im Vordergrund.

Förderung des Ausbaus von Kapazitäten

Nach dem Euromajdan sind in Deutschland zahlreiche neue ukrainische Initiativen und Organisationen entstanden. Viele Engagierte hatten bis dahin kaum zivilgesellschaftliche Erfahrungen gesammelt und dementsprechend mangelt es häufig noch an Kenntnissen über den Aufbau und die Arbeit in Organisationen sowie im Rahmen von Initiativen. Es ist zu vermuten, dass dies jedoch ein generelles Problem jungen Engagements ist. Hier ließe sich zu einem kontinuierlichen Angebot von staatlicher Seite raten, beispielsweise in Form von Anlaufstellen für Rechtsberatungen oder Programme zum Ausbau von Kapazitäten („capacity building“), das heißt zur Entwicklung von Wissen, Strukturen und Ressourcen zur Professionalisierung des Engagements. Solche Initiativen existieren bereits in einigen Kommunen – ein auch bundesweiter Ausbau solcher Angebote sollte gefördert werden.

Zugang zu Informationen die Fördermittel betreffend

Engagierte Ukrainer in Deutschland kritisieren häufig einen Mangel an Informationen über Möglichkeiten der Förderung. Allerdings bestehen solche Informationsangebote bereits sowohl von Seiten des Bundes und der Länder, als auch von nichtstaatlichen Stellen, wie in den Empfehlungen für ukrainische Organisationen in Deutschland ausführlich dargestellt wird. Diese bereits bestehenden Angebote sollten öffentlichkeitswirksamer beworben werden, um so auch die persönliche Hemmschwelle der Engagierten zu senken, sich um Fördermittel zu bemühen.

Überarbeitung der Förderpraxis

Kritik wird auch an der Förderpraxis deutscher Institutionen geübt. Zu den Fördermitteln des Auswärtigen Amtes merken insbesondere Experten an, dass die Praxis, Projekte nur über einen kurzen Zeitraum zu fördern, zu keiner nachhaltigen Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements führt. Eine Überarbeitung der Förderpraxis hin zu einer langfristigen und damit effektiveren Unterstützung erscheint deshalb sinnvoll.

Engagierte berichten zudem, dass nur etablierte Organisationen Fördermittel erhalten. Dies wird auch von der Forschung bezüglich Migrantenorganisationen im Allgemeinen bestätigt.² Hier ist die Einführung neuer Förderrichtlinien zu empfehlen, die sich speziell an kleinere und weniger erfahrene Organisationen wenden. Denkbar wäre beispielsweise die Vergabe kleinerer Summen, um so auch nicht etablierten Organisationen, die nicht über die Kapazitäten zur Durchführung großer Projekte verfügen, die Möglichkeit der Förderung zu eröffnen.³

Konsultation unterschiedlicher Ukraine-Experten

Engagierte sowie Experten bemängeln mit Blick auf die Entwicklungen in der Ukraine seit 2013 häufig die fehlende Konsultation von Ukrainern, sowohl in der deutschen Medienberichterstattung als auch im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse. Dabei gibt es gerade in Deutschland ein breites Spektrum an ukrainischen wie deutschen Experten, die sich mit der Lage im Land sehr gut auskennen. Sowohl die politischen Entscheidungsträger als auch die Medien sollten auf diese Vielzahl von Experten zurückgreifen, die ein differenziertes Bild der Situation in der Ukraine liefern können.

Empfehlungen für polnische Behörden

Aktive Einbindung ukrainischer Bürger in das öffentliche Leben des Aufnahmelandes

Angesichts der zunehmenden Migration ukrainischer Bürger nach Polen macht sich das Fehlen geeigneter Instrumente zur Aktivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements der dort lebenden Ukrainer immer deutlicher bemerkbar. Dabei besteht die Gefahr, dass die größte Migrantengruppe in Polen von der einheimischen Gesellschaft ausgeschlossen wird. Auf lange Sicht kann dies auch zu einer Radikalisierung der dort lebenden ukrainischen Migranten

² K. Weiss, Migrantenorganisationen und Staat. Anerkennung, Zusammenarbeit, Förderung, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), WISO Diskurs: Migrantenorganisationen. Engagement, Transnationalität und Integration, Juni 2013, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10092.pdf> [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

³ Mehr dazu in: E. Kaca/P. Kaźmierkiewicz, Eastern Promises: Supporting Civil Society in the Eastern Partnership Countries, Institute of Public Affairs, Warsaw 2010.

führen. Die polnische Regierung sollte den Euromajdan (nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der „Orangen Revolution“)⁴ nicht als Höhepunkt der Entwicklung einer ukrainischen Bürgergesellschaft begreifen, sondern lediglich als eine wichtige Etappe auf dem Weg zu tief greifenden demokratischen Veränderungen in der Ukraine. Daher kommt der polnischen Seite die überaus bedeutsame Aufgabe zu, die täglichen gesellschaftlichen Aktivitäten ukrainischer Bürger in Polen auf nachhaltige Weise zu unterstützen. Das regelmäßige Engagement für das öffentliche Leben im eigenen Land ist ein Grundpfeiler gut funktionierender repräsentativer Demokratien.⁵ Dies sollte insbesondere in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas, in denen es bislang noch stark an Sozialkapital mangelt, als dringende Aufgabe betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund sollte der Unterstützung von Migrantorganisationen, unter anderem durch eine liberalere Förderpolitik zugunsten der Tätigkeit repräsentativer Träger von Migrantengemeinschaften, eine Schlüsselbedeutung zukommen. Denn die finanzielle und institutionelle Förderung der inzwischen neu entstandenen Organisationen gewährleistet nicht nur eine wirksamere Integration der in Polen lebenden ukrainischen Bürger, sondern bildet zugleich eine feste Grundlage für deren weiteres Engagement.

Unterstützung für Migrantorganisationen

Die durch den Euromajdan in Gang gesetzte Entwicklung hat die wachsende Bedeutung der Migrantorganisationen in Polen verdeutlicht. Angesichts der seitdem zunehmenden Zuwanderung ukrainischer Bürger können gerade diese neben den sich traditionell für die Belange der Ukraine einsetzenden Institutionen in Polen („Bund der Ukrainer“, unierte Kirche, ukrainische Botschaft) zu einem wirksamen Instrument des aktiven Dialogs der Ukrainer mit der polnischen Regierung werden. Unmittelbar aus den ukrainischen Migrantengemeinschaften

4 Die ukrainische Soziologin Orysia Lutsevych weist zutreffend darauf hin, dass die meisten politischen Entscheidungsträger in Europa in den zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR ausgebrochenen „bunten Revolutionen“ voreilig den endgültigen Triumph der demokratischen Zivilgesellschaft gesehen haben, wodurch die „dritte Demokratisierungswelle“ in einzelnen Regionen ihren Höhepunkt erreichen sollte; vgl. O. Lutsevych, *How to Finish a Revolution: Civil Society and Democracy in Georgia, Moldova and Ukraine*, London 2013 [= Briefing Paper / Chatham House, REP BP 2013/01]; S. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven-London 1968.

5 Vgl. R. Putnam, *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton (N.J.) 1993.

erwachsene zivilgesellschaftliche Initiativen finden oftmals sowohl in der jüngeren als auch in der älteren Generation der Beteiligten große Zustimmung. Ukrainische Migrantenorganisationen besitzen im Rahmen der Agenda der polnischen Regierung grundsätzlich keinen besonderen Stellenwert. Daher sind sie gezwungen, mit erfahreneren und stärker institutionalisierten Vertretern des NGO-Sektors um die Bewilligung öffentlicher Gelder zu konkurrieren. Ferner üben die hohen bürokratischen Hürden bei der Registrierung von Organisationen auf kleine Initiativen einen negativen Einfluss in Hinblick auf die strukturelle Verfestigung informeller gesellschaftlicher Bewegungen aus, so dass die ukrainische Migrantengemeinschaft auf lange Sicht erheblich an Repräsentationskraft verlieren wird.

Die Hauptaufgabe der polnischen Regierung liegt demnach in der Förderung von Migrantenorganisationen, die die Migranten unterstützen. Vor allem sollten flexiblere Finanzmechanismen eingeführt werden, die bereits bestehende Organisationen fördern, sowie die formelle Gründung neuer Organisationen erleichtern werden. Die polnische Regierung sollte weiterhin Initiativen der polnischen Zivilgesellschaft unterstützen, die Migranten bei der Gründung und Institutionalisierung neuer Organisationen unterstützen.

Die Berücksichtigung der Vielfalt ukrainischer Bürger in Polen

Die Zuwanderung ukrainischer Bürger nach Polen ist jahrelang überwiegend auf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ohne hohe berufliche Qualifikation ausgerichtet gewesen. Die revolutionäre gesellschaftliche Bewegung des Euromajdan hat jedoch bestätigt, dass Polen inzwischen zu einem beliebten Zielland für Bildungsmigration geworden ist und auch für gut ausgebildete Arbeitnehmer immer attraktiver wird. Vor diesem Hintergrund sollte die polnische Regierung ihre Migrationspolitik aktualisieren und diese stärker auf die individuellen Bedürfnisse verschiedener ukrainischer Gruppen abstimmen. Durch eine solche Vorgehensweise ließe sich das große soziokulturelle Potenzial der größten Migrantengemeinschaft in Polen wirksamer nutzen. Dieses spiegelt sich im Euromajdan und den infolge dieser Protestbewegung entstandenen Initiativen wider.

Unterstützung des demokratischen Wandels in der Ukraine unter aktiver Beteiligung ukrainischer Bürger in Polen

Die mit engagierten Bürgern geführten Gespräche zeigen, dass nach der jahrelangen Förderung demokratischer Veränderungen in der Ukraine insbesondere unter polnischen Aktivisten und Entscheidungsträgern eine gewisse Unzufriedenheit über die mangelnde Effektivität der bisherigen Maßnahmen herrscht. Die Aktivitäten der ukrainischen Migrantengemeinschaft in Polen können, gestützt auf die Erfahrungen des polnischen Transformationsprozesses und das Wissen um die sozioökonomische Realität in der Ukraine, zur Wiederbelebung der gesellschaftlichen Kooperation beider Länder führen und mit der Zeit auch zur Vermittlung bewährter Praktiken beitragen, die den Reformprozess in der Ukraine auf pragmatische Weise unterstützen. Weiterhin ist dabei jedoch der politische Wille zu Veränderungen unverzichtbar, wobei dem aktiven Einsatz der ukrainischen Behörden sowohl auf zentraler wie auch auf lokaler Ebene eine wesentliche Bedeutung zukommt.

Die polnische Regierung sollte bei der Unterstützung der Reformprozesse in der Ukraine aktiv die ukrainische Minderheit sowie die ukrainischen Migrantorganisationen in Polen miteinbeziehen. Vor allem die Angehörigen der Minderheit können aufgrund ihres oftmals langjährigen Aufenthalts in Polen eine Vermittlerrolle übernehmen und praktisches Wissen und Erfahrungen bezüglich der Transformations- und Reformprozesse in Polen weitergeben. Diese Rolle ist besonders wichtig im Bereich der Entwicklung der lokalen Selbstverwaltung in der Ukraine. So hat eine große Gruppe von Mitgliedern der ukrainischen Minderheit in Polen über Jahre verschiedene Ämter in der polnischen Selbstverwaltung innegehabt. Solche Kenntnisse sollten die polnischen Entscheidungsträger bei der Vorbereitung einer zukünftigen Strategie im Bereich der Entwicklungspolitik aktiv nutzen. Auch die Einbeziehung ukrainischer Migranten ist wichtig, um so die Zusammenarbeit zwischen Organisationen der ukrainischen Minderheit und Migrantorganisationen zu verstärken.

Förderung der organisatorischen Fähigkeiten („*capacity building*“) und zivilgesellschaftlichen Initiativen der ukrainischen Migrantengemeinschaften

Die polnische Regierung sollte den Prozess der Institutionalisierung ukrainischer Initiativen und gesellschaftlicher Bewegungen aktiv unterstützen. Denn auf diese Weise erhalten die politischen Entscheidungsträger in Polen langfristig die Möglichkeit, partnerschaftliche Beziehungen zu ukrainischen Trägerorganisationen aufzubauen, die die Bedürfnisse der größten Migrantengemeinschaft in Polen effektiv repräsentieren. Den Vertretern der im Zuge der Euromajdan-Bewegung entstandenen Initiativen in Polen (eine in Hinblick auf Wissen, Erfahrung, Fähigkeiten und Bildungsniveau sehr heterogene Personengruppe) fehlt es oftmals noch an den nötigen Kenntnissen und organisatorischen Fähigkeiten, die es ihnen erlauben würden, ihre informellen Initiativen zu institutionalisieren. Auch wenn einige einschlägige amtliche Beratungsstellen bereits auf lokaler Ebene existieren, so fehlt die Einführung einer systematischen landesweiten Unterstützung ukrainischer Migrantenorganisationen durch den polnischen Staat weiterhin. Daher sollten staatliche Kontaktstellen zur Rechtsberatung oder öffentliche Programme zur Förderung der organisatorischen Fähigkeiten der Initiativen ukrainischer Migranten eine herausragende Rolle in der polnischen Migrations- und Integrationspolitik spielen.⁶

Förderung der polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit im Rahmen bestehender zivilgesellschaftlicher Strukturen

Der sich in den letzten Jahren herauskristallisierende Charakter der ukrainischen Migration nach Polen zeigt, dass die polnische Regierung, die die Kooperation gesellschaftlicher Organisationen beider Länder aktiv fördert, die bisherigen (vor allem finanziellen) Formen dieser Unterstützung neu überdenken sollte. Vor dem Hintergrund der derzeitigen zivilgesellschaftlichen Entwicklung in der Ukraine erscheint es besonders wichtig, den polnisch-ukrainischen Dialog

⁶ Vgl. auch I. Bekeshkina/P. Kaźmierkiewicz, Making Ukrainian Civil Society Matter: Enabling Ukrainian NGOs to absorb international assistance. A review of capacity gaps and needs for institutional support, Warszawa 2012; E. Kaca/P. Kaźmierkiewicz, Eastern Promises: Supporting Civil Society in the Eastern Partnership Countries, Institute of Public Affairs, Warsaw 2010.

systematisch zu fördern und dabei Organisationen und Initiativen aus verschiedenen Landesteilen unter besonderer Berücksichtigung der Ostukraine einzubinden. Darüber hinaus stellt sich die wichtige Aufgabe, informelle gesellschaftliche Bewegungen und kleine Bürgerinitiativen beziehungsweise -organisationen in der Ukraine durch die Vermittlung bewährter organisatorischer Praktiken und Praxiskenntnisse auf dem Weg ihrer Institutionalisierung zu fördern. Laut den Angaben einiger Interviewteilnehmer hat die breite gesellschaftliche Protestbewegung des Euromajdan erneut eine Reihe von strukturellen Problemen des ukrainischen NGO-Sektors gezeigt. Dazu gehört unter anderem die Tätigkeit von behördlich registrierten organisatorischen Trägern, die lediglich eigene Geschäftsinteressen verfolgen und die Bedürfnisse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen oder Vereinigungen in der Ukraine bewusst außer Acht lassen. Für die polnischen Behörden ist es wichtig, mit repräsentativen Trägern der ukrainischen Zivilgesellschaft zu kooperieren und die Bildung von Mechanismen in der Ukraine zu unterstützen, die derartigen Defiziten gezielt entgegenwirken. Dazu sollte es die polnische Regierung einer möglichst großen Zahl formeller Organisationen ermöglichen, Mittel zu erwerben. Entsprechende Mechanismen können sowohl eine öffentlichkeitswirksamere Ausschreibung von Fördermitteln umfassen, die Erleichterung der Formalitäten für Förderempfänger (vor allem für „junge“ Organisationen, die nach dem Euromajdan entstanden sind) sowie die organisatorische und inhaltliche Unterstützung von Organisationen, die sich um Fördermittel der polnischen Regierung bewerben wollen (zum Beispiel durch Schulungen oder den Aufbau von Informationszentren für Interessierte).

Empfehlungen für ukrainische Behörden

Stärkung des Vertrauens der ukrainischen Bürger in den eigenen Staat

Die vordringlichste Aufgabe der ukrainischen Regierung besteht in der Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Auslandsvertretungen. Die befragten Interviewteilnehmer sind sich darin einig, dass der durch den Euromajdan in Gang gesetzte Reformprozess nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn die Bürger der Ukraine den eigenen Regierungsstrukturen vertrauen. Die Entwicklung eines positiven

äußeren Erscheinungsbildes ist ein sehr zeitaufwendiger Prozess, der von zahlreichen Einzelfaktoren abhängt. Dennoch sollte die Steigerung der Effizienz der diplomatischen Vertretungen zu einem unverzichtbaren Grundelement der demokratischen Veränderungen in der Ukraine werden.

Aktivitäten in Deutschland

Aufbau eines ukrainischen Kulturinstituts

Engagierte Ukrainer beklagen häufig, dass es keine ukrainische Institution gibt, die als kulturelles Haus dienen und die ukrainische Kultur im Ausland vertreten kann. Dabei könnte der Aufbau eines ukrainischen Kulturinstituts insbesondere der schwachen Präsenz der Ukraine in der deutschen Gesellschaft entgegenwirken. Gleichzeitig könnte ein solches Kulturinstitut auch das ukrainische Engagement in Deutschland fördern, beispielsweise durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen. Bei der Errichtung eines solchen Instituts in Deutschland sollte vor allem die ansässige ukrainische Gemeinde miteinbezogen werden.

Förderung eines ukrainisch-ukrainischen Netzwerks

Die Studie zeigt, dass insbesondere die Vernetzung von ukrainischen Organisationen in Deutschland und der Ukraine im Bereich der humanitären Hilfe hoch ist, es jedoch in anderen Bereichen weniger Netzwerke gibt. Von einem Austausch könnte insbesondere die Zivilgesellschaft in der Ukraine profitieren, die von den Erfahrungen ukrainischer Engagierter in Deutschland lernen und ihr Engagement in der Ukraine ausbauen und professionalisieren könnte. Hier ist die Unterstützung eines jährlichen Forums von staatlicher ukrainischer Seite denkbar, das eine Plattform für den Austausch und zur Vernetzung bieten könnte.

Aktivitäten in Polen

Institutionalisierung der Tätigkeiten ukrainischer Bürgerinitiativen in Polen

Mit Blick auf bürokratische Hemmnisse und den oftmals begrenzten Zugang zu öffentlichen Mitteln in Polen kann eine Institutionalisierung einerseits durch die Gewährleistung finanzieller Unterstützung für formelle oder informelle Initiativen ukrainischer Bürger forciert werden. Andererseits kann die ukrainische Regierung aber auch durch sachbezogene Hilfe sowie durch amtliche Präsenz bei wichtigen Initiativen zur zivilgesellschaftlichen Aktivierung der in Polen lebenden Ukrainer beitragen. Angesichts des unterschiedlichen Charakters der ukrainischen Migrationsgemeinschaften sollte sich die Unterstützung der ukrainischen Regierung aber nicht nur auf die im Ballungsraum Warschau lebenden Ukrainer konzentrieren, sondern allen Regionen Polens zugutekommen. In Hinblick auf das gegenwärtige Entwicklungsniveau der ukrainischen Bürgergesellschaft erscheint eine verstärkte Institutionalisierung und Professionalisierung der informellen Initiativen besonders wichtig.

Schaffung eines Dialogforums für die Repräsentanten der ukrainischen Migrantengemeinschaft in Polen

Derzeit ist das Potenzial der ukrainischen Botschaft in Warschau als Forum zur Integration der heterogenen Gemeinschaft zivilgesellschaftlich engagierter Ukrainer in Polen noch weitgehend ungenutzt. Wie aus offiziellen Erklärungen von Vertretern der ukrainischen Botschaft nach der Entstehung der Euromajdan-Bewegung hervorgeht, könnte sie aber durchaus der Ort sein, der verschiedenen ukrainischen Gruppen nicht nur ein Dialogforum bietet, sondern auch eine feste Basis zur Bildung gemeinsamer Initiativen. Die Bedeutung der ukrainischen Botschaft erscheint insofern unverzichtbar, als die unierte Kirche, die bislang oftmals als Koordinator der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Ukrainer in Polen aufgetreten ist, vor allem auf das Stillen religiöser Bedürfnisse ausgerichtet ist, während das kirchliche Engagement in rein „weltlichen“ Angelegenheiten stets starken Beschränkungen unterliegt. Eine aktive Haltung der ukrainischen Regierung bezüglich der Bildung eines Kooperationsforums würde die Botschaft in Warschau äußerst

positiv in Erscheinung treten lassen als einen Ort der Zusammenarbeit zugunsten aller sich für die Ukraine engagierenden Menschen.

Empfehlungen für ukrainische Organisationen und Initiativen in Deutschland und Polen

Institutionalisierung und Professionalisierung des Engagements in Deutschland

Viele ukrainische Organisationen und Initiativen in Deutschland befinden sich noch in einem Prozess der Institutionalisierung und Professionalisierung. Zahlreiche Initiativen agieren bislang informell, insbesondere im Bereich des humanitären Engagements. Dies hat nicht nur zur Folge, dass viele Engagierte außerhalb des Kerns der Initiative sich nur unregelmäßig betätigen. Auch hat es entscheidende Auswirkungen auf die Finanzierung des Engagements: Informelle Initiativen haben oftmals weder Kapazitäten noch Möglichkeiten, sich auf Fördermittel zu bewerben. Der interne Ausbau von Strukturen sollte an dieser Stelle kontinuierlich vorangetrieben werden, damit sich das Engagement im ersten Schritt nicht nur institutionalisiert, sondern gleichzeitig auch professionalisiert, was eine effizientere Arbeitsweise erlaubt. Beides sind wichtige Voraussetzungen für die Fördermittelakquise.

Ausbau der Vernetzung

Innerhalb Deutschlands mit ukrainischen Organisationen

Zwar sind die ukrainischen Organisationen und Initiativen in Deutschland relativ stark bundesweit und regional vernetzt, Zusammenarbeit findet allerdings nur bedingt statt. Ein Ausbau der bundesweiten und regionalen Kooperation ist jedoch zu empfehlen: Zum einen haben landes- oder bundesweit tätige Organisationen mit etablierten Strukturen bessere Aussichten auf Fördermittel. Zum anderen stärkt die Zusammenarbeit die Repräsentation ukrainischer Interessen in der deutschen Öffentlichkeit und die Einflussmöglichkeiten ukrainischer Organisationen. Eine Kooperation im Rahmen von (auch bereits bestehenden) Dachverbänden könnte ebenfalls zur Erhöhung

der Sichtbarkeit und Effektivität des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland führen.

Innerhalb Deutschlands mit deutschen Organisationen und Migrantenorganisationen

Verglichen mit der Vernetzung innerhalb der ukrainischen Gemeinschaft ist eine Vernetzung mit deutschen Organisationen oder anderen Migrantenorganisationen in Deutschland kaum vorhanden. Dabei wäre die Zusammenarbeit von großem Vorteil für die ukrainischen Engagierten. Etablierte Organisationen bieten Zugang zu Ressourcen wie gemeinsam nutzbaren Räumen sowie Erfahrungen im Bereich der Institutionalisierung und Professionalisierung und der Fördermittelakquise.

International mit der ukrainischen Diaspora

Auch hier ist die Vernetzung des ukrainischen Engagements vergleichsweise gering ausgeprägt. Dabei finden sich im Ausland starke und seit Jahrzehnten institutionalisierte ukrainische Diasporen. Von einem Ausbau der Vernetzung und der Zusammenarbeit könnten ukrainische Engagierte in Deutschland erheblich profitieren, beispielsweise durch den Austausch von Erfahrungen sowie die Vermittlung von „best-practice“-Beispielen, die im Prozess der Institutionalisierung und Professionalisierung des ehrenamtlichen Engagements angewandt werden können.

Änderung der Selbstverortung

Als Migrantenorganisation in Deutschland

Viele ukrainische Organisationen und Initiativen scheinen sich als eine Sonderform des Engagements zu betrachten – als Ukrainer, die sich für die Ukraine einsetzen. Dabei gehören sie zu einem breiten Spektrum von Migrantenorganisationen in Deutschland, die sich in unterschiedlicher Form für ihre Landsleute und Herkunftsländer engagieren. Ukrainisches Engagement sollte sich selbst auch in der Migrantenorganisationslandschaft verorten, denn

Migrantenorganisationen können auf spezielle Projektförderungen zurückgreifen, wie sie beispielsweise auf bundesweiter Ebene das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)⁷ bietet oder die Innenministerien auf Landesebene.

Als gleichberechtigte zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland

Die Engagierten sollten sich weiterhin stärker als gleichberechtigte Akteure in der deutschen Zivilgesellschaft verorten. Es sollten nicht nur Fördermittel speziell für ukrainisches Engagement in Anspruch genommen werden, sondern auch länderunabhängige Fördermittel für zivilgesellschaftliche Initiativen in Deutschland. Damit einher geht auch die Nutzung der Angebote von Ländern und Kommunen, beispielsweise die Bereitstellung von öffentlichen Räumen für Vereine.

Nutzung des Informationsangebots

Die Befragten beanstanden häufig ein unzureichendes Informationsangebot von öffentlicher Seite. Dabei existieren umfassende Angebote in Deutschland für zivilgesellschaftlich Engagierte. Es sollten demzufolge keine neuen Informationsportale geschaffen werden, sondern die bereits verfügbaren Informationsangebote wahrgenommen und genutzt werden. Hier lässt sich beispielsweise die Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hervorheben, die einen Überblick über die Arbeit von Migrantenorganisationen bietet.⁸ Besonders hervorzuheben ist auch das „KOMMIT – Management-Handbuch für Migrantenorganisation“⁹ mit umfangreichen Informationen zur praktischen Vereinsarbeit. Daneben veranstaltet das Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement (BEE) jährlich eine bundesweite Tagung für Migrantenorganisationen mit dem Ziel der Informationsvermittlung und Vernetzung.

7 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Projektförderung, <http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Aufgaben/Projektfoerderung/projektfoerderung-node.html> [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

8 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrantenorganisationen, <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/VerbaendeOrganisationen/Migrantenorganisationen/migrantenorganisationen-node.html> [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

9 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, KOMMIT – Management-Handbuch für Migrantenorganisationen der RAA Brandenburg, http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/ib_kommit.pdf [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

Darüber hinaus gibt es ein großes Informationsangebot für ehrenamtlich Aktive in Deutschland. Exemplarisch zu nennen sind hier das Projekt „Wegweiser Bürgergesellschaft“ der Stiftung Mitarbeit, das praktische Informationen zur Bürgerbeteiligung bietet.¹⁰ Ein spezielles Informationsangebot für die Fördermittelakquise bietet neben dem Projekt „Akquisos“ der Bundeszentrale für politische Bildung¹¹ auch die Webseite „stiftungen.org“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, die eine kostenlose Online-Stiftungssuche¹² zur Verfügung stellt. Personen, die sich in der humanitären Hilfe oder der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, können sich zudem bei „Engagement Global“ über Möglichkeiten der Beratung sowie der Förderung, etwa über einen Transportkostenzuschuss, informieren.¹³ Auch die Europäische Kommission stellt eine Übersicht über aktuelle Förderausschreibungen bereit, in deren Rahmen sich auch Vertreter der Zivilgesellschaft bewerben können.¹⁴ Nicht zuletzt bieten viele Volkshochschulen spezielle Kurse zur Weiterbildung im politischen und zivilgesellschaftlichen Bereich an.

In Polen

Bildung von Strukturen für ein langfristiges zivilgesellschaftliches Engagement der Ukrainer in Polen

Sowohl für die ukrainische Migrantengemeinschaft als auch die staatlichen Behörden in Polen besteht kurzfristig gesehen die zentrale Aufgabe darin, das zivilgesellschaftliche Engagement ukrainischer Bürger in ihrem jeweiligen örtlichen Umfeld weiter zu institutionalisieren und zu professionalisieren. Wie die Erfahrungen zweier ukrainischer Revolutionen zeigen, bildet gerade die kontinuierliche Arbeit eine unerlässliche Voraussetzung für den Ausbau von Sozialkapital, das die Grundlage für eine Fortentwicklung der ukrainischen Bürgergesellschaft

10 Stiftung Mitarbeit, Wegweiser Bürgergesellschaft, <http://www.buergergesellschaft.de> [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

11 Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Akquisos, <http://www.bpb.de/partner/akquisos> [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

12 Bundesverband Deutscher Stiftungen, Stiftungssuche, <http://www.stiftungen.org/de/service/stiftungssuche.html> [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

13 Engagement Global, Unser Service, <http://www.engagement-global.de/unser-service.html> [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

14 Europäische Kommission, Öffentliche Aufträge und Finanzierung, http://ec.europa.eu/contracts_grants/contracts_de.htm [zuletzt aufgerufen am 23.02.2016].

ist. Als nachahmenswertes Beispiel sei Warschau angeführt, wo das „Ukrainische Haus“ und die „Ukrainische Welt“ tätig sind. Beide Einrichtungen bieten ständigen Zugang zu ukrainischen sozialen und kulturellen Ressourcen in Polen. Zugleich fördern sie das ehrenamtliche Engagement zugunsten der dort lebenden Ukrainer und dienen auch als Orte der Begegnung und Vorbereitung gemeinsamer Initiativen. Ähnliche Angebote sollten in allen Regionen Polens unter dem aktiven Einsatz ukrainischer Gemeinschaften und polnischer Behörden vor Ort eingerichtet werden, deren Zusammenarbeit bereits jetzt sehr vielversprechend erscheint. Eine wirksame Aktivierung der ukrainischen Bürger in Polen im alltäglichen Umfeld wird aber erst dann erfolgen, wenn die im Folgenden näher erläuterten Voraussetzungen erfüllt sind.

Institutionalisierung der Tätigkeit der ukrainischen Migrantengemeinschaft in Polen

Aus den im Rahmen dieser Untersuchung geführten Interviews geht klar hervor, dass die zivilgesellschaftlich engagierte ukrainische Gemeinschaft in Polen zwar groß ist, aber bislang kaum feste Institutionen aufweist. Zahlreiche Einzelinitiativen in den Bereichen Kultur und humanitäre Hilfe haben immer noch informellen Charakter. Dies bringt langfristig gewisse Gefahren für die Entwicklung der ukrainischen Bürgergesellschaft mit sich, da der dauerhafte Mangel an ausreichenden formellen zivilgesellschaftlichen Organisationen für eine derart große, weiterhin an Bedeutung gewinnende Bevölkerungsgruppe in Polen dazu führen kann, dass das alltägliche Engagement ihrer Mitglieder mit der Zeit spürbar nachlässt. Darüber hinaus stoßen informelle Initiativen immer noch auf große bürokratische und finanzielle Hindernisse (zum Beispiel fehlende Möglichkeiten der Bewerbung um öffentliche Zuschüsse). Eine stärker institutionalisierte und professionalisierte zivilgesellschaftliche Gemeinschaft würde zudem zu einem effektiveren Dialog mit den polnischen Behörden führen.

Dialog in der eigenen Gemeinschaft und Konsolidierung der Aktivitäten verschiedener zivilgesellschaftlich engagierter Gruppen

Ein weiterer wichtiger Schritt für die Gemeinschaft der zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer in Polen wäre das Eintreten in einen intensiveren Dialog zwischen den unterschiedlichen Gruppen (Minderheit, Kirche, Erwerbsmigranten, Studenten und junge Menschen). Dieser Dialog sollte nicht nur innerhalb der Gemeinschaft stattfinden, sondern auch zu einem generationenübergreifenden Meinungs austausch über die derzeitigen Bedürfnisse der ukrainischen Bürger in Polen und deren Zukunft führen. Die Protestbewegung des Euromajdan hat es den verschiedenen Vertretern der ukrainischen Migrantengemeinschaft in Polen erlaubt, sich gegenseitig besser kennenzulernen. Die Entstehung einer effektiven Zusammenarbeit sollte jedoch der nächste Schritt auf dem Weg zur ukrainischen Bürgergesellschaft in Polen sein. Der Euromajdan hat bestimmte Stereotype unter den Ukrainern beseitigt und auch dazu beigetragen, dass gewisse gegenseitige Missverständnisse ausgeräumt werden konnten. Obwohl die ukrainische Migrantengemeinschaft in Polen immer noch vor großen Herausforderungen steht, kann der Euromajdan zum Ausgangspunkt für die Bildung einer neuen ukrainischen Identität dieser Gemeinschaft werden. Dabei könnten gemeinsame Initiativen weiter ausgebaut werden, die unterschiedliche, auf das Wohl der Ukraine und ihrer Bürger ausgerichtete Gruppen untereinander integrieren. Auch wenn bislang eher die unierte Kirche der traditionelle Ort der Begegnung für die Repräsentanten der ukrainischen Migrantengemeinschaft gewesen ist, wäre derzeit das Engagement der ukrainischen Botschaft in Warschau weitaus wichtiger. Denn gerade letztere sollte die Entstehung eines dauerhaften Forums zur Vertiefung des gegenseitigen Dialogs der zivilgesellschaftlich engagierten Ukrainer in Polen unterstützen.

Notwendigkeit junger zivilgesellschaftlicher Führungskräfte

Entsprechende formale Strukturen und die innere Konsolidierung der ukrainischen Minderheiten- beziehungsweise Migrantengemeinschaft sollten ferner das Potenzial an neuen Führungskräften unter den in Polen lebenden Ukrainern fördern. Während sich in der Migrantengemeinschaft Studenten und Jugendliche immer öfter zu Wort melden, stellt das

zivilgesellschaftliche Engagement der Jugend in der ukrainischen Minderheit immer noch eine Herausforderung für die Zukunft dar. Vor diesem Hintergrund sind alle Initiativen zu unterstützen, die in erster Linie das Engagement junger Menschen im Rahmen bereits bestehender oder neu entstehender zivilgesellschaftlicher Strukturen fördern.

Empfehlungen an die Europäische Union

Veränderung der Förderpraxis

Ukrainische Organisationen in Deutschland bewerben sich kaum um Fördermittel der EU. Dies hängt möglicherweise mit der geringen Sichtbarkeit der EU im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements gerade bei weniger etablierten Organisationen zusammen. Hier wäre eine öffentlichkeitswirksamere Ausschreibung und aktivere Bewerbung der zur Verfügung stehenden Fördermittel ratsam, die auch von Seiten deutscher Behörden erfolgen sollte. Zudem empfiehlt es sich in Hinblick auf die Zusammenarbeit ukrainischer Engagierter in Deutschland und Polen mit den Vertretern der Zivilgesellschaft in der Ukraine, bereits bestehende Initiativen zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements, wie den Europäischen Demokratiefonds (European Endowment for Democracy, EED), effizienter zu nutzen. Der EED wurde 2012 mit dem Ziel der Demokratieförderung eingerichtet, als flexibles Instrument zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure in der europäischen Nachbarschaft. Es wäre empfehlenswert, dieses Instrument öffentlichkeitswirksamer innerhalb der EU zu bewerben, so dass das Angebot auch von ukrainischen Engagierten genutzt werden kann, die zwar außerhalb der Ukraine leben, aber mit Organisationen in der Ukraine zusammenarbeiten.

Insgesamt ist darüber hinaus für das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland und innerhalb der EU festzustellen, dass die Anforderungen im Rahmen der Beantragung von EU-Fördermitteln sehr hoch sind. Dies führt häufig zu einer Bürokratisierung der Arbeit der Engagierten und kleinere und weniger etablierte Organisationen werden angesichts dieses Aufwands oftmals abgeschreckt. Die hohen Hemmschwellen bezüglich der Beantragung hängen auch mit der Tatsache zusammen, dass ein Großteil der EU-Förderung an etablierte

Organisationen vergeben wird. Weiterhin hinderlich ist die Tatsache, dass Organisationen häufig eine Vorfinanzierung ihrer Projekte leisten oder Eigenmittel nutzen und damit Kosten tragen müssen, die erst viel später – nach der endgültigen Abrechnung des Projekts – erstattet werden. Dies führt zu einer Benachteiligung kleinerer und finanziell schlechter ausgestatteter Organisationen. Insgesamt wäre es deshalb an dieser Stelle denkbar, die Förderrichtlinien zu überarbeiten, die Vergabe von Mitteln weniger bürokratisch zu gestalten und die finanzielle und strukturelle Situation weniger etablierter Organisationen zu berücksichtigen. So sollten die Mittel vor allem mit Blick auf Eigen- und Vorfinanzierungsmöglichkeiten differenzierter vergeben werden.

Nicht zuletzt kann die Veränderung und Verbesserung der Förderpraxis der EU durch einen stärkeren Fokus auf die qualitative Evaluation der geförderten Projekte erfolgen. Bislang werden bei der Evaluation häufig nur finanzielle Abrechnungen berücksichtigt. Dabei zeigt sich gerade in den Fällen ukrainischer Organisationen und Initiativen in Deutschland und Polen, dass ein großer Teil der Arbeit von ehrenamtlich Aktiven und Freiwilligen übernommen wird, deren unentgeltliche Tätigkeit so nicht erfasst wird. Erst die qualitative Auswertung des gesamten Umfangs der Arbeit sowie deren Effizienz und Wirkung erlaubt eine nachhaltige Förderung des Engagements.

Visafreiheit

Die Engagierten äußerten häufig den Wunsch nach Visafreiheit zwischen der Ukraine und der EU. Der erste Schritt in Richtung Visafreiheit ist bereits getan: Die Europäische Kommission hat, basierend auf dem im Dezember 2015 veröffentlichten positiven Fortschrittsbericht für die Ukraine¹⁵, am 20. April 2016 einen Entwurf zur Änderung der entsprechenden Verordnung (EG) Nr. 539/2001 vorgelegt.¹⁶ Allerdings müssen noch das Europäische Parlament sowie der Rat der Europäischen Union diesem Entwurf zustimmen. Gerade die Zustimmung des Rates ist keineswegs sicher – das Thema der möglichen Visafreiheit für die Ukraine wird in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich diskutiert.

15 Europäische Kommission, Sechster Fortschrittsbericht über die Umsetzung des Aktionsplans zur Visaliberalisierung durch die Ukraine, COM (2015) 905 final, 18.12.2015.

16 Europäische Kommission, Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates, COM (2016) 236 final, 20.4.2016.

Einige Regierungen, unter anderem die deutsche, lehnen die Visafreiheit mit Blick auf eine mögliche Einwanderung aus der Ukraine ab. Unklar ist auch, welche Auswirkungen das niederländische Referendum vom 6. April 2016 über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine haben wird, in dem das Abkommen und eine Annäherung der Ukraine an die EU abgelehnt wurden. Dabei ist die Abschaffung der Visapflicht ein dringlicher und wichtiger Schritt, dessen Relevanz auch von den nationalen Regierungen anerkannt werden muss. Denn sie ist nicht zuletzt ein bedeutendes politisches Symbol – nicht nur zur Anerkennung der Bemühungen der Ukraine im Prozess der Annäherung an die EU, sondern auch in Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Europäischen Gemeinschaft.



Dr. Katrin Böttger – stellvertretende Direktorin des Instituts für Europäische Politik (IEP) Berlin und Projektleiterin des Forschungsprojekts „Die Europäische Union und Russland in Osteuropa und im Südkaukasus: Integrationskonkurrenz zwischen Ost und West?“, gefördert von der Otto Wolff-Stiftung. Schatzmeisterin des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Mitglied des Board der Trans European Policy Studies Association, Mitglied im Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland e.V., Mitglied im Herausgebergremium der Vierteljahrszeitschrift „integration“, Mitglied im Herausgebergremium der Schriftenreihe Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS) des ibidem Verlags, Lehrbeauftragte und Masterarbeitsbetreuung an der Freien Universität Berlin, Gastvorlesungen am Centre international de formation européenne. Dissertation zur Entstehung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (Universität Tübingen 2009); Forschungsreferentin am Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung (Universität Tübingen 2005-2006), Studium der Politikwissenschaft, Journalistik und Anglistik (Universitäten Leipzig und Grenoble 1999-2004). Spezialisierung auf die folgenden Bereiche: Deutsche Europapolitik, Europäische Nachbarschaftspolitik, EU-Erweiterung und EU-Zentralasienstrategie.

Siobhan Kaltenbacher – Institut für Europäische Politik (IEP) Berlin, Studium der Ethnologie und Psychologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Basel. Einjähriger Aufenthalt in der Ost-Ukraine. Qualitative Forschungsprojekte beziehungsweise mehrmonatige Praktika unter anderem in Russland, Indonesien, Mayotte. Schwerpunkte: Migration, Diaspora, Osteuropa.

Andriy Korniychuk – Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Europa-Programms und des Programms für Migrationspolitik am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Graduate Studies in *European Public Affairs* (EPA) an der Universität Maastricht und in *Society & Politics* an der Universität Lancaster / Centre for Social Studies

der Polnischen Akademie der Wissenschaften (CSS PAN). Doktorand an der Graduiertenschule für Gesellschaftswissenschaften am Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften (IFiS PAN), Mitglied der Gruppe für Europäische Studien am IFiS PAN, ehemaliger Stipendiat des *Think Tank Young Professional Development Program* und des polnischen Forschungsprogramms „Wissenschaft und Gesellschaft“. Zusammenarbeit unter anderem mit folgenden Institutionen: Zentrum für Internationale Beziehungen Warschau, Amnesty International in Polen, Büro der Internationalen Organisation für Migration Warschau, Helsinki-Stiftung für Menschenrechte. Besondere Forschungsinteressen: Demokratiedefizit in der EU, Instrumente des supranationalen Managements im politischen System der EU, die östliche Dimension der EU-Politik, Migrations- und Asylpolitik in Polen und in der Europäischen Union.

Dr. Agnieszka Łada – Leiterin des Europa-Programms und Senior Analyst am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Promotion in Politikwissenschaft an der Universität Warschau. Studium der Politikwissenschaft in Warschau und Berlin sowie Aufbaustudium in Organisationspsychologie in Dortmund und Executive Master for Public Administration an der Hertie School of Governance. *Visiting fellow* am Brüsseler European Policy Centre (2011), *visiting research fellow* an der University of Sussex (2012), *visiting Scholar* am Alfred von Oppenheim Centre for European Policy Studies, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (2013), Vorstandsvorsitzende der Policy Association for an Open Society PASOS (2011-2012), Ratsmitglied des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, sowie des Aufsichtsrates der Stiftung Kreisau und Mitglied der Kopernikus-Gruppe. Spezialisierung auf folgende Bereiche: Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen, polnische Außen- und Europapolitik, Wahrnehmung Polens im Ausland beziehungsweise der Ausländer in Polen, EU-Institutionen, insbesondere Europäisches Parlament.

Ljudmyla Melnyk – Mitarbeiterin am Institut für Europäische Politik (IEP) Berlin. Bachelor und Magister-Abschluss in Germanistik an der Lessja-Ukrainka Universität Wolhynien (2003–2009). Studium an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Masterstudiengang Translation mit den

Schwerpunkten Dolmetschen, Inter- und Transkulturelle Studien (seit 2011). Masterarbeit zum deutschsprachigen Ukraine-Diskurs am Beispiel des Sprachengesetzes von 2012. Ljudmyla Melnyk ist Mitglied des Osteuropa-Netzwerks der Stipendiaten und Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung. Weitere Schwerpunkte: Sprache und Identitätsbildung in der Ukraine, ukrainische Diaspora und deutsch-ukrainische Beziehungen.

Magdalena Patalong – Mitarbeiterin am Institut für Europäische Politik (IEP) Berlin. Bachelorstudium der Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, anschließend Masterstudium der Osteuropastudien mit Schwerpunkt Politik (seit 2013). Auslandssemester an der Higher School of Economics in Moskau (2014/15). Studentisches Forschungsprojekt zum Thema „Kunst und Protest auf dem Euromaidan“. Weitere Schwerpunkte: Zivilgesellschaft in Osteuropa, Östliche Partnerschaft sowie EU-Russland Beziehungen.

Julian Plottka – Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Redaktionsassistent der Vierteljahresschrift „integration“ am Institut für Europäische Politik und Programmmanager des internationalen Masterstudiengangs „Studies on the EU and Central Asia in the International System“. Studium der Politikwissenschaft an den Universitäten in Potsdam und Bergen sowie an der Freien Universität Berlin. Sein Forschungsinteresse gilt Fragen der politischen Legitimation der Europäischen Union, insbesondere der Europäischen Bürgerinitiative und dem politischen Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure. Daneben beschäftigt er sich auch wissenschaftlich mit den Beziehungen der EU zu Zentralasien.

Justyna Segeš Frelak – Leiterin des Programms Migrationspolitik und Senior Analystin am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Absolventin der Szkoła Główna Handlowa (Wirtschaftsuniversität Warschau), Fach Internationale Beziehungen, und des Studium Europy Wschodniej (Osteuropa Institut) der Universität Warschau. Stipendiatin des International Visegrad Scholarship Program und des Open Society Institute, *visiting researcher* am Centre on Migration, Policy and Society (COMPAS) in Oxford (2012). Spezialisierung auf folgende Bereiche: die

Problematik der Migrationspolitik, Emigration von Polen in die EU-Staaten und Integration von Immigranten.

Richard Steinberg – Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik (IEP) Berlin. Er hat an der Universität Erfurt, der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Université de Toulouse II Geschichts- und Sozialwissenschaften studiert. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Krisen und der Geschichte der europäischen Integration sowie der sozialen Integration der Europäischen Union. Richard Steinberg ist Alumnus der Stiftung der Deutschen Wirtschaft und des Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, D.C. (Junior Scholarship 2010).

Łukasz Wenerski – Analyst und Projektkoordinator des Europa-Programms am Warschauer Institut für Öffentliche Angelegenheiten (ISP). Absolvent der Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn (Bachelor-Abschluss in Internationale Beziehungen und Europäistik) und des Europäischen Zentrums der Universität Warschau (M.A. in Europäistik). Mitglied des Steering Committee des EU-Russland Forums, ISP-Vertreter im Zivilgesellschaftlichen Forum für Östliche Partnerschaft. Spezialisierung auf folgende Bereiche: EU-Ostpolitik, Russland, Östliche Partnerschaft, polnische Außen- und Europapolitik.

Der Euromajdan markiert eine Wende in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in der Ukraine, aus der die Zivilgesellschaft im Land gestärkt hervorgegangen ist. Die Annexion der Krim durch Russland und der Krieg im Osten der Ukraine stellen nicht nur die Ukraine, sondern auch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten vor neue Herausforderungen. Zentrale Anliegen sind hierbei eine nachhaltige Förderung der Demokratisierung der Ukraine und die Stärkung ihrer Annäherung an die EU. Hierzu können nicht nur die ukrainische Gesellschaft selbst, sondern auch die dauerhaft oder vorübergehend in der EU lebenden Ukrainer einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wie gestaltet sich das zivilgesellschaftliche Engagement der Ukrainer in Deutschland und Polen? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede weist das Engagement in den beiden Ländern auf? Mit welchen Herausforderungen sind die zivilgesellschaftlich Engagierten konfrontiert und wie können ihre Aktivitäten in Polen und Deutschland unterstützt werden? Diese und andere Fragen werden in der vorliegenden Studie basierend auf der Auswertung von mehr als 80 Interviews mit in Deutschland und Polen lebenden Ukrainern behandelt, um darauf aufbauend Empfehlungen für staatliche und nicht-staatliche Akteure zu formulieren.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten** (Instytut Spraw Publicznych, ISP) ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Zentrum für Forschung und Analyse tätig. Durch vielfältige Untersuchungen, Gutachten und Empfehlungen zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens steht der ISP im Dienst von Staat, Gesellschaft und Bürger.

Das ISP kooperiert dabei eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen aus dem In- und Ausland. Die Ergebnisse der Forschungsprojekte werden auf Konferenzen und Seminaren vorgestellt, aber auch in Form von einschlägigen Buchpublikationen, Berichten und Policy Papers unter polnischen und ausländischen Parlamentariern, Regierungsmitgliedern und Angehörigen der Staats-, Kommunal- und EU-Verwaltung, in akademischen Kreisen sowie unter Journalisten und Repräsentanten von NGOs verbreitet.

www.isp.org.pl

Seit 1959 ist das **Institut für Europäische Politik e.V.** (IEP) als gemeinnützige Organisation auf dem Gebiet der europäischen Integration tätig. Es zählt zu den führenden außen- und europapolitischen Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik Deutschland.

Das IEP arbeitet national und transnational an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Dabei ist es Aufgabe des IEP, Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen und die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern.

www.iep-berlin.de